

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1. Monat 70 Pfg. (Vestelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Telephon: 18698.  
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die begebene Petizions- oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telephon: 2721.

## Tageskalender.

Die Regierung demittiert die Nachricht, daß über die Gestaltung der Kräftefrage in dem neuen Entwurf der Reichsversicherungsordnung bereits Beschluß gefaßt sei.

Offiziell wird angekündigt, daß der Budgetkommission des Reichstags die Akten in der Mannesmannaffäre zugehen werden.

In Böhmen wurden durch einen Eisenbahnunfall 11 Personen getötet und 22 verwundet.

Schwere Unwetter richteten auf der pyrenäischen Halbinsel große Verheerungen an.

## Die Lage in Ostasien.

Leipzig, 27. Dezember.

Das „beruhigende“ Rundschreiben der russischen Regierung über die Lage in Ostasien, das wir neulich ausführlich kommentierten, blieb ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung Russlands. Sie bespricht weiter im erregten Tone das Verhältnis Russlands zu Japan und späht nach den Gewitterwolken, die wieder von der Mandchurerei aus nahen sollen. Wie skeptisch man sich auch dem Kriegsgerede gegenüber verhalten mag, man muß doch zugeben, daß der Rauch nicht ohne Feuer sich verbreitet. Die ostasiatischen Angelegenheiten ruhen keinen Moment und die immer wieder austauschenden Gerüchte von drohenden kriegerischen Zusammenstößen — zuerst zwischen Russland und China, dann zwischen China und Japan und jetzt wieder zwischen Japan und Russland — sind nur Anzeichen der sich verschärfenden Kräfteverhältnisse und der diplomatischen Kulisserie.

Es ist kein Wunder, daß in Russland speziell die Lage in Ostasien die größten Besürchtungen erweckt, weil doch das Zarenreich der Leidtragende in den ostasiatischen Verschiebungen ist und es am meisten eine kriegerische Austragung der Differenzen befürchten muß. Seit dem Frieden des Jahres 1905 hat Russland nichts getan, um seinen Besitz in Ostasien zu befestigen, man könnte umgekehrt behaupten, daß es selbst dafür gesorgt hat, seine Position zu schwächen. Es begann damit, im Wirrwarr der Revolution mehr Konzessionen zu machen, als die Japaner von ihm fordern konnten. Während der Friedensvertrag die Zurückziehung des russischen Militärs nur von der Mandchurerei forderte, entfernte die russische Regierung die Truppen aus ganz Sibirien und ließ dort nur sieben Divisionen stehen, deren zwei sich in Wladiwostok befinden, so daß sie militärisch Japan gegenüber ganz macht-

los ist. Russlands ökonomische Position hatte dort niemals eine feste Grundlage, aber die Wirtschaftspolitik der russischen Institutionen nach dem Kriege war geeignet, sie noch mehr zu schwächen und zu unterwühlen. Die russisch-chinesische Bahn, die dem russischen Einfluß die Wege nach China bahnen sollte, ist damit beschäftigt, Material für eigenen Gebrauch aus — Petersburg zu beziehen, obwohl es aus China viel billiger bezogen werden kann. Zwei Drittel des Eisenbahntransportes geschieht für die Bahnverwaltung; die Ursache dieser verrückten Politik ist die, daß die Petersburger Verwaltung der Bahn selbst die Schmiergelder einheimen will, die sonst bei Einkäufen in China der Bahnverwaltung in Charbin zukommen würden. Die russisch-chinesische Bahn wieder beschleunigte durch ihre Geschäftspraxis direkt den Ruin der russischen Unternehmungen in Ostasien. Als die Geschäfte nach dem Kriege eine Krise durchmachten, forderte die Bank Bezahlung aller Schulden, in der Berechnung, daß in der Mandchurerei Russland auf keinen Fall noch etwas zu tun haben werde. Der Beschluß, den Bau der Amurbahn zu beginnen, ist das einzige, was Russland zu seinen Gunsten anführen kann. Angesichts aber der Unzulänglichkeit der Sibirischen Bahn, ohne deren gutes Funktionieren die Amurbahn nichts wert ist, hat dieser Beschluß weder eine strategische noch ökonomische Bedeutung; er wird nur einer kleinen Kapitalistenclique und einer Handvoll von Bürokraten die Taschen füllen. Und dazu kommt noch die Unzuverlässigkeit der Konterrevolution, die die Auslandsverhältnisse nicht nur nicht verbessern kann, sondern sie einem beschleunigten Fäulnisprozess ausliefert. Wir stehen vor keiner zweiten Revolution, schrieb unlängst bitter ein konservatives russisches Organ, weil ja die erste noch nicht beendet ist. Und zur Krönung des Verleses verschärfte Russland noch sein Verhältnis zu Oesterreich durch die Hez- und Wühlarbeit auf dem Balkan.

Während so Russland seine zukünftigen Niederlagen vorbereitete, befestigte Japan seine Position emsig und rüstete sich für weitere Vorstöße. Es gliederte Korea fest an seine Besitzungen an, es bereitete sich zum Ausbau der Antung-Mukden-Bahn vor, die ihm den schnellen Truppentransport von Korea nach der Mandchurerei ermöglicht, es besiedelte in China das Tjumengebiet, es warf einen Schwarm Kaufleute nicht nur nach der Mandchurerei, sondern selbst ins Amurgebiet, es riß den Fischfang an der Halbinsel Kamtschatka an sich, deren Erforschung es sich widmet. Das alles sind Maßregeln außerhalb Japans, in den Gebieten, auf die Japan sein Auge geworfen hat; dazu kommt die unermüdete Arbeit in Japan selber, die Stärkung der Armee, die mit der Tatsache rechnet, daß zu Ende des japanisch-russischen Krieges Russland noch überwältigende Reserven unter Linjewitsch zur Verfügung hatte, der Weiterbau der Kriegsstotte, die forcierte Unterstützung der Handelsflotte

und der Industrie, die Sanierung der Finanzen durch Abzahlung der Kriegsschulden.

Aber nicht nur das Land der aufsteigenden Sonne befindet sich im Vormarsch. China, das vor zehn Jahren vor der Aufteilung zu stehen schien, erwachte und sucht mit allen Kräften sich zu reorganisieren. Es führt innere Reformen durch, die es ökonomisch stärken müssen, es reorganisiert seine Armee, für die es trotz der schwierigen Finanzlage im letzten Jahre 540 Mill. Mark ausgab, und die es im Jahre 1912 auf 750 000 Mann Friedenspräsenz zu bringen hofft. Wie seine innere Erstarbung auf seine äußere Politik und speziell sein Verhältnis zu Russland einwirkt, das zeigen folgende Tatsachen: nach der Mandchurerei und Mongolei ergießt sich ein Strom chinesischer Kolonisten, die dort die Herrschaft Chinas verankern sollen. Im Bewußtsein der in ihm reisenden Kraft verzicht China sehr schnell sein früheres demütiges Verhalten Russland gegenüber. Eigenmächtig schaffte es durch eine vollendete Tatsache den Aigunvertrag ab, den Murawiew-Amurski im Jahre 1858 China abhandelte und der den Russen das Recht gab, auf den Gewässern des Amur und des Sungari zollfreien Handel und zollfreie Schifffahrt zu treiben. Eigenmächtig legt es sich über den Vertrag von 1896 hinweg, der den Russen die Verwaltung und Steuererhebung im Gebiet der chinesisch-russischen Bahn gab.

Zu welchen Mitteln greift Russland, um dem Verlust seiner Position in Ostasien zu entgehen? — Zuerst versuchte es in Peking anzubandeln, um ein Bündnis gegen Japan zustande zu bringen. Die Kowojc Wremja, das Sprachrohr der russischen Diplomatie, bemühte sich, China Karzumaachen, daß sein Heil nur bei Russland liege. Russland könne auf die eigene Gerichtsbarkeit verzichten und dadurch andere Mächte zu demselben Schritt nötigen, es bedrohe doch China weder ökonomisch noch militärisch. Als das aber nicht zog, und China mit dem stärkeren, also gefährlicheren Nachbar, mit Japan seine Streitigkeiten ordnete und sich zu ihm in ein formelles oder nicht formelles Bündnisverhältnis stellte, hoffte Russland nur noch auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Gegnern Japans, und auf das Interesse der Großmächte, Japans Weizen nicht zu sehr in die Halme schießen zu lassen. Amerika soll Russland Geld borgen zur Durchführung des zweiten Geleises bei der Sibirischen Bahn, das Russland schnellere Truppentransporte nach Ostasien ermöglichen würde. Die Verhandlungen mit amerikanischen Kapitalisten sollen schon sehr weit gelangt sein und jetzt kommt eben die Frage, wie sich Japan dazu verhalten wird. Diese Frage war der Grund zur Reise des russischen Finanzministers Kozlowzew und des japanischen Staatsmannes Ito nach der Mandchurerei, sie ist jetzt der Gegenstand direkter oder indirekter Verhandlungen mit Japan, die Anlaß zu den Tatarennachrichten über den drohenden

## Seuilleton.

### Andreas Vöst.

Bauernroman  
von Rudwiga Thoma.

58.] (Nachdruck verboten.)

#### Achtzehntes Kapitel.

Am Gründonnerstag kamen drei lustige Soldaten ins Dorf. Der Zwerver Jackl und ein Knecht vom Lohmann und dem Schuller sein Aeltester.

Sie marschierten singend die Ruhbacher Straße herein, und wenn ihnen ein Mädel in den Weg kam, schrien sie ihm jede Worte zu, wie man sie beim Militär lernt. Beim Zwerver nahmen sie kurzen Abschied voneinander, und der Schuller Sepp ging im Geschwindschritt heim. Als er nahe am elterlichen Hause war, dachte er, es wäre ein guter Spaß, wenn er seine Leute überraschte. Er schlich um den Stadel herum und schaute zur Küche hinein. Die Mutter stand drinnen am Herd und färbte Ostereier, rote und gelbe. Sie nahm sie vorsichtig aus der Pfanne und legte sie in eine Schüssel.

Da klopfte der Sepp ans Fenster, und sie fuhr erschrocken zusammen.

„Sassas, aber du hostst mi derschreckt!“

Er lachte, daß man alle Zähne sah.

„Serous! Da kumm i grad recht zu die Osteroaz, Gib no glet a paar Muatta!“

„Geh no zerscht ganz eina und sag mir Gräß Gott!“

„Ja, was moanst denn, wie r i Kohldampf schiab!“

„Daß diamol o'schaug'n mit der Uniform! Broater bißt wor'n.“

„Dös kimmt vom G'wehr schmied'n; dös treibt oen ausanander.“

Die Schullerin sah mit rechter Zufriedenheit auf ihren Sohn. Er war um ein wenig kleiner als der Vater, aber seine Schultern waren breiter, und wie ihm die bligblaue Uniform prall ansah, war er ein Bild von berber Kraft. Und das frische, feste Wesen stand ihm gut.

„Jetzt gib ma glet a paar Osteroaz, weil i's so guat troffen hab“, wiederholte er.

„Muast denn du g'farbte hamn? De g'hören zu der Weich.“

„So lang' kann i net wart'n. I friß de mein ung'weicht.“

„Da nimm da halt oa!“

Sie schob ihm die Schüssel hin, und er holte sich etliche heraus.

„Wie lang' hast denn Urlaub, Sepp?“

„Sieb'n Tag, Am Mittwoch muast i wieder ei'pafser'n.“

Er kante mit vollen Baden.

„Wo is denn der Kata?“ fragte er.

„Er is it dahoam.“

„Was? Er werd do it arbel'n an die Kartäg?“

„Na, er is zum Haberlschneider umi. Da Herr Wang is do g'wen, und nacha san's mitanand surt.“

„D mei, was da sap wieder geb'n werd!“ setzte sie hinzu.

Sepp überhörte ihren Seufzer. Er klopfte ein Ei an der Tischkante auf.

„Und d' Urschula? Daß dir de it hilft?“

„Sie is beim Kind droben.“

Sepp tauchte das Ei ins Salz und schob es in den Mund.

„Ah sol!“ sagte er. „Da hon i jetzt gar it daw denk. Des werd's an schön Verdrub g'habt hamn?“

„Es is net der oanzige g'wen, Sepp. Bei ins is all's anderst worn, seit daß du surt bist.“

Und sie erzählte.

Wie der Vater zum Bürgermeister gewählt und wieder abgesetzt wurde, wie das Kind von der Ursula einen

Spottnamen hätte kriegen sollen, und wie es jetzt einen Proseß gäbe mit dem Hierangl Kaver. Der Sepp hörte zu und ah nachdenklich weiter.

Wie die Rede auf den Kaver kam, sagte er, der sei alleweil ein Tropf gewesen, ein miserabiler, und er brauche es notwendig, daß man ihm einmal das Kreuz abschlage, und er wolle seinen Urlaub dazu hernehmen und den Kaver umeinander schlagen, daß er am Leben verjagen müsse.

„Dös laßt du bleib'n!“ sagte die Mutter. „Daß d' ma du aa no ein kimmt in de G'schicht'n!“

„Es braucht it viel“, meinte der Sepp und redete sich in den Hüften. „I hab' mit dem Bazi scho amal was g'toa g'habt; i hab'n beim Birt so dumm an Of'n hi'g'schmissen, und bal mi da Zwerverg it z'ruckg'halt'n hätt', waar's eahm schlecht ganga.“

„Sei froh, daß's guat naus ganga is! Und dös muast ma versprech'n, daß d' in Urlaub nit o'fangst damit. Mir waar's g'nua.“

Er gab ihr das Versprechen und sagte, er habe das nicht so gemeint, daß er auf der Stelle zum Hierangl gehen wolle, sondern er hätte gemeint, bloß so, wenn es recht leicht ginge.

„Na, na!“ wiederholte die Mutter. „Du derst eahm gar nit toa! Magst it a paar Rudeln? De Dar müastest di ja im Mag'n druda.“

„Es werd besser sei, bal i no a Rudel ih“, sagte Sepp.

„Und an Kaffee kunnst d' mit aa macha.“

„Den lo'st hamn. Kriagt d' in da Kafern aa'r oan?“

„So a braune Brääh geben's ins in da Truah. Dös haachens an Kaffee.“

„Da werst oft denk'n, daß's dahoam besser is?“

„De erischt Zeit scho. Nacha g'wöhnt ma sie an all's, und Hunger kriagt ma'r aa beim Kafernstopfeln.“

„Bei was?“

„Beim Exerzier'n.“

„Hast d' as recht hart an ganzen Tag?“

„Und bei da Nacht aa. Da haacht's Posten brenna.“



Russisch-japanischen Krieg gaben. Daß Japan der Bau des zweiten Geleises auf der Sibirischen Bahn ungelassen wäre, braucht man nicht zu beweisen, daß es aber einen bis zu einem Kriege führenden Widerstand leisten würde, ist nicht nur aus Rücksicht auf die Finanzlage Japans ausgeschlossen, sondern auch deshalb, weil Rußland Kompensationen in den Händen hat. Als erste würde der Bruch des Friedensschlusses von 1905 in Betracht kommen, den Japan durch die Umwandlung der faktischen Annexion Koreas in eine rechtliche im Schilde zu führen scheint. Daß Rußland ihm keine Schwierigkeiten zu bieten gedenkt, das beweist folgender Passus aus einer Rede Swolskis: „Man kann bestimmt annehmen, daß die Gefahr irgendwelcher aggressiven Politik der japanischen Regierung nicht existiert, natürlich — wenn Rußland seinerseits sich sehr taktvoll gegenüber den Rechten Japans in dem seinem Einfluß unterliegenden Gegenden, speziell in Korea, verhalten wird.“ Als zweite Kompensation kommt die russisch-chinesische Bahn in Betracht. Ihre Linie von Charbin nach Port Artur hat eine große Bedeutung, aber nur für die, die das Chinesische Meer beherrschen, d. h. für Japan. Rußland hat von dieser Bahn nur Defizite, die in den letzten Jahren 20 Mill. Rubel betragen. Dabei machen die japanischen Bahnen, die Korea mit der Mandchurie verbinden, und die weitergebaut werden sollen, eine solche Konkurrenz, daß es leicht möglich ist, daß Rußland seine Bahn von der sibirischen Grenze bis Chantshong II verkaufen wird. Als Käufer tritt jedoch nicht Japan selbst auf, obwohl es die Unterhandlungen führt, sondern China. Dies geschieht entweder aus Rücksicht auf Nordamerika oder aus die chinesische Souveränität in diesen Gebieten. Der in den Fragen russischer auswärtiger Politik von russischer offizieller Seite informierte Pariser Temps sprach schon zur Zeit der Reise Kozomzows aus, daß die Einwilligung zum Verkauf dieser Linie an China für die Einwilligung Japans zum Ausbau des zweiten Geleises der Sibirischen Bahn wohl möglich sei.

Es ist klar, daß also in der jetzigen Situation keine Gefahr eines russisch-japanischen Krieges vorliegt. Ob die russische Defensive — denn zu ihr ist Rußland herabgesunken — länger dauern wird, als bis Japan zur Offensive genügend gerüstet ist, ist eine andere Frage. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß Rußland sich auch für die Zukunft eine Stärkung seiner Position in Ostasien sogar nur durch die rein mechanischen Mittel der Truppenverschiebungen wegen seiner Balkanpolitik, die es an der West- und Südwestgrenze bindet, unmöglich gemacht hat.

## Falsche Front.

Wenn man die jetzt in einzelnen Gewerkschaftsorganen üblichen, teilweise übertriebenen Polemiken gegen angeblich gewerkschaftsfeindliche Marxisten, besonders gegen den Genossen Kautsky, liest, sollte man bald glauben, den Gewerkschaften sei in den von den Angegriffenen vertretenen Ansichten über Nacht plötzlich eine schwere Gefahr entstanden. In Wahrheit können die erregten Polemiker nicht mal für sich in Anspruch nehmen, Kautsky und andre hätten ungezügelt oder aus nicht zwingender Notwendigkeit Fragen aufgeworfen, die einzelne Leute auf den Index gesetzt haben.

Zunächst sei einmal festgestellt, daß die Gewerkschaftsretterei nicht ganz neuen Datums ist. Vor ungefähr sieben Jahren verspürten einige Gewerkschaftsführer den unwiderstehlichen Drang, das von den „Nurpolitikern“ bedrohte Kapitel zu retten. Zwar hatte auch schon vorher die Neutralitätsfrage einige polemische Wellen geworfen, aber dabei handelte es sich doch nur um taktische Fragen; nun aber wollte man wieder, wie in den Jahren nach dem Fall des Sozialistengesetzes, eine bewußte, grundsätzliche Feindschaft in Parteikreisen gegen die Gewerkschaftsbewegung konstatieren. Was war geschehen? In einigen Parteiorganen war vor einer Ueberhöhung der gewerkschaftlichen Macht- und Erfolgsmöglichkeiten gewarnt worden, insofern als man nicht in einseitiger Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung die politische Vernachlässigung oder gar Mißachtung dürfe. Beide Formen der proletarischen Organisation, beide Rüstzeuge des Klassenkampfes müßten mit der gleichen Liebe, dem gleichen Eifer, der gleichen Ueberzeugung gepflegt und ausgebaut werden. — Solche Werbearbeit für die Partei

ist zu jeder Zeit angebracht, darf von Sozialdemokraten niemals als überflüssig oder gar schädlich betrachtet werden! Ebensovienig wie man Gewerkschaftlern es verübelt, wenn sie bei der Agitation für die wirtschaftliche Organisation betonen, der Arbeiter dürfe nicht den Parlamentarismus als Mittelmittel betrachten, die Gewerkschaft sei seiner Interessen unerlässliches Kampfmittel. Damals aber lag zu einem Appell an die Arbeiter, die politische Bewegung nicht als abgenutztes und überflüssiges Instrument zu vernachlässigen, besonderer Anlaß vor. Bis zum Jahre 1895 war in der Gewerkschaftsbewegung ein gewisser Stillstand zu verzeichnen. Die Gesamtmitgliedszahl der freien Gewerkschaften, die von 277 659 im Jahre 1891 auf 223 530 im Jahre 1893 gesunken war, hatte zwei Jahre später den Stand des Jahres 1891 noch nicht wieder erreicht; zählten doch sämtliche der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossene Organisationen nur 259 175 Mitglieder. Es wollte nicht recht vorwärts gehen, trotz energischer Werbearbeit in der Parteipresse! Einmal war der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gewerkschaftsbewegung nicht förderlich, weiter aber, und das war wohl der Hauptgrund der Stagnation: der Gedanke der Organisation hatte in der breiten Masse noch nicht den keimtreibenden Fruchtboden gefunden! Vom Jahre 1896 an ging es jedoch mit beschleunigten Schritten vorwärts. Im Jahre 1899 war die erste halbe Million Gewerkschaftsmitglieder überschritten. Und drei Jahre später konnte die Generalkommission bereits über ¾ Million organisierter Gewerkschaftler Heerschau halten. Naturgemäß lösten solche Erfolge Freude aus. Hoch gingen die Wogen der Begeisterung und der Erfolgshoffnungen! Mancher wohl sah in dem stürmischen Vormarsch der Gewerkschaften höhere Garantie, daß die wirtschaftliche Organisation die Arbeiter aus dem Elend, aus der kapitalistischen Knechtschaft herausheben werde, was zu erzielen der politischen Bewegung versagt geblieben war. Mit den himmelstürmenden Hoffnungen und Erwartungen, geleitet auf die allen Widerstand niederreisende Kraft der Gewerkschaft, ging parallel eine aus dem Ueberchwang der Gefühle erklärlche Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Bewegung. Die politische Organisation des Proletariats blieb hinter der gewerkschaftlichen weit, weit zurück. Niemand dachte daran, die Gewerkschaften zu schädigen, deren Propaganda zu hemmen. Lediglich der Pflicht gehorchend, die Arbeiterschaft vor dem verhängnisvollen Irrtum zu bewahren, die politische Bewegung als minderwertig zu betrachten und zu vernachlässigen, hielten einige Genossen und Parteiorgane es für erforderlich, die Existenzberechtigung der politischen Organisation und ihre zwingende Notwendigkeit für den Befreiungskampf des Proletariats energisch zu betonen. Sie bestritten nicht die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Im Gegenteil, die verlästerten „Nurpolitiker“ haben sie stets ausdrücklich anerkannt; aber sie bestritten, daß die Gewerkschaften die politische Bewegung ersetzen, diese überflüssig machen könnten. Und doch: einzelne Leute erhoben ein groß Geschrei über Bekämpfung, Diskreditierung der Gewerkschaften! Man prägte das Schlagwort von den „Nurpolitikern“, die als Gewerkschaftsgegner stigmatisiert waren. Mit großer Erbitterung nahm man den Kampf gegen die den Gewerkschaften angeblich von dieser Seite drohende Gefahr auf. Aber die Bewegung klammerte sich nicht um die Kapitalretter; rüstig schritt sie vorwärts, sie konnte die ganz überflüssige Retterei einiger Generalistkämpfer ohne Schaden vertragen. Im Jahre 1904 waren bereits über eine Million Gewerkschaftsmitglieder organisiert. In raschem Aufstieg schwoll das Heer der in den Zentralverbänden organisierten auf 1 865 508 im Jahre 1907 an. Dann trat wieder ein geringer Rückschlag ein. Unter der Wucht der wirtschaftlichen Krise sank die Mitgliederzahl auf 1 831 731 im Jahre 1908. Die nicht auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Verbände stehenden Organisationen hatten einen relativ erheblichen Verlust zu buchen. Und die Generalkommission erklärte selbst, daß unter Berücksichtigung der Krise und des rapiden Aufstiegs in den vorausgegangenen Jahren, dem naturgemäß eine Periode der Ruhe folgen müsse, der verhältnismäßig minimale Rückgang im Jahre 1908 zu Befürchtungen keinen Anlaß geben könne. Niemand dachte daran, die „Nurpolitiker“, die man anscheinend fast vergessen hatte, oder parteipolitische Gewerkschaftsfeindlichkeit für den Rückgang verantwortlich zu machen. Aber da gab

Kautskys Schrift „Der Weg zur Macht“ wieder mal Gelegenheit, die Gewerkschaften vor einer neuen — alten Gefahr zu retten. Was hatte Kautsky verbrochen? Die alte Sünde, anders nicht! Er suchte nachzuweisen, daß die gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten nicht unbegrenzt sein könnten, daß durch die absoluten Erfolge der Ausbeutungsgrad nicht vermindert werde, daß nominelle Lohnerhöhungen begleitet sein könnten von Steigerung der kapitalistischen Profitrate.

Genosse Bernstein stellt — als Gegensatz zu Kautsky — die gewerkschaftliche Arbeit in Vergleich mit der Schier-nacher Springprojektion — zwei Schritte vorwärts, einen zurück. Er denkt dabei an die absoluten und nominellen Erfolge, die Kautsky gar nicht bestritt. Was Kautsky als Irrtum zurückweist, ist die Annahme, als ob der Anteil des Arbeiters am Produktionsertrag selbst über den Steigerungsgrad der Produktivität hinaus, durch die gewerkschaftliche Aktion gehoben werden könnte. Kurzum, er sagt: Was die Arbeiter an Lohn mehr erzielen, schlägt der Unternehmer auf die Preise, das wird ihnen durch Verteuerung der Lebenshaltung wieder entzogen. Dabei ist ein absoluter Aufstieg nicht ausgeschlossen, aber dieser hält sich in dem Rahmen gesteigerter Produktivität, er wird nicht erzielt auf Kosten der Kapitalrente und der Kapitalsakkumulation.

Das soll nun wieder ein schweres Verbrechen sein, das die Gewerkschaften schädigt. Zwar ist die Sünde alt, zwar ist sie schon vor fast einem Jahrzehnt als Verbrechen wider die Gewerkschaft gebrandmarkt worden, die bei der „Bedrohung“ der besten Gesundheit sich erkreute und ungeahnt sich entwickelte, — jetzt aber soll der Jude verbrannt werden. Hat man doch schon die Frage aufgeworfen, ob Kautsky, der Schädling der Gewerkschaften, als Redakteur der „Neuen Zeit“ am rechten Platz sei. Die Meinungsfreiheit hat bei einzelnen Leuten nur eine Seite. Und eine Reihe von Gewerkschaftsorganen bemüht sich nun, die Gefahr, die Kautsky über sie gebracht haben soll, abzuwehren, indem man den Arbeitern vorrechnet, wie hoch sie, dank der Gewerkschaft, auf der sozialen Leiter gestiegen sind. Als ob damit Kautskys Darlegungen auch nur im geringsten berührt würden. Man verteidigt etwas, was gar nicht angegriffen ist, schafft so einen Feind der Gewerkschaften, der dann journalistisch totgeschlagen wird. Und das in einer Zeit, wo die Arbeiterschaft von Gefahren umlauert ist, wo der konzentrierte Kampf gegen das Scharfmachertum, gegen reaktionäre Bestrebungen auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet als Gebot dringender Notwendigkeit erscheinen müßte. Der Hansabund mit seiner gewaltigen Finanzmacht, die Großindustriellen mit ihrem Zukunftssturm rüsten intensiv, um der Arbeiterbewegung Bahnlagerungen zu bereiten, als Vorspiel zu politischen Aktionen. Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen bevor. Auf sozialem Gebiet ist die Reaktion augenscheinlich mit Erfolg an der Arbeit, und da findet man Zeit, gewerkschaftsfeindliche Bestrebungen in der Partei zu entdecken, deren Bekämpfung dann ein gut Teil besser zu verwertende Kraft beansprucht, aber wirklich nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Welches Geschrei würde man erst erheben, wenn die Partei Leute protegierte, die die Gewerkschaftsbewegung ähnlich angegriffen hätten, wie z. B. die Lehrer an der Gewerkschaftsschule, Calwer und Bernhardt, die Partei vermöbtesten? Und wollte man nach dem berühmten Muster des Korrespondenzblattes Gewerkschaftsgegner konstruieren, da böten die Protokolle über Gewerkschaftskongresse und Generalversammlungen der Gewerkschaften eine dankenswerte Fundgrube. Hier kann man pessimistische Äußerungen über die Kampffähigkeit der Gewerkschaften finden, zu der sich noch kein „Nurpolitik“ bekannt hat.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Tragödie von Rheinfelden.

Die Aluminium- und Karbidwerke Neuhausen-Schaffhausen haben in Badisch-Rheinfelden eine Zillfabrik, in der etwa 150 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind. Die Firma hatte es bisher verstanden, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Da gelang es aber im Mai d. Js. dem christlichen Gewerkschaftsführer Engel aus Straßburg, die Arbeiter zum größten Teil im christlichen Metallarbeiterverband zu organisieren. Im Juli wurden dann an die Direktion Forderungen gestellt,

„San's recht grob mit dir?“  
 „Na, i so mi net beklag'n. Freill, bal sie oana recht dumm stellt, nacha werd er scho g'schimpft. Uba bei meiner Kumpantie san lauter stramme Teufeln, und bei da Vorstellung san mir weitaus de bessern g'wen.“  
 Er kam ins Erzählen.  
 „Dös hätt'st sehg'n soll'n, wie ma da aufg'rächt san. Und g'ammganga is, g'rad nobl! Da Feldweibel hat ins lob'n müassen, und da Hauptmann hat g'sagt, die junge Mannschaft macht ihre Sache sehr gut, ich bin sehr zufrieden damit, und da Feldweibel hat g'sagt, daß die jungen Grasteufeln viel besser san als die alte Blasen. Da hat er aa recht g'habt. Woacht, beim alt'n Jahrgang, da san Leut' dabei, ganz eiskalte. De tean g'rad, was f'mög'n, und bal's eig'sperret wer'n, dös is dena ganz wurscht.“  
 „Di hamm's no nia eig'sperret, Sepp?“  
 „Na. I lah mi net dawischen.“  
 „Auf dös derstst di aba net verlassen!“  
 „Ah was! A bissel schlau muach ma sei, nacha geht's scho. I'nacht bin i um elfi auf d' Nacht im Wirtshaus g'hoct und hab' toa Erlaubnis net g'habt. Auf oamal kimmt d' Patrouill daher. An Unteroffizier von der fünften Kumpantie. Wia r' a vorn bei da Tür eina is, bin i hint' bei da Schen'k' auf. Er nach wia da Teufel, i' auf in Hof und üben Jaun umi. G'seh'n hat er mi, aber kennt hat er mi net. In der Wirtschaft hat's eahm oana g'hochen, daß der betreffende Soldat vom zwölften Regiment war; bloß d' Kumpantie hat er net o'geb'n lönnn.“  
 „Scht hamm's in da Frilach bei jeder Kumpantie g'ragt, und hamm g'sagt, der Mann soll sich melden, weil er erkannt worden ist.“  
 „I bin aba net so dumm g'wen.“  
 „Bal's di aba 'rausbracht hätt'n!“  
 „De bringen nix 'raus, bal ma schlau is. De hamm g'moant, es war oana von der alten Wirtshaus. Da

Feldweibel hat g'sagt: Ich weiß schon, das ist die alte Blasen, die glaubt, sie darf sich recht viel Kraut 'rausnehmen. Aber wenn ich den Betreffenden ausfindig mache, den leg' ich fünf Tag auf die Latten, den Herrgottsakrament, hat er g'sagt.“  
 „Der Erli Hans hat hoam g'schrieb'n, daß er sie halt gar it ei'g'wöna to bei der Militari?“  
 „Was will denn der sag'n, g'Münka drin? Der müacht erst was spanna, wia's bei uns is. De wissen ja gar nix in da Stadt drin, de Grasteufeln!“  
 Der Sepp war ein martialischer Soldat und ein treuer Anhänger des zwölften Regiments.  
 Und seine Mutter hörte ihm aufmerksam zu, während sie die Eier ins sprudelnde Wasser legte.  
 Da klangen rasche Schritte im Gange, und der Schüller trat ein.  
 Sein Gesicht verriet eine starke Aufregung, aber keine traurige; seine Augen blühten, um den Mund lag ein freudiges Lachen, und die Stimme klang kräftig, wie schon lange nicht mehr, als er den Sepp begrüßte.  
 „Bist da? Dös is recht. Da Schnurrbart is dir g'waschen. Jetzt kennst 'n scho bald aufdrahn.“  
 „Ja, was hoächt denn du?“ rief die Schüllerin.  
 „Nix Schlechts net. D' Lumperei kimmt auf!“ Und er patzte kräftig auf seine Arie.  
 „Woacht, Sepp, i hon a schlechte Zeit g'habt, aba jetzt geht's wieder besser.“  
 „D' Muatta hat ma's g'sagt.“  
 „Hat's da's g'sagt? Woacht, sie hätt'n mi ganz schlecht g'macht mit lauter Lug'n, und i waar gar nix mehr g'wen. Uba jetzt is de G'schicht offenbar wor'n.“  
 „Was hat's denn geben?“ Erzähl halt amal!“ drängte die Bäuerin.  
 Und der Schüller erzählte.  
 Sepp mußte sich wundern über den Vater. Der war immer so ernst und wortkarg gewesen; jetzt redete er hastig, als könne er die Worte nicht schnell genug herausbringen, und schlug mit der Faust auf die Tischplatte oder

wüschte sich mit dem Kermel über die Stirne, weil es ihm heiß wurde vor lauter Lebhaftigkeit.  
 „Er is ganz anders, wie fröherszeiten,“ dachte Sepp.  
 Es hatte sich aber etwas Merkwürdiges ereignet; und das war so: Den dritten oder vierten Tag nach seiner Ankunft ging Sylvester zum Lehrer Stegmüller und sagte ihm, welchen Entschluß er mit Billigung seiner Mutter gefaßt habe.  
 Stegmüller wußte das Hauptsächlichste bereits aus den Prophezeiungen des Herrn Kooperators und der Bäcker Ulrich Marie; er war nur überrascht, daß Sylvester nicht zum Theater gehen wollte.  
 Sighberger hatte es feierlich versichert, und er hatte es geglaubt. Einmal wegen der schönen Stimme, und dann wegen der Anziehungskraft der freien Kunst, die er selbst in seiner Jugend verpürt hatte.  
 Nun war es ihm doch lieb, zu hören, daß der junge Rang sich nicht auf den schwanken Boden stellen wollte. Er lobte ihn darum und bezeugte ihm aufrichtige Anerkennung, weil er sich so gefaßt und unbedenklich seine Zukunft selber aufbauen wollte.  
 Wie hätte sich wohl der Pfarrer Held über seinen Schülbling gewundert! Er hätte sicherlich den Entschluß gebilligt und gesagt, jeder müsse tun, was er für recht erkenne. Der jetzige Pfarrer urteilte wohl anders.  
 Und da war Stegmüller in ein Gespräch geraten, das er mit großer Voracht, aber doch gerne pflegte. Mit unterdrückten Seufzern und halben Andeutungen gab er Sylvester zu verstehen, daß sich vieles geändert habe, und daß die Neuerung nicht gerade eine Besserung bedoute. Und dabei kam er auch auf den Schüller zu sprechen. Er erzählte Sylvester, welche schlimmen Kränkungen den Mann angegangen hätten, eine nach der andern; aber freilich, die schwerste Beschuldigung stamme von Held her. Und er beschrieb den Vorfall mit ausführlicher Breite. Sylvester sagte, das glaube er nicht. Der alte Herr hätte so etwas nicht getan.  
 (Fortf. folgt.)



auf eine durchschnittlich zehnjährige Lohnerhöhung, bessere Entlohnung der Arbeiter, Regelung der Mittagspause und Einsetzung eines Arbeiterausschusses. Die Direktion verhielt sich strikte ablehnend und so kam es am 22. Juli zum Streik, an dem etwa 100 Arbeiter teilnahmen; eine Anzahl Arbeiter, sowie die Meister und Vorarbeiter blieben stehen. Allen Vermittlungsversuchen, auch dem des Bürgermeisters von Badisch-Rheinfelden, setzte die Firma ein starres Nein entgegen. Trotdem verlief der Streik in Ruhe. Erst am 13. August, als bekannt wurde, daß die Firma aus Frankfurt einen Trupp von 27 Arbeitswilligen erwartete, veränderte sich die Lage. Die Streikenden zogen nach dem Bahnhof Beuggen, wo die Streikbrecher aussteigen sollten, um diese zur Abreise zu bewegen. Dort kam es zwischen den Arbeitswilligen begleitenden und mit Revolvern bewaffneten Meistern und den Ausständigen zu einem Zusammenstoß, bei dem der Meister Fischer, dem der Revolver entwunden werden sollte, einen Streikenden durch einen Schuß in den Arm verletzte. Die Gendarmerteil schante die Verhaftung des schießenden Meisters ab, weil — wie der Wachmeister Selig vor Gericht sagte — kein Grund dafür vorgelegen habe! Dieses Verhalten der Gendarmerteil brachte die Ausständigen, zum großen Teil Italiener, in heftige Erregung und vor die Fabrik ziehend forderten sie die Herausgabe des Meisters. Vor dem geschlossenen Tor steigerte sich die Erbitterung. Da trachten plötzlich aus dem Fabrikhofe heraus Schüsse und der Italiener Adamo Gnosli sowie der Arbeiter Lorenz Ottlinger wälzten sich in ihrem Blute; Gnosli bleibt tot auf dem Platze.

Diese Blutthaten gaben dann das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff auf die Fabrik, die Wohnungen der Arbeitswilligen und der Meister, die Fabrikantenne und das Verwaltungsgebäude, die teilweise sehr stark beschädigt wurden. Am nächsten Abend wurde der Angriff wiederholt und die Anlagen weiter demoliert. Da die Haltung der Bevölkerung, die für die Ausständigen Partei ergriffen hatte, immer drohender wurde, ließ der Bezirksamtmann zu den 45 Gendarmen eine kriegsstarke Kompanie Infanterie vom Regiment 114 aus Konstanz herbeirufen, die am Sonntagmorgen mit zwei Maschinengewehren in Rheinfelden eintraf; über Badisch-Rheinfelden wurde aber der Belagerungszustand verhängt. Jetzt bequeme sich die Firma endlich, mit dem Landeskommissar Strauß und dem Fabrikinspektor Wittmann zu verhandeln, die denn auch eine Einigung zustande brachten, nach der am Dienstagmorgen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Alle Arbeiter, die sich am Streik beteiligt hatten, mußten wieder eingestellt werden. Ueber die streitigen Lohnfragen und andere Differenzen sollte ein einzusetzender Arbeiterausschuß verhandeln. Damit war der Streik beendet und das Militär rückte wieder ab.

Nunmehr begann aber die Arbeit der Justiz. Ein- und zwanzig sogenannte Landfriedensbrecher wurden auf die Anklagebank geschleppt, darunter drei Italiener, ein Dienstmädchen und mehrere recht jugendliche Leute. Aber kein den freien Gewerkschaften angehörender Arbeiter war dabei; am Tage nach dem Krawall hatte die bürgerliche Presse wie üblich den Versuch gemacht, diesen der Sozialdemokratie an die Rockhülle zu hängen. Die wirklich Schuldigen, die wahre Urheberin des Krawalls, das ist die in so rigoroser Weise die Arbeiter ignorierende Direktion des Werkes, sie sah nicht auf der Anklagebank, auch der Portier Biel nicht, der den Italiener Gnalli durch einen Revolverschuß niedergestreckt hatte. Und zynisch konnte der Direktor Lebendörffer vor Gericht erklären, wenn die Streikenden, die aus den Fabrikwohnungen herausgewiesen worden waren, in die Fabrik eingedrungen wären, hätte es auf beiden Seiten viele Tote gegeben! Die Angestellten seien sich ihrer Pflicht im Interesse des Schutzes der Fabrik bewußt gewesen, und der Portier Biel hätte durchaus im Bewußtsein seiner Pflicht gehandelt, als er zur Waffe griff. Das konnte ein Fabrikdirektor vor Gericht sagen, ohne deswegen zur Rede gestellt zu werden.

Und das Gericht? Es bewies, wie es seiner Aufgabe, die Ordnung zu schlichten, sich unglücklich war. Das Urteil, das wir bereits mitgeteilt, ist unglücklich hart: 7 Jahre, 10 Monate und 26 Wochen Gefängnis wurden über die Unglücklichen verhängt, die Gerechtigkeit fordernd vor das Fabriktribunal gezogen waren, um dort mit todbringenden Geschossen empfangen zu werden. Und als sich ihre Empörung steigert, weiß man nichts Besseres, als zu dem Gendarmerteilangebot noch Infanterie und Maschinengewehre hinzuzuziehen. Und das alles gegen christliche Arbeiter! Außer einem Toten und zwei Verwundeten haben die christlichen Rheinfelder Arbeiter über 8 Jahre Gefängnis zu beklagen. Die wirklichen Schuldigen, die obendrein ein Menschenleben auf dem Gewissen haben, gehen aber frei aus.

Damit ist die Tragödie von Rheinfelden zu Ende. Die christlichen Arbeiter werden an ihr aufs neue erkennen, daß der Klassenstaat auch vor ihnen nicht Halt macht, wenn sie es wagen, sich eine höhere Lebenshaltung zu eringen.

## Deutsches Reich.

### Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die Tarifbewegung zittelt weiter sonderbare Erscheinungen, die auf die Friedensliebe der Unternehmer ein eigenartiges Licht werfen. Unter den Städten, die an der Bewegung beteiligt sind, befinden sich auch Köln und Osnabrück. Auf Verlangen des Arbeitgebersverbandes wurden in diesen Orten die Forderungen der Arbeiter bekanntgegeben. In Köln wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden pro Woche verlangt, die in Hamburg, Dresden, Leipzig, Frankfurt und anderen Orten bereits anerkannt ist. Anstatt, das nun darüber, wie zu erwarten war, verhandelt wurde, antworteten die Unternehmer: Der erweiterte Vorstand und Ausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, so lange in Unterhandlungen über einen eventuell neuen Vertrag nicht einzutreten, bis der von ihnen gestellte Antrag auf Reduzierung der Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden zurückgezogen sein wird. Unter keinen Umständen sind wir bereit, über irgend eine weitere Reduzierung der Arbeitszeit zu verhandeln, sondern die derzeit bestehende muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

In Osnabrück haben die Unternehmer auf die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit um wöchentlich 1 Stunde und eine beschlossene Lohnerhöhung geantwortet, daß sie „von weiteren Verhandlungen absehen müssen, sofern die Arbeiter nicht eine neue Vorlage machen“. Die Arbeiter beider Orte werden den Unternehmern die Folgen für ihr Verhalten überlassen müssen. Daß derartige Vorgänge die Arbeiter veranlassen müssen, auf der Hut zu sein, ist selbstverständlich. Das paßt den Unternehmern aber auch wieder nicht, wie folgender Borgana beweist:

In Düsseldorf kommen bei der Vertragsverneuerung neben dem Deutschen Holzarbeiterverband noch die christliche Organisation und der Gewerkeverein in Frage. Daß in solchen Fällen die Vorberatung der Forderungen längere Zeit in Anspruch nimmt, ist verständlich. Dem Herrn Siebel, der die Bestimmungen des alten Düsseldorfervertrages für seinen Betrieb immer noch nicht durchgeföhrt hat, nichts desto weniger aber Vorsitzender der Ortsgruppe des Sängerverbandes ist, paßt es nicht in seinen Kram, daß er mit den Forderungen der Arbeiter noch nicht treten gehen konnte und schrieb darum den nachfolgenden Brief an die Arbeiterorganisationen, den er aber gleichzeitig der Presse übermittelte:

Gemäß der Pressenotiz über die letzte Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, den Wochenbeitrag ab 1. Januar 1910 auf 1 Mk. zu erhöhen, um den Kampffonds zu stärken, hat heute eine Sitzung des Siebener-Ausschusses des Arbeitgebervereines der Holzindustrie und der Schreinerinnung stattgefunden, da nach diesem Beschluß des Deutschen Holzarbeiterverbandes recht deutlich zutage tritt, daß für unseren bisherigen Standpunkt, den ablaufenden Vertrag in friedlicher Weise zu erneuern, auf Seiten der Arbeiter keine Neigung besteht. Nach den zwischen den Zentralvorständen in Berlin getroffenen Vereinbarungen hätten die beiden Verhandlungen bis zum heutigen Tage bereits beendet sein können. Statt dessen sind wir bis heute noch nicht einmal im Besitze Ihrer eventuellen Änderungsanträge. Da wir nun nicht gewillt sind, länger mit uns Verfechten zu lassen, laden wir hiermit die von Ihrem Verbande gewählten Vertreter der Vertragsverhandlungskommission zu einer Sitzung auf Mittwoch, 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in das Hotel zum Löwen ein mit der Tagesordnung: Vertragsverneuerung. Unsere Mitglieder der Arbeitgebervereinigungen bestehen darauf, vor den kommenden Feiertagen volle Klarheit über die etwaigen Forderungen zu erhalten, um danach ihre Maßnahmen für die Zukunft treffen zu können, u. a. alle entbehrlichen Leute zu entlassen, da wir kein Interesse haben, zur Stärkung Ihres Kampffonds Hilfe zu leisten.

Daß dieser Bluff nicht zieht, sollte Herrn Siebel von vornherein klar gewesen sein, denn er kennt die Organisation der Holzarbeiter, kennt auch den Ausgang des Kampfes in Rheinland-Westfalen in diesem Jahre, wo er auch im Anfang den im Briefe angefügten Ton beliebte. Die Holzarbeiter nehmen Herrn Siebel diesen „Tranbataillonston der Reserve“ nicht weiter abel, da er erst kurze Zeit von der Leitung heim ist, aber seinen Zweck verfehlt er bei den Holzarbeitern vollständig. Diese werden weiter rüsten!

### Ausschüsse der Telegraphenarbeiter.

Die Bestimmungen für Arbeiterausschüsse im Bereiche der Reichs-Telegraphenverwaltung werden am 1. Januar bemerkenswerte Ergänzungen und Änderungen erfahren. Bisher schon bestanden in verschiedenen Bezirken Arbeiterausschüsse für Telegraphenarbeiter, die sich auch nach Aufassung der Postbesörden im allgemeinen bewährt haben. Es sollen deshalb vom 1. Januar 1910 an auch die Telegraphenarbeiter, die bisher noch nicht in Ausschüssen vertreten waren, an der Einrichtung teilnehmen. Die Bestimmungen für Arbeiterausschüsse werden gleichzeitig in folgenden Punkten ergänzt oder geändert. Am einzelnen werden folgende Ausschüsse gebildet: einer für die Telegraphen-Apparaturwerkstatt des Reichspostamts, je ein Ausschuss in den Orten, in denen wenigstens 50 Arbeiter im Telegraphen- und Fernsprehdienste, bei den Telegraphen-Zweigämtern und in den Apparaturwerkstätten beschäftigt sind, und ein Ausschuss für die übrigen Telegraphenarbeiter des Bezirks ohne Rücksicht auf ihre Zahl. In Orten, in denen mehrere Telegraphenbauabteilungen bestehen, kann für jede einzelne Abteilung oder für mehrere Abteilungen zusammen ein Ausschuss gebildet werden, wenn in dem einzelnen Ausschusse wenigstens 50 Telegraphenarbeiter vertreten werden. Ist die Zahl der Arbeiter geringer als 50, so können die Ausschüsse vereint werden, während andererseits für eine größere Zahl von Arbeitern mehrere Ausschüsse durch Zusammenschaffung von Bautrupps gebildet werden können, wenn in dem einzelnen Ausschusse wenigstens 50 Telegraphenarbeiter vertreten werden. Für jedes Ausschussmitglied werden, soweit wählbare Arbeiter genügend vorhanden sind, zwei Ersatzmänner gewählt. Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, die das 21. Lebensjahr vollendet haben und mindestens ein Jahr in dem Bezirk von der Reichs-Telegraphenverwaltung beschäftigt worden sind. Den Ausschussmitgliedern, die zur Teilnahme an den Ausschussitzungen Weisen auszuführen haben, werden die daren Auslagen an Fahrgehalt erstattet. Außerdem erhalten sie einen Zuschuß zum Tagelohne von 3 Mark für den Tag.

Die Lohnbewegung der Sticker in Vlaenen i. B. nimmt einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Der neue Tarif ist bereits für über 1100 Maschinen bewilligt, so daß nur noch gegen 800 Sticker im Streik stehen. Die Stickermeisterbesteller (Zwischenmeister) erlassen Inzerate, worin sie warnen, den Tarif zu unterschreiben und auch sonst noch versuchen, Misträuen in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Ihre Machinationen sind vergeblich, die Sticker lassen sich nicht wankelmütig machen. Man hofft, daß binnen Kurzem die Lohnbewegung auf der ganzen Linie zugunsten der Sticker beendet sein wird.

Ein Streik von Landarbeiterkindern ereignete sich Anfang voriger Woche in Ruffe, einem größeren Landorte des Freistaats Württemberg. Dort sollte drei Tage vor dem Feste der Treibjagd stattfinden. Alle Vorbereitungen waren schon getroffen, nur die Treiber, wozu die Schulknaben bestimmt waren, ließen sich nicht sehen. Dafür schickten diese aber eine Kommission, die in aller Form statt der üblichen 80 Pfg. eine Mark als Lohn von den reichen Jagdherrn forderte. Diese gebärdeten sich sehr entsetzt über solche „Freiheit“, wiesen die Knaben darth ab und befehlen den Knaben des Dorfes, als Treiber zu fungieren, denen sich dann noch einige Militärereiner anschlossen. Ob letztere nicht schamrot geworden sind? Uns mündert nur, daß die Jagdproben nicht nach Militär und Staatsanwalt begehrien.

## Ausland.

### Ein französisches Gesetz über die Lohnzahlung.

Soeben wird ein wichtiges französisches Gesetz veröffentlicht, das 1910 in Kraft tritt. Es regelt die Lohnzahlung der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Handel. Danach müssen alle Löhne in bar und mindestens zweimal im Monat ausgezahlt werden. Die Zwischenzeit zwischen zwei Lohnzahlungen darf 15 Tage nicht überschreiten. Bei Akkord- und größeren Arbeiten, die länger als 14 Tage in Anspruch nehmen, muß alle 14 Tage entsprechender Vorschuss und binnen 14 Tagen nach Beendigung der Arbeit der volle Lohnrest dem Arbeiter ausgehändigt werden. Die Auszahlung des Lohnes darf nicht an Fest- oder Ausgachtagen, auch nicht in Wirtschaftshäusern und Läden (mit Ausnahme der daselbst Beschäftigten) erfolgen. Die für die Ueberretzung dieser Vorschriften festgesetzten Strafen (5 bis 15 Frank Geldstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall) sind allerdings viel zu niedrig, um die volle Durchföhren des Gesetzes zu gewährleisten. Die Ueberwachung ist den Fabrikinspektoren übertragen.

### Nach halbjährigem Kampfe.

Die Aussperrung der Steingrubenarbeiter im belgischen Revier Coussines dauert nunmehr bereits 25 Wochen. Den Anlaß zum Kampfe, bei dem etwas über 8000 Arbeiter in Betracht kommen, hat ein Streik in einer Steingrube, wodurch

eine Lohnkürzung abgewehrt werden sollte. Ein Vermittlungsvorschlag, der vom Ministerium der Arbeit ausging und die wesentlichen Arbeiterforderungen unberücksichtigt ließ, wurde von den streikenden Arbeitern einstimmig abgelehnt, der Kampf scheint also mit ungeschwächter Energie weitergehen zu sollen. Beim internationalen Gewerkschaftssekretär Legien soll eine internationale Hilfsaktion beantragt werden. Der Kampf wird seit bereits vier Monaten mit Hilfe von freiwilligen Unterstützungsgeldern der gesamten organisierten Arbeiterschaft Belgiens geföhrt.

Eine einseitliche australische Bergarbeiterorganisation. Eine australische Bergarbeiterkonferenz, bei welcher die großen Bergwerksdistrikte Victoria, Tasmanien, Broken Hill und Cobarr vertreten waren, beschloß die Gründung einer Einheitsorganisation der Bergarbeiter für ganz Australien.

Zum australischen Bergarbeiterstreik. Der in Sydney jagende Streikkongreß hat seine Delegierten ermächtigt, an die Bergwerksbesteller zum Zweck der Durchföhren einer Verständigung heranzutreten.

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

Nächtliche Prügelei. Der Reisende Ewald Schröder in Leubich und der Schriftfeger Georg Fleischer in Schleusig hatten am 23. September in Schleusig gekesselt. In ihrer Gesellschaft befand sich der Restaurateur S., der einen Ohnmachtsanfall erlitt. Sie nahmen daher eine Droschke, fuhren bei einem Restaurateur vor, trugen den S. hinein, um ihm Kaffee zu verabreichen. Während sie sich um S. bemühten, teilte die Wirtin mit, daß die Droschke, die warten sollte, von Leuten fortgeföhrt werde. Hierüber ist Schr. ausgebracht gewesen; er stürzte auf die Straße hinaus und sah, daß ein Trupp Menschen das Gefährt umstand; er will nun bloß gesagt haben, daß er die Droschke gemietet habe. Darauf sei er aber eingekerkert und mißhandelt worden. Er habe nun auch um sich geschlagen, aber er selbst sei getreten worden, daß er ohnmächtig wurde. Der Angeklagte Fleischer soll sich ebenfalls an der Schlägerei beteiligt haben. Er soll namentlich den Angeklagten Tapezierer Moriz Nießch hingeworfen haben, so daß dieser den Daumen brach. Fleischer bestreitet das jedoch. Er will sich aus Angst und Scham, daß er mit in die Sache hineingezogen werde, ferngehalten haben. Nießch, der mit mehreren Sangesbrüdern und deren Frauen aus der Einzelknecht gekommen war, erklärt, daß ihnen beim Vorbeigehen das Droschkenpferd aufgefallen sei. Sie hätten es betrachtet und da sei Schröder gestürzt gekommen und habe sofort fürchtbar auf einen von seinen Sangesbrüdern eingeschlagen. Er wolle diesem nun helfen, worauf er von Fleischer hingeworfen wurde. Schröder habe ihn und auch seine Frau geschlagen. Er gibt zu, daß er Schröder getreten haben könne, weil er wegen seines gebrochene Daumens fürchterliche Schmerzen hatte. Das Gericht beurteilte die nächtliche Mausei, an der wohl alle gleich schuldig waren, ziemlich milde. Es sprach Nießch gänzlich frei und verurteilte Schröder und Fleischer zu je 20 Mark Geldstrafe.

## Von Nah und Fern.

### Unwetter auf der pyrenäischen Halbinsel.

Lissabon, 20. Dezember. Schwere Unwetter haben die spanische Küste und vornehmlich die portugiesische heimgeschickt. Seit zwei Tagen sind alle Verbindungen mit Dporto unterbrochen. Das Unwetter soll in dieser Stadt außerordentlichen Schaden und verheerende Unfälle zur Folge gehabt haben. Die im Hafen liegenden Schiffe sind durch die heftige Strömung von ihrer Verankerung losgerissen worden.

Ins Dporto wird berichtet: Der Duero ist von 10 auf 12 Meter gestiegen, beginnt aber in sein Bett zurückzutreten. Die Fluten sind in die Speicher eingedrungen und haben Baumwollballen und Weinfässer fortgeschwemmt. Alle in der Mündung liegenden Schiffe haben sich von den Anker losgerissen und sind auf den Sandbänken gestrandet. Die Mannschaften haben sich an Land gerettet. Von der Bemannung des deutschen Dampfers Cintra sind nur sechs gerettet. Der zweite Offizier, der zweite Maschinist und ein Matrose haben das Schiff in Rettungsbooten verlassen, der erste Offizier und zwei Mann sind an Bord zurückgeblieben. Auch der deutsche Dampfer Nestor ist vor der Flussmündung aufgelaufen.

Aus Barcelona wird gemeldet: Heftige Unwetter mit heftigen Regengüssen haben fast ganz Spanien heimgeschickt. Der Telegraphen- und Telephonverkehr ist gestört. Die Bahnlinie von Salamanca nach Portugal ist unterbrochen und in den Städten Ciudad Rodrigo und Mondao haben Ueberschwemmungen großen Schaden angerichtet. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen. Weitere amtliche Nachrichten über das Hochwasser fehlen, daß in Ciudad Rodrigo, so viel bisher bekannt ist, vier Personen ertrunken sind. Zahlreiche Ortschaften in der Gegend von Salamanca, Salamanca, Bilbao, Leon, Zamora, Burgos und Valladolid sind überschwemmt.

Die letzten Meldungen aus Lissabon teilen mit, daß in der Umgegend von Dporto gegen 700 Schiffe und Boote bei den letzten Stürmen gesunken oder beschädigt worden sind. Der Schaden wird auf 100 Millionen Frank veranschlagt. — Der letzte Sturm hat namentlich in der Meerenge von Gibraltar mit großer Heftigkeit gewirkt. Die Flut wirft zahlreiche Felsen und Schiffstrümmer ans Land.

### Zusammenstoß.

Gleiwitz, 25. Dezember. Amtliche Meldung. Am Donnerstag nachmittag, kurz nach 5 Uhr, stieß der Personenzug 555 auf den vor dem Abföhlsignal des Bahnhofes Vorspanner haltenden Güterzug 30. Die beiden letzten Wagen des Güterzuges erlitten Beschädigungen, ebenso Lokomotive, Packwagen, sowie der erste Wagen des Personenzuges; 5 Personen wurden leicht verletzt.

### Verhängnisvolle Schlägerei.

Berlin, 25. Dezember. In der vergangenen Nacht geriet der Unteroffizier Hermann Specht vom 1. Garde-Feldartillerie-Regiment vor dem Hause Stromstraße 35 in Streit mit mehreren Passanten. Specht erhielt dabei einen Messerstich und wurde in schwerverletztem Zustande nach dem Krankenhaus Noabth gebracht. Dort ist er halb darauf verstorben. Von den Tätern ist eine Anzahl bereits festgenommen, darunter befindet sich auch der Haupttäter, der 1890 geborene Arbeiter Eichler.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 20. Dezember. Bei Floßplatz war m a b sprang gestern früh trotz geschlossener Schranke beim Verannahen eines Juges eine Frau auf das Eisenbahngleis, wurde von der Maschine erfasst und ein Stück geschleift, wobei sie so schwere Verletzungen erlitt, daß sie am Abend verstarb.

London, 27. Dezember. Wie einem hiesigen Blatte aus Bombay gemeldet wird, verhaftete die Polizei 15 Personen, die mit der Ermordung des Beamten Jackson in Kasch in Verbindung stehen, beschlagnahmte eine große Menge von Revolvern, Munition und Schriftstücken, durch die eine regelrechte Verschöpfung aufgedeckt worden ist.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Müller in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedrich Piller in Dorsdorf-Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.  
Diese Nummer enthält 14 Seiten.



# GLÜCKWUNSCH-INSERATE

für die am Freitag, den 31. Dezember, erscheinende Silvester-Nummer bitten wir höflichst schon jetzt aufzugeben. Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

**Ortsverein Böhlitz-Chrenberg.**  
Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr  
**Lichtbilder-Vortrag für Kinder**  
im Ritterschloßchen, Barnsd.  
Eintritt 10 Pfg.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

**Metallarbeiter-Verband.**  
Geschäftsstelle **Volkshaus** Zeltzer Str. 32  
Portal rechts, I.  
Bürozeiten: vorm. 8-9 Uhr, mitt. 12-1, abds. 5-8 Uhr.  
Telephon 3784.



**Griechische Weinstube** Saltgässchen 7.  
Weihnachten brachte nen Gewand  
Der alten Burg Akropolis —  
Zu ihrer Weib aus Griechenland  
Diogenes sich sehen liess.  
Er grüsst modern aus seinem Fass,  
Athletisch er sich streckt  
Und lässt sich seh'n im Samtjackett  
Als flotter Architekt.  
Museum ist Akropolis,  
Der Wein dort delizios —  
Steh's nur dort als Reklame an  
Sonst brummt Diogenes. [23118]

**Wasserfall** Katharinenstrasse 13.17.  
Tägl. v. 5 Uhr nachm. bis 12 Uhr nachts:  
Für Leipzig! Grösste Sensation! Für Leipzig!  
**D'Moosblümerin.**  
Neue, junge, frische bildsaubere Modellen.

**Sie sparen viel Geld,**  
wenn Sie in **Glaser's**  
**Monatsgarderobe, Han-**  
**städter Steinweg 39,**  
nur im Laden, neue u. getragene  
Herren- u. Knab.-Garderobe  
kaufen. Nur bis Weihnachten  
erhält jeder Käufer trotz mein.  
billigen Preise 10% Rabatt.  
Herr.-Anzüge 4.50-16.4 u.s.w.  
H.-Leberzieher 2.50-18.4 u.s.w.  
Herren-Hüfte 8-16.4 u.s.w.  
Herren-Hoppen 3-10.4 u.s.w.  
Herr.-Pelerinen 5-11.4 u.s.w.  
Herr.-Hosen 0.95-5.50.4 u.s.w.  
Burschen- u. Kind.-Garderobe  
zu Spottpreisen.

**Deutsche Trinkstube**  
**Café Max und Moritz**  
Urgemütliches Verkehrslokal  
**Täglich Konzert**  
Katharinenstr. 10 Böttchergasse 2  
**L. Hahn.**

**Illustrierter**  
**Neue Welt-Kalender**  
für das Jahr  
**1910.**

**Inhalts-Verzeichnis.**

Titel	Seite	Titel	Seite
Rosenbarium	2-12	Erlebtes und Erlebtes. Ein Beitrag zur	45
Politisches	14	Geschichte des sozialdemokratischen	46
Wochenverträge	15	unverändert von Karl Prohme (mit Vortrag)	46
Statistisches	15	Proletariat in der	48
Nachbild.	17	Agitation. Von G. S.	48
Waffen und Rüstung	21	Die Wasserfrage. Erklärung von Clara	49
Im Rückblick des Jahres	25	Siedig (mit Illustrationen)	49
Der Kampf der nationalen Arbeit? Von	26	Sam Gendrecht zur modernen Dienst-	56
Germania Mollenhuth	26	botenbewegung. Von Ida Bosc	56
Streit. Gedicht von Alexander Solge	27	Widmung für Arbeiterheim. Ein Nach-	58
Die Branderbank. Erklärung von Ernst	28	wels guter Bilder. Von Dr. Franz Dieber-	58
John (mit Illustrationen)	28	rich (mit Illustrationen)	58
Konsumvereine u. Sozialdemokratie. Von	34	Der Klir. Gedicht von Ludwig Heine	61
Dr. August Müller (mit Illustrationen)	34	Zwei Katastrophen (mit Illustrationen)	62
Zwischen den Meeren. Gedicht von Julius	38	Die wirtschaftliche Krise u. ihre Wirkung.	65
Berth	38	Von Robert Schmitz	65
Die Rückseite des Mondes. Von Wilhelm	39	Der Ballon und die Ballonfahrer. Von	67
Georg Cuno (mit Illustrationen)	39	Georg Cuno (mit Illustrationen)	67
Alta	41	Unser Toten (mit Gedicht)	72
Spiegel. Aus der russischen Konterrevolution.	42	Wiegende Blätter	77
Gedicht von R. G. (mit Illustrationen)	42	Stüber Bilder	77
Neue Sent. Gedicht von Franz Dieberich	44	Für unser Rätselräser	79

Hierzu vier Bilder:  
Winterabend. — Schneefall auf dem Lande. — Kartoffelente. — Schmitter.  
Außerdem ein Blechschnecken auf Runddruckpapier. Eingefärbt.  
Ein Wandkalender.

Zu beziehen durch alle Austräger der Volkszeitung.  
**Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.**

**Hochelegante, entzückende Neuheiten**  
in Damen-Gandtäschchen in allen Farben  
und Lederarten von einfacher bis zu ele-  
gantester Ausführung in reichster Auswahl  
schon von 1 Mk. an.  
Damen Gürtel, Portemonnaie, Toilette-  
Etuis, Damentaschen u. s. w. Lederwaren  
in allen Ausführungen u. jeder Preislage  
empfehlen  
**Karl Blau**, Windmühlenstr. 32  
Tauchaer Str. 16.  
Spezialfabrik für Koffer, Taschen,  
Schul- u. Reiseartikel u. div. f. Lederwaren.



**Silberkranz**  
**mit Glocke**  
in haltbarer Ausführung  
7.50 Mk.  
**Felix Gralchen**, Halustr. 23  
gegenüber Hotel Polono.

**Spezialgeschäft für Bettfedern u. fertige Betten**  
Dampf-Bettfedern-Reinigungs- u. Desinfektions-Anstalt.  
Großes Lager in Inletts.  
**Heinr. Rohr**, Leipzig-Volkmaradorf, Kirchstr. 2  
Ecke Warzner Strasse.

**Große Ersparnis für Hausfrauen!**  
**Emaill- und Porzellan-Kitt**  
mit nebensteh. „Schön-Marke“ (Fabr.  
Hugo Planitz, Leipzig, Fedr.-Gf.-St. 12.) Unübertroffen  
3. Selbstzumachen von Löchern in emaillierten u.  
blechgeschliffen, so daß darin wieder gelocht werd. kann, auch in  
heiß. Wasser beständ. Ritten u. Gefäßen kleiner fehlend. Teile  
von Porzellan, Glas, Steingut, Marmor usw. Zu haben in  
Drogen-, Eisen- oder großen Materialwaren-Handlungen.

**Haupt-Fisch-Halle**  
Hauptstrasse 94 **Leutzsch** Hauptstrasse 94  
neben dem Diakonissenhaus neben dem Diakonissenhaus  
empfehlen ff. lebende Spiegelkarpfen, Schleie, Aale  
usw. sowie alle Sorten frische u. geräucherter **Seefische**  
**Fisch- und Frucht-Konserven.**

**Reparaturen**  
an Uhren jed. Art, nur  
streng solide Ausfüh.  
u. unter Garantie bei  
**Gustav Kaniss**  
Uhrmacher, Tauchaer Str. 6.

**Neujahrskarten**  
50 Stück mit Namen v. 1.50 Mk an  
**Papierhandlung zum Zirkel**  
Windmühlenstraße 22.

Kauft  
**Briketts**  
bei  
**Benno Grimm**  
Tauchaer  
Str. 41.

Verwenden Sie nur  
**Lipsia-Sent**  
**Essig**  
überall zu haben.  
Anerkannt beste Marke,  
vorzüglich im Geschmack.

**Weihnachts-Ausstellung.**  
Präparierte Palmen  
wielebend, Sammet-  
Blumen, Buketts,  
Früchte, Blumen-  
Körbe, Ampeln, Sil-  
ber-Körbe u. Kränze  
Ball- u. Hut-Blumen  
Fruchtblasen und -Körbe  
wieder gefüllt u. geräuchert.  
Dekorationen jeder Art billig.  
Wissel, Fabrik Eisenbahnstr. 3  
Tel. 12676. Täubchenweg 86.

**Religion Sozialismus**  
R und S von Dr. Pannekoek  
Preis 30 Pfg.  
**Volksbuchhandlung Leipzig**  
Tauchaer Straße 19/21.

**Bis 31. Dezember 1909**  
**Ausverkauf**  
zu spottbilligen Preisen von  
**Masken, Maskenartikeln,**  
**Atrappen u. Scherzartikeln,**  
**Humorist. Kopfbedeckungen**  
**M. Reichardt, Leipzig**  
Markt 10, Tr. A.

**Neujahrskarten**  
in großer Auswahl empfiehlt  
**C. F. Rüdiger**  
Südplatz 7 u. Moltkestr. 44.  
**Arbeiter-Frauen!**  
Bezieht Euch bei Einkäufen  
auf die Leipziger Volkszeitung.

**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Str. 19/21.

**Neuerscheinungen unseres Verlages.**

Sieben erschienen:

- Ein hervorragendes Kunstblatt: **August Bebel**  
in künstlerischer Reliefgravure, 80x80 cm Kartou-  
größe, 30x40 cm Bildgröße.  
Preis **2.50** Mark.
- Zum Gedächtnis des **Kommunistischen Manifestes**  
von **Antonio Labriola**. Eingeleitet und übersetzt  
von **Franz Mehring**. Mit einem Bildnis des Verfassers.  
Preis **1** Mark.
- Anton Pannekoek: Marxismus und Darwinismus**  
Zwei erweiterte Vorträge. — Inhalt: Der Darwinismus  
— Der Marxismus — Der Marxismus im Klassenkampf  
— Der Darwinismus gegen den Sozialismus — Natur-  
prinzip und Gesellschaftslehre — Das gesellschaftliche  
Zusammenleben — Werkzeuge, Denken und Sprache —  
Tierorgan und Menschenwerkzeug — Kapitalismus und  
Sozialismus.  
Preis **25** Pfg.

Diese Neuerscheinungen sind auch in allen Filialen und  
durch die Austräger der Volkszeitung zu haben.

**Horzinnigen Dank** sagen wir allen für die anläß-  
lich unserer Silbernen Hochzeit dargebrachten unver-  
gesslichen Ehrungen.  
**Karl Eulenstein und Frau.**

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim  
Tode und Begräbnis meines unvergeßlichen teuren Mannes,  
unseres guten Vaters  
**Karl Ludwig Zwingenberger**  
sprechen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tief-  
gefühltesten Dank aus.  
Leipzig, 24. Dezember 1909.  
Die trauernde Witwe nebst Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim  
Begräbnis unserer unvergeßlichen Mutter, Groß- und  
Schwiegermutter  
**Marie verw. Labe geb. Höfler**  
sprechen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tief-  
gefühltesten Dank aus. Dir aber, liebe Mutter, rufen  
wir ein Ruhe sanft in Deine Wiege Grust nach.  
Großhoyer, den 26. Dezember 1909.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 26. Dezember entschlief nach langem, schwerem  
Leiden im städtischen Krankenhaus Leipzig mein lieber  
Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater,  
der Handarbeiter  
**Gottlob Karl Grimm**  
im 54. Lebensjahre. Schmerz erfüllt zeigt dies hierdurch an  
**Therese Grimm geb. Peterson**  
nebst Hinterbliebenen.  
Beerdigung am 29. Dezember 11,3 Uhr vom Trauer-  
hause, Anger, Zweinaundorfer Str. 84b, II., aus statt.

Am 1. Feiertag, früh 1/5 Uhr, verschied nach langem  
Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Bruder,  
Schwager und Onkel  
**Albert Gotthardt**  
im Alter von 46 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Klara Gotthardt geb. Kratzsch**  
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Dienstag, vorm. 1/11 Uhr, vom  
Trauerhause, Lindenau, Spittastr. 20, aus statt.



Politische Uebersicht.

Der Mannesmann-Kummel

wird von den Organen der internationalen großkapitalistischen Freibeuter kräftig weiter geführt. Die Presse der alldeutschen Heißsporne bemüht sich mit unermüdlichem Eifer, immer neues Material zusammenzutragen, das die „patriotischen“ Absichten der Gebrüder Mannesmann in hellster Gloriole erstrahlen läßt und die unpatriotische deutsche Regierung, die um der Profitinteressen weniger Kapitalisten willen keine neuen Händel heraufbeschwören will und kann, um so tiefer in den Schatten stellt. Gegenüber diesen Treibern will sich nun Herr v. Schoen in den Schutz des Reichstages flüchten. Er läßt in der Neuen Gesellschaftlichen Korrespondenz verkünden, daß das gesamte, mehrere Aktenbände füllende Material über die Mannesmann-Angelegenheit auszugswise in Gestalt eines Promemoria der Budgetkommission vorgelegt werden wird, und er knüpft daran die Hoffnung, die Kommission werde auf Grund des Materials wenn nicht einmütig, so doch mit großer Mehrheit ihm ihre Billigung nicht verlagern. Ob diese Hoffnung sich erfüllen wird, bleibt abzuwarten; offenbar gibt sich auch der Leiter des deutschen Auswärtigen Amtes zurzeit keinen Illusionen mehr darüber hin, daß die Stimmung in den Kapitalistenkreisen sehr stark gegen ihn ist, und er wird deshalb alles aufbieten müssen, um sich in seiner Stellung zu halten.

Zur Rechtfertigung der bisherigen Haltung der Regierung in der Mannesmann-Affäre macht die genannte Korrespondenz dann noch einige interessante Angaben darüber, wie die Gebrüder Mannesmann in den Besitz ihrer „wertvollen“ marokkanischen Mineralkonzessionen gelangten. Die Mitteilungen sind offenbar vom Auswärtigen Amt inspiriert; sie geben einen sehr lehrreichen Einblick in das Treiben der kapitalistischen Kulturplaziere in fremden Ländern und zeigen, mit welcher sauberen Mitteln diese Herrschaften sich ihre „wohl-erworbenen Rechte“ zu sichern pflegen. Es wird darüber von der Korrespondenz mitgeteilt:

Das Deutsche Reich bringt den marokkanischen Unternehmungen der Gebrüder Mannesmann das größte Wohlwollen entgegen, soweit dies ohne eine eklatante und mutwillige Verletzung bindender internationaler Abmachungen und Verträge möglich ist. Gerade mit Rücksicht auf die Mannesmannschen Unternehmungen erhob das Deutsche Reich im Sommer 1908 erfolgreichen Einspruch gegen das Vorhaben des Sultan unter dem Einflusse der Franzosen stehenden damaligen Sultans Abdul Aziz, ein Berggesetz zu promulgieren, das die Interessen der französischen Nation einseitig begünstigte. Infolge dieses Einspruches, also auf Betreiben des Deutschen Reiches, kam nun zwischen den Algerias-Mächten am 20. August 1908 ein Beschluß zustande, daß der Sultan kein Berggesetz ohne die Mitwirkung dieser Mächte erlassen sollte, daß vielmehr das Berggesetz von den Mächten gemeinschaftlich beraten und dann erst promulgiert werden sollte. Wenige Wochen aber nach diesem Beschluß veräußerte sich die Firma Mannesmann von dem Sultan Aziz das sogenannte „Berggesetz“ vom Oktober 1908 und auf Grund dieses angeblichen Gesetzes — am selben Tage — auch ihre „Konzession“. Das angebliche Gesetz ist übrigens weder ein selbständiges Dokument noch ein geforderter Willensakt des Sultans, sondern bildet nur einen integrierenden Bestandteil der den Herren Mannesmann verlehrenden „Konzession“. Und es geht aus dem Zusammenhange hervor, daß das „Gesetz“ speziell für diese Konzession gemacht wurde. Außerdem ist es geheim gehalten, und keiner der Algerias-Mächte mitgeteilt worden. Schon aus diesem Grunde wird es von keiner der Mächte als Gesetz und am allerwenigsten als das Berggesetz angesehen, über dessen Zustandekommen sich die Mächte durch den Beschluß vom 20. August 1908 geeinigt haben.

Wir lassen es dahingestellt, ob diese offiziöse Darstellung nach allen Seiten hin den Tatsachen gerecht wird. Jedenfalls steht das eine fest, daß die Regierung sich an diesem schmutzigen Ursprung der Mannesmannschen Konzessionen nicht einen Augenblick gestoßen und den beiden Abenteurern zur Verteidigung ihrer „Rechte“ gern ihren Schutz geboten hätte, wenn ihr nicht durch die Niederlage von Algerias die Hände gebunden wären. Daß sie es an Wohlwollen gegenüber den überseeischen deutschen „Kulturträgern“ habe fehlen lassen, ist jedenfalls ein Vorwurf, der den Geschäftsführern der kapitalistischen Gesellschaft in den deutschen Regierungsämtern am allerwenigsten gemacht werden kann, und Herr v. Schoen beweist denn auch, daß er trotz aller Angriffe das menschenmöglichste getan hat, um den Mannesmann und Konforten die Ausbeutung ihrer „Rechte“ für die Zukunft zu garantieren. Es wird nämlich weiter mitgeteilt, daß gegenwärtig in Paris Verhandlungen zwischen Deutschland, Frankreich, England und Spanien geführt werden „zur Ausarbeitung eines Berggesetzes und zur Schaffung eines geeigneten Uebergangsstadiums von der bisherigen gesetzlichen Zeit zu der Zukunft, da das Gesetz in Kraft getreten sein wird“. Diese Verhandlungen sind so weit gediehen,

daß diejenigen Unternehmer, die ohne gesetzliche Grundlage bisher schon in Marokko gearbeitet haben, in einer dem Umfange ihrer wirklichen Leistungen entsprechenden Weise bevorrechtet werden und neuen Konzessionären vorangehen sollen. Die Abschätzung der Leistungen und einzelnen Ansprüche auf Bevorrechtung aber soll durch ein völlig parteiloses Schiedsgericht geschehen. . . . Es ist dem Deutschen Reich überdies gelungen, nicht ohne die Ueberwindung des erheblichsten Widerstandes der drei anderen Großmächte, durchzusetzen, daß auch die Rechtsmöglichkeit der sogenannten Mannesmannschen Konzession von diesem Schiedsgerichte geprüft werden soll. Die drei Mächte waren hierzu anfangs unter keinen Umständen bereit, da sie die Rechtsmöglichkeit der Konzession übereinstimmend rundweg bestritten.

Den alldeutschen Schreibern und ihren großkapitalistischen Hintermännern wird mit dieser Berühmungs-epistel recht wenig gebietet sein. Man wird aber loyalerweise Herrn v. Schoen das Zugeständnis machen müssen, daß er nach Lage der Dinge nicht mehr zu erreichen imstande war, wobei wir die Frage völlig offen lassen, inwieweit damit seine Politik vom kapitalistischen Standpunkt gerechtfertigt erscheint.

Deutsches Reich.

Die neue Gewerbeordnungsnovelle

tritt bekanntlich am 1. Januar 1910 in Kraft. Wir haben in der vorigen Nummer bereits die wichtigsten Bestimmungen der Novelle kritisch gewürdigt und geben nachstehend noch eine Uebersicht der durch die Novelle bedingten wesentlichsten Neuerungen, die wir in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zusammengefaßt finden:

Die Vorschriften der §§ 135 bis 139a der Gewerbeordnung finden vom 1. Januar ab auf alle Betriebe Anwendung, in denen in der Regel mehr als zehn Arbeiter beschäftigt werden, auch wenn diese Betriebe bisher nicht als Fabriken anzusehen waren. Für das Anwendungsgebiet dieser Vorschriften ist also künstlich nicht mehr der Begriff der Fabrik, sondern nur noch die Zahl der in der Regel beschäftigten Arbeiter maßgebend. Für sogenannte Saisonbetriebe gelten diese Vorschriften schon dann, wenn zu diesen Zeiten mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. Unter die §§ 135 bis 139a fallen, wenn sie mindestens zehn Arbeiter beschäftigen, auch alle Motorkraftstätten, einschließlich der Getreidemähdreschen, und Konfektionswerkstätten, ferner Konditoreien und Bäckereien, die in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten arbeiten. Ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter unterstehen den genannten Paragraphen Hüttenwerke, Zimmerwerke, andre Bauhöfe, Werften, Werkstätten der Tabakindustrie, Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten sowie unterirdisch betriebene Brüche und Gruben. Die Vorschriften gelten ferner für Ziegeleien und über Tage betriebene Gruben und Brüche dann, wenn sie in der Regel mindestens fünf Arbeiter beschäftigen. — Nach den neuen Vorschriften ist den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Die zulässige Arbeitsdauer ist für Arbeiterinnen auf 10 Stunden, an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen auf 8 Stunden beschränkt. Die Nachtruhe für jugendliche Arbeiter und für Arbeiterinnen hat eine Erweiterung erfahren: Die Beschäftigung darf nicht mehr über 8 (bisher 8½) Uhr abends hinaus dauern und nicht vor 6 (bisher 5½) Uhr morgens beginnen. Am Sonnabend sowie an den Tagen vor den Festtagen muß die Beschäftigung der Arbeiterinnen um 5 Uhr nachmittags enden. Die Vorschrift, daß Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen sind, ist auch auf Arbeiterinnen unter 10 Jahren ausgedehnt worden. Die Vorschriften über den Wöhnen in den Schulen sind dahin erweitert worden, daß Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft im ganzen während 8 Wochen nicht beschäftigt und nach der Niederkunft erst wieder eingestellt werden dürfen, wenn nach ihr nachweislich 6 Wochen verfloßen sind. Verboten ist eine Uebertragung von Arbeit außerhalb des Betriebes auf Sonn- und Festtage. Die zulässige Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen bei außerordentlichen Fällungen der Arbeit hat eine dreifache Beschränkung erfahren: sie darf 12 Stunden täglich nicht überschreiten und muß eine ununterbrochene Ruhezeit von 10 Stunden frei lassen; sie darf nicht über 9 Uhr abends hinaus dauern; während Ueberarbeit, ohne daß ein Ausgleich durch eine entsprechende kürzere Beschäftigung der Arbeiterinnen in der übrigen Zeit des Jahres einzureiten braucht, wie bisher bis zu 40 Tagen im Jahre erlaubt werden kann, ist die Befugnis der höheren Verwaltungsbehörde, an mehr als 40 Tagen Ueberarbeit dann zuzulassen, wenn durch Einzelarbeit eines Betriebes ein solcher Ausgleich vorgesehen wird, jetzt dahin beschränkt, daß in diesem Falle Ueberarbeit höchstens an 50 Tagen im Jahre zulässig ist. Bei Naturereignissen oder Unglücksfällen ist die höchste Zahl an gestatteter Arbeitsdauer für erwachsene Arbeiterinnen auf zwölf Stunden beschränkt worden. Bevor die höhere Verwaltungsbehörde Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften über die Pausen gestatten kann, muß stets dem ständigen Arbeiterausgleich über, wo ein solcher nicht existiert, den Arbeitern Gelegenheit gegeben worden sein, sich über die in Aussicht genommene Abweichung anzuhören. Alle derartigen Anträge sind bei dem zuständigen Gewerbeinspektor anzubringen. — Diejenigen gewerblichen Betriebe, für die die §§ 135 bis 139a nicht gelten, auch wenn in ihnen zehn Arbeiter oder mehr beschäftigt werden, sind in § 154 Absatz 1 der Gewerbeordnung erschöpfend angegeben.

Der Staatssekretär der Kolonialkapitalisten.

Die Deutsche Diamant-Gesellschaft, ein Tochterunternehmen der Kolonial-Gesellschaft für Südwest-Afrika, führt einen Prozeß gegen den Fiskus um freie Verfügung über Gebände in dem bis zum 1. April 1911 gesperrten sogenannten Diamantengebiet. Bezirksamtmann Böhm er und die koloniale Bergbehörde verweigerten der Gesellschaft das dauernde Abbaurecht im Sperrgebiet, worauf die Gesellschaft Klage beim Bezirksgericht erhob. Die Verhandlung hat am 24. November stattgefunden, und die Lüderichscher Zeitung bringt jetzt einen ausführlichen Bericht über jene Verhandlung, in der Herr Dernburg eine recht eigentümliche Rolle gespielt haben muß. Der Vertreter der Diamant-Gesellschaft, Rechtsanwalt Scharf, erklärte, die Behörden des Schutzgebietes leisteten nur den Anweisungen des Staatssekretärs keine Folge, Dernburg stehe vollständig auf dem Standpunkt der Gesellschaft, und er habe die Schutzgebetsbehörden angewiesen, den Widerspruch gegen die Verleihung dauernder Bergwerkrechte an die Gesellschaft zurückzuziehen. Bezirksamtmann Böhm er wußte a m t l i c h nichts von einer solchen Stellungnahme des Staatssekretärs. In dem Bericht der Lüderichscher Zeitung heißt es aber dann weiter:

Rechtsanwalt Scharf teilte dann den Inhalt verschiedener Briefe des Kolonialamtes mit. In dem vom Gericht zitierten Schreiben habe der Staatssekretär weiter ausgeführt, daß nach der Absicht und dem Sinn der Sonderrechtsverleihung die Gesellschaft an abbauwürdigen Stellen dauerndes Bergwerkseigentum erwerben solle und daß er sich für verpflichtet halte, der Gesellschaft in dieser Richtung die erforderliche Sicherung zu verschaffen. „Er werde diesbezüglich mit dem kaiserlichen Gouverneur in Verbindung treten. Nach einem Schreiben vom 29. Mai soll ferner seitens des Kolonialamtes an das Gouvernement telegraphiert worden sein, der Widerspruch des Bezirksamtes möge fallen gelassen werden. Am 12. Dezember 1908 bereits habe der Staatssekretär der Kolonial-Gesellschaft in l i n d i c h g e r a t e n, Schriftsteller zu belegen.

Bezirksamtmann Böhm er wiederholte die oben gegebene Begründung seines Widerspruches. Aus den Publikationen (der Konzession der Diamant-Gesellschaft) ginge ganz klar hervor, daß das Recht der Kolonial-Gesellschaft nur bis zum 1. April 1911 bestehen solle. Für die Auslegung dieser maßgebenden Veröffentlichungen könnten daher Äußerungen und Zuschriften des Staatssekretärs an die Kolonial-Gesellschaft, in denen den amtlichen Veröffentlichungen ein anderer Sinn beigelegt würde, nicht in Betracht kommen. Für das Gericht handle es sich doch nur darum, den Sinn der amtlichen Publikationen zu ermitteln, und der sei darin selbst deutlich genug ausgesprochen.

Das Bezirksgericht schloß sich diesen Ausführungen an.

Die Lüderichscher Zeitung bemerkt zu dieser eigenartigen Methode des Kolonialstaatssekretärs, die Interessen der Kolonien zu fördern:

Der Standpunkt, den Staatssekretär Dernburg in dieser Angelegenheit einnimmt, verdient gehörig beleuchtet zu werden. Die Ueberschrift dieses Artikels sollte eigentlich heißen: Dernburg in unheiliger Allianz mit der Deutschen Kolonial-Gesellschaft gegen die Interessen des Schutzgebietes pflichtgemäß wahren den Behörden. Denn Dernburg hat nach den von Herrn Rechtsanwalt Scharf verlesenen Briefen direkt Partei für die Deutsche Kolonial-Gesellschaft und gegen das Schutzgebiet ergriffen. Er hat „Anweisungen“ erteilt, er hat „gewünscht“, daß das Bezirksamt den „Widerspruch ausgeben möge“. Es fehlt nun bloß noch, daß er auch unserer Bergbehörde und den Richtern „Anweisungen erteilt“, wie sie die Befehle auszuliegen haben. Dar er denn der Deutschen Kolonial-Gesellschaft noch nicht genug geschenkt? Es sei hier daran erinnert, daß nach dem Abkommen des Staatssekretärs mit der Kolonial-Gesellschaft diese das Sonderrecht, um dessen Tragweite es sich bei diesem Prozesse handelt, ohne jede Gegenleistung erhalten hat. . . .

Während der Amistätigkeit des Herrn Dernburg hat die Welt schon des öfteren Gelegenheit gehabt, die rührende Fürsorge zu bewundern, die der ehemalige Vizepräsident gegenüber den großkapitalistischen Ausbeutern der Kolonien an den Tag legt. Wir erinnern, um nur ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nennen, an den Davidsbühnenvertrag, der den Aktionären der Davidsbühnen einen ungeheuren Reibach auf Reichskosten zuschanzen soll. Die bevorstehenden Staatsverhandlungen im Reichstag werden hoffentlich Gelegenheit geben, diese Praktiken etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen.

Aus dem Lande der Schula.

In der Frankfurter Zeitung finden wir zwei Notizen, die das Schul- und Lehrereleben im ostpreussisch-mecklenburgischen Runderdorado grell beleuchten. Die eine Notiz berichtet über die Hauptversammlung des mecklenburg-schwerinschen Landeslehrervereins, auf der festgestellt wurde, daß die ritterschaftlichen Schulgesele noch immer eine sogenannte Sommerpause von 12 Stunden gestattet, obgleich eine größere Stundenzahl wenigstens für die jüngeren Schüler den Mittern nicht einmal einen Pfennig Kosten oder Ausfall verursachen würde. Die größeren Schüler werden auf den meisten Gütern zu landwirtschaftlichen Arbeiten in größtem Umfange herangezogen und ausgenutzt. In die zumeist einflügeligen Schulen mit allen Jahrgängen und beiden Geschlechtern schicken die Ritter zum Teil unfähige Schulaufstiege selbst von 17 Jahren, nach einer nur zweijährigen oberflächlichen Vorbereitung im Präparandum. In der Bezahlung und sozialen Wertung wird dem Lehrer nur die Stellung eines Gutshandwerkers einräumt. Die Stellung und Versorgung der ritterschaftlichen Lehrer ist derartig, daß das Reichsversicherungsamt sie noch immer nicht von der Arbeitspflicht befreien will. Die Beschaffenheit der Lehrerwohnungen und der Zustand der Schulzimmer, in denen die notwendigen Lehrmittel fehlen, ist vielfach erbärmlich. Auf die dominanten und städtischen Schulen haben diese Verhältnisse infolge abgefeuert als auch hier die Lehrerbefoldung in den meisten Orten unzureichend ist. Aus Landesmitteln werden nur 58 Prozent zu den Bedürfnissen aufgebracht gegen 20 Prozent der staatlichen Aufwendungen im Durchschnitt des Reiches. Die einzelnen Städte sind damit im wesentlichen auf eigene Mittel angewiesen. Bei der Regelung der Beamtenbefoldungen wurde an die Lehrer nicht einmal gedacht. So kommt es, daß man an die Volksschule in der Regel nur die Hälfte von dem wendet, was man in Preußen für nötig erachtet. Die Folgen sind eine starke Lehrermangel und ein immer mehr zunehmender Lehrermangel auf Kosten der Volksschule und der Volksbildung.

Die andere Notiz berichtet nach Angaben der Preussischen Lehrervereinigung aus einem Gutsdorfe bei Neustadt im Kreise Ruppin die folgende niedliche Idylle: Als vor etwa zwei Jahren ein junger Lehrer nach dort versetzt wurde, verweigerte ihm der feudale Gutsherr den Einzug ins Schulhaus, da er zunächst seine Patronatsrechte anerkannt wissen wollte. Auf telegraphische Befehle der Regierung in Potsdam wurde das Schulhaus in Gegenwart eines Polizeibeamten gewaltsam geöffnet. Nun strengte der Gutsherr einen langwierigen und verwidelten Prozeß gegen die Regierung an und zahlte fortan nichts mehr zu den Schullasten. So kam es, daß immer, wenn die Zuschüsse der Regierung aufgebraucht waren, der Lehrer kein Gehalt mehr bekam. Auf seine Bitten gab der Landrat Vorstoß, bis auch er nichts mehr hatte, oder bis ihm die Sache über wurde. Als der Lehrer im Oktober zur zweiten Prüfung reifen wollte, mußte ihn, da er kein Gehalt erhalten konnte, der Ortschulinspektor mit eigenen Mitteln unterstützen, damit er die Prüfungsbücher annehmen konnte. Jetzt hat der Lehrer wiederum für zwei Monate kein Gehalt mehr erhalten. Zwar hatte der Schulvorstand beschlossen, das Geld zu borgen; damit war aber der Landrat nicht einverstanden, obwohl er in seinem Schreiben zugab, daß sich der Lehrer in „berechtigter Ungeduld“ befinde. Er ließ den Schulvorstand zu sich kommen und eröffnete ihm, daß er telegraphisch die Regierung um einen Zuschuß gebeten habe. Hinzugefügt soll er haben, der Lehrer sei ein „recht ungeduldiger Herr“. So wartet der Lehrer auch heute noch auf sein Gehalt.

Vielleicht passiert es dem „recht ungeduldigen Herrn“ noch, daß er sich in dem Kampfe um das ihm zustehende fürstliche Gehalt ein Disziplinarverfahren an den Hals zieht. Damit würde die Tragödie ihren für preussisch-deutsche Verhältnisse „ordnungs-gemäßen“ Abschluß finden.

Berlin, 27. Dezember. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat eine Reihe von Interessenvertretungen des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks zu einer Besprechung für den 7. Januar eingeladen. Gegenstand der Besprechung wird sein: Darlegung der Gründe, die für die Wiedereinführung des Antunftsstempels auf gewöhnliche Briefe, Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungsbescheinigungen behufs Beschleunigung der Abfertigung an den Postschaltern, Aufstellung von Einlieferungsbescheinigungen für gewöhnliche Pakete, auf besonderen Wunsch, Behandlung der mit einer Chiffre adressierten Briefe, Einführung von Postlagerarten zur Sicherung der Aushändigung solcher Briefe an bestimmte Personen, Erörterung der im Postnachnahmeverkehr hervorgetretenen Mängel.

Ein Dementi. Gegenüber der auch von uns wieder-gegebenen Nachricht der Frankfurter Zeitung, von der Regierung sei dem Widerspruch der Ärzte gegen die im Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Regelung der Arztfrage stattgegeben worden, stellt die Scharfpreffe „auf Grund besserer Informationen“ fest, daß über die Regelung der Arztfrage im Rahmen der Reichsversicherungsordnung noch in keiner Weise end-



häftige Entschließungen gefaßt worden sind. Ebenjowenig krefte es zu, daß man an maßgebender Stelle beabsichtigt, eine gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl und der damit verbundenen Einschränkungen des freien Vertragsrechts der Kranktenlisten in Vorschlag zu bringen.

**Durch die Finanzreform verkracht.** Das neue Branntweinsteuergesetz, das der Schnapsblock im höheren Profitinteresse der ostelbischen Fiskuspatronen gemacht hat, hat derweil ein Opfer schon gefordert: die Süddeutsche Spiritusverkaufsgesellschaft. Sie hat ihre Tätigkeit einstellen müssen, weil sie gegen den mächtigen Spiritusring, der durch das neue Steuergesetz außerordentlich gestärkt worden ist, nicht mehr aufkommen konnte. Die der Gesellschaft gehörige Spiritusraffinerie wurde an die Spirituszentrale verpachtet, die die Fabrik still legt, während die einzelnen Geschäftspartner sich für ihren Spiritusbedarf dem Ringe verpflichten mußten.

Die Monopolstellung des Spiritusringes scheint nunmehr vollendet zu sein; ein paar Duzend konservativer Parlamentarier sind die profitfrohen Machthaber auf dem Spiritusmarkt geworden. Die Ausübung parlamentarischer Mandate fürs Geschäft wird auch in diesem Falle drastisch dokumentiert.

**Mauerblümchen im Staatsdienst.** Die liberale Presse jammert wieder einmal tief betrübt, daß bei den letzten Veränderungen in den höheren Staatsämtern die bürgerlichen Beamten bis auf eine Ausnahme übergangen worden sind. Das Herzleid der liberalen Presse über diese Zurücksetzung des Bürgertums ist noch vergrößert worden durch die Kreuzsetzung, die von den beförderten Adligen Personalnotizen gebracht hat, aber den beförderten bürgerlichen Beamten mit keiner Silbe erwähnte. Die armen bürgerlichen Schächer. Vor jeder Uniform und vor dem kleinsten und fragwürdigsten Adelsstück übten sie sich in den tiefsten Verbeugungen und wundern sich dann, wenn der Adel überall bevorzugt und das Bürgertum auch dann zurückgesetzt wird, wenn es ehrliebe Sprossen auf der bürokratischen Leiter emporgestreckt ist.

**Der Bremerlah in Tätigkeit.** Die Regierung von Minden verweigert der Stadt Bielefeld die Genehmigung von Ortszulagen an die Volksschullehrer in Höhe von 450 Mk. und will nur Ortszulagen in Höhe von 300 Mk. gutheissen. Die Stadt wird den Provinzialrat anrufen.

**Aleine politische Nachrichten.** Die französische Deputiertenkammer nahm mit 487 gegen 50 Stimmen die Ergänzungskredite für das Etatsjahr 1900 im ganzen an. Von diesen entfallen 30 Millionen auf das Heer und 10 Millionen auf die Marine. — Der amerikanische Konsul in Bluefields (Nicaragua) teilte dem Staatsdepartement telegraphisch mit, daß die Zahl der bei Rama Gefallenen auf mehr als neuhundert geschätzt wird; 2000 Mann seien gefechtsunfähig. Es herrschte sehr großes Elend unter den Truppen.

## Italien.

### Reisende ermordet.

Rom, 26. Dezember. Der italienische Generalkonsul in Sobela (arabische Stadt am Roten Meer) telegraphierte dem Ministerium des Aeußern, daß ein Deutscher namens Wirthard und ein Italiener namens Benzoni auf einer Reise von Sana nach Takis von Aufrührern ermordet worden sind. Die beiden Reisenden hatten eine Expedition unternommen, ohne vorher das italienische Konsulat zu befragen, sie hatten sich aber vom Balt militärische Bedeckung geben lassen. Der Balt hat, da die Deutschen in Sobela unter dem Schutze des italienischen Konsulats stehen, dem italienischen Generalkonsul sein lebhaftes Bedauern über den Vorfall ausgesprochen.

## Italien.

### 30 Millionen für die Volksschule

Der italienische Lehrerverband teilt mit, daß ihm vom Ministerium die Versicherung gegeben worden ist, daß der Staat zur Verbesserung der Volksschule über 30 Millionen auswerfen werde. Der entsprechende Gesetzentwurf wird zurzeit im Unterrichtsministerium ausgearbeitet.

### Parlamentarische Neujahrsgratulantien.

Alljährlich werden in Italien neun Abgeordnete ausgelost, um dem König die Neujahrswünsche der Kammer zu überbringen. Durch einen Zufall befinden sich diesmal unter diesen neun nicht weniger als vier Sozialisten, nämlich die Genossen Vocconi, Mondani, Montemartini und Ventini. Selbstverständlich wird keiner von diesen sich in den Dürtnal begeben. Unter den anderen Ausgelosten befindet sich auch ein Keriker Abgeordneter, Pecoraro. Da die Kerikalen den König nur als Usurpator der weltlichen Hoheitsrechte des Papstes ansehen, sollte der Kerikale eigentlich auch am Neujahrsstage fernbleiben. Der nimmt es aber nicht so genau und hat erklärt, daß er mit Freunden hingehen werde.

## Frankreich.

### Marokkofragen.

Paris, 25. Dezember. Minister Wilson empfing die marokkanische Sonderdelegation und hatte mit ihr eine 1 1/2 Stunden währende Unterhaltung. Die bis auf einen Punkt zum Abschluß gelangten Verhandlungen werden von den Mitgliedern der Sonderdelegation in einem amtlichen Schreiben bestätigt werden, das der französischen Regierung morgen übermittelt werden soll. Der noch zu erledigende Punkt betrifft die für die Anleihe von Marokko geforderten finanziellen Garantien und bietet erhebliche Schwierigkeiten, die noch nicht vollständig beigelegt sind.

## Spanien.

### Verabung eines Ermordeten.

Madrid, 25. Dezember. Die Kinder des auf Regierungsbefehl ermordeten Ferrer hatten beim spanischen Ministerium Protest gegen die Konfiskation der Güter erhoben. Das Ministerium hat, wie dem Berliner Tageblatt berichtet wird, den Protest zurückgewiesen. Die Ausführung des Urteils wird so gleich erfolgen, und die Festigung, das Verlagshaus und die Schulen werden konfiszirt werden. Die spanische Regierung scheint aber auch die Absicht zu haben, gegen das in Frankreich deponierte Barvermögen Ferrers und sein Zinshaus in der Rue des Petites Curies Ansprüche zu erheben.

Ob die französische Regierung sich willfährig zeigen wird zur Beifügung an der Verabung eines so schändlich ermordeten Mannes?

## Rußland.

### Ginter russischen Reitermauern.

In der letzten Woche sind folgende Nachrichten aus den russischen Gefängnissen in die Öffentlichkeit gedrungen: Der Chef des Katorga-Gefängnisses in Smolensk sah sich in Anbetracht der grauenhaften Zustände in dem ihm unterstellten Gefängnisse gezwungen, die Insult in die Öffentlichkeit zu unternehmen. In dem offiziellen Smolensk Westnit hat er eine Erklärung veröffentlicht, daß für das Gefängnis untaugliches Mehl geliefert werde. Infolge der verpesteten Luft und der Feuchtigkeit in den Zellen sei unter den Gefangenen eine ungeheure Sterblichkeitsziffer infolge von Augenentzündungen zu konstatieren. Insgesamt seien in dem Gefängnis 717 Katorga-gefangene interniert. Bemerkenswert ist eine weitere Feststellung von offizieller Seite. Die Kommission der Moskauer Gefängnisse stellte bei einer Inspektion des Gouvernements- und des Korrektionsgefängnisses fest, daß die Gebäude sich in verfallenen, teilweise baufälligen Zustande befanden, der für die Gesundheit der Gefangenen äußerst schädlich war. In

dem Gouvernementsgefängnis war die Luft in den Korzergellen so verpestet und feucht, daß die Kommission es dort nicht einmal einige Minuten aushalten konnte. Man muß nicht vergessen, daß die Gefangenen dort wohnen bei Wasser und Brot eingesperrt werden! Wie die Gefangenen von den Moskauer Fabrikanten exploitiert werden, ist daraus ersichtlich, daß sie für das Weben von Stoffen bei einer angestrebten Tätigkeit 8-9 Kopeken (10-18 Pfg.) pro Tag verdienen. — Nach diesen offiziellen Angaben ist die Schilderung des polnischen Mattes Kurzer Vorrang von Interesse. Nach den Angaben dieses Mattes befinden sich in den Gefängnissen des Gouvernements Warschau allein mehr als 5000 Gefangene. „Sie leben in einer Atmosphäre der entsetzlichen moralischen und physischen Not, die man sich nur mit Mühe vorstellen kann.“ Die Gefangenen sind in stinkende Särge, ohne Luft, Licht und Bewegung gesperrt und fallen den Wärtern zum Opfer, die selbst das widerliche Essen, das ihnen gereicht wird, fressen.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Eine unmögliche Verordnung.

Die Regierung hat vor einigen Monaten eine neue Verordnung über das Kommunale Finanz- und Anleihewesen ausgegeben, wonach Gemeindefinanzen, wie Rath- und Schulhäuser, nicht aus Anleiheemitteln, sondern aus Steuernmitteln zu errichten sind. Diese Verordnung stellt eine Bevormundung der Gemeinden dar, die diesen direkt zum Schaden gereicht, ihren Zweck aber, die finanzielle Lage der Gemeinden zu heben, nicht erfüllen kann. Wie kürzlich der Stadt Meerane die Aufnahme einer Anleihe für ein Schulhaus, so ist jetzt der Stadt Schneeberg eine solche für ähnliche Zwecke verweigert worden. Die Stadt will eine Anleihe von 700 000 Mk. aufnehmen, und zwar für den Ankauf der Gasanstalt, die einer Privatgesellschaft gehört, die Modernisierung des Wasserwerks und die Anlage eines Elektrizitätswerks, sowie für den Umbau des Rathhauses, der auf 200 000 Mk. veranschlagt worden ist. Die Finanzlage der Stadt ist günstig; sie verfügt nach Abzug der Schulden in Höhe von 301 507 Mk. und eines nicht umbringenden Vermögens (Schulhäuser und dergl.) über ein umbringendes Reinvermögen von 2 637 000 Mk. Es ist also abfolnt keine Gefahr vorhanden, daß sich die Stadt mit der Anleihe übernimmt. Die Aufsichtsbehörde hatte auch gegen die Kapitalaufnahme für die produktiven Unternehmungen nichts einzuwenden, aber die 200 000 Mk. für den Rathhausumbau beanstandete sie, weil die erwähnte Verordnung für Bauten zu „unproduktiven Zwecken“ (Rathhäuser, Schulhäuser usw.) Anleihen nicht zulassen will. Man soll die hierzu erforderlichen Summen ersparen, also aus Steuern zurücklegen.

Die Angelegenheit wurde nun vor dem Kreisaußschuß in Zwickau verhandelt. Dort wandte sich der Oberbürgermeister Dr. Schmidt-Planen sehr entschieden gegen die ministerielle Verordnung. Er hält die ministerielle Verordnung für ein Un Ding und erklärt sie offen für ein wenig glückliches Produkt der Staatsregierung. Als Verordnung sei dieses Produkt überhaupt unmöglich, höchstens hätte sie als Denkschrift eine Berechtigung. Auf die Dauer, damit könne man sich aber unbedenklich im Angesicht dieser Verordnung trüben, sei dieselbe unmöglich aufrecht zu erhalten, das würden die beteiligten Ministerien schon sehr bald einsehen. Dann enthalte die Verordnung auch eine grenzenlose Ungerechtigkeit kleineren Städten Sachsens gegenüber. Dresden, Leipzig hätten folbare Rathhausbauten, die Millionen erforderten, aus Anleiheemitteln erbaut, Chemnitz stehe ebenfalls vor einem bereits genehmigten Prunkneubau eines Rathhauses, warum sollen kleine Gemeinden sich nicht einmal einen bescheidenen Umbau leisten können aus Anleiheemitteln? Nur der Theorie antwortete man auf seinen Fall. Schneeberg die Genehmigung verweigern. Von den Schulbauten würde man überhaupt in Zukunft eigenmächtig zu erwarten haben. Will man im Ernst daran festhalten, daß ein Schulneubau, falls er zwingend notwendig wird, auf keinen Fall aus Anleiheemitteln ausgeführt werden darf? Er seinerseits würde, wenn für Planen die Notwendigkeit eines Rathhausneubaus und neuer Schulbauten herantäte, und das Bünne sehr bald geschehen, auf jede Art und Weise die Bewilligung von Anleiheemitteln auch zu diesem Zweck durchzusetzen trachten. Er gibt auch dem Kreisaußschuß anheim, offen zu erklären, daß er sich schon aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht auf den Standpunkt der Verordnung der Ministerien stelle und bittet über die Regierungsverordnung zur Tagesordnung überzugehen.

Natürlich löste diese Erklärung bei den anwesenden Regierungsvorstellern und andern Mitgliedern des Kreisaußschusses lebhaften Widerspruch aus. Doch auch der Oberbürgermeister Keil-Zwickau trat gegen die Verordnung auf. Er äußerte Kompetenzbedenken. Seiner Ansicht nach habe der Kreisaußschuß nicht nur antastlich, sondern entscheidend zu entscheiden. Ihren beabsichtigten Zweck, die finanzielle Lage der Städte zu verbessern, erreiche die Regierungsverordnung überhaupt nicht. Aber da die Kreisaußschüsse so zusammengesetzt sind, daß sie nur Bestätigungsapparate des Regierungswillens bilden, so wurde der Rathhausumbau von der Anleihe gegen die Stimmen der Bürgermeister ausgeschlossen.

Der Widerspruch der Regierungsverordnung liegt klar zutage. Die Stadt Schneeberg braucht jedenfalls weitere Verwaltungsräume, weil die Bevölkerung zunimmt. Dienen sollen diese Räume der Zukunft, sie können vielleicht ein Jahrhundert lang unverändert benutzt werden. Folglich müßte man, damit die Anleihegeber die Kosten zu tragen haben, den Umbau auf eine sehr langfristige Anleihe entnehmen. Die Schneeberger wollten die Anleihe schon in 30 Jahren tilgen. Die Steuerzahler innerhalb dieser 30 Jahre werden also schon zu hoch belastet, namentlich diejenigen der ersten Jahre, da für ihre Stadtverwaltung die Räume wahrscheinlich nicht einmal voll beansprucht werden. Die Regierung aber hält es für richtig, daß diejenigen die Kosten zahlen, die von der Sache überhaupt keinen Nutzen haben. Das sind doch unhaltbare Zustände.

Im übrigen aber hat man hier ein klassisches Beispiel für die Gemeindeautonomie, wie sie nach dem Grafen Bismarck die Regierung versteht, die Gemeindeautonomie mit der Staatsautorität darüber, wobei von der Gemeindeautonomie gar nichts übrig bleibt.

### Armenpflege und Lebensmittelsteuerung.

Der Grelle Streitschlichter auf unser heutiges System der Armenpflege warf ein Projekt vor dem Dresdner Verwaltungsgericht. Am 28. Dezember 1908 wurde der Fabrikarbeiter O. aus Deuben, Vater von zehn Kindern, von denen erst drei die Schule verlassen hatten, ins Krankenhaus eingeliefert. Hatte schon vorher die Familie, da O. nur einen Wochenlohn von 28 Mk. erzielte, begreiflicherweise nicht an Heberflut gelitten, so mußte sie jetzt zum Teil sogar das Allernotwendigste entbehren. Trotzdem versuchte die Frau sich mit den übrigen eine Zeitlang ohne fremde Hilfe durchzuschlagen, schließlich war die Lage der Familie derart prekär geworden, daß O. am 9. Januar aus dem Krankenhaus eine Unterstützungsgeldsuche an die Gemeinde richtete. Da die Notlage offensichtlich war, gewährte Deuben eine sofortige Unterstützung von 10 Mk. und dann eine laufende von wöchentlich 6 Mk., zusammen 22 Mk., verlangte aber später von Hainsberg Ersatz, da O. dort seinen Unterstützungswohnsitz hatte.

Die Erstattung des Aufwandes wurde aber abgelehnt, weil die Hilfsbedürftigkeit der Familie nicht anerkannt wurde. Vor Gericht erklärte der Gemeindevorstand von Hainsberg, daß die Familie sich in der fraglichen Zeit besser gestanden hätte, als wenn der Mann gearbeitet haben würde. Nach seinen Ermittlungen verdienten die drei der Schule entwachsenen Kinder 6, 7,50 und 7 Mk. pro Woche, von denen jedes 5 Mk. zu Hause

abgibt, außerdem verdiene die Mutter mit Semmelaustragen 4 Mk., so daß also ein wöchentliches Einkommen von 19 Mk. für den Unterhalt der Familie in Frage kam. Hinzu sei noch das Krankengeld von über 6 Mk. gekommen. Wenn man da noch eine Hilfsbedürftigkeit annehmen wolle, müßten im Planenschen Grunde viele Familien, die nicht mehr Einkommen hätten, unterstützt werden. Uebrigens habe die Frau aus einer Stiftung in Hainsberg 10 Mk. bekommen. Dagegen bemerkte der Vertreter von Deuben, daß das Einkommen der Familie in der fraglichen Zeit tatsächlich viel niedriger gewesen sei. An Bargeld seien wöchentlich nur 11 Mk. in Frage gekommen, außerdem Naturalien für 4 Mk. Davon habe eine 1 1/2 pfgige Familie aber unmöglich leben können. Die sofortige Unterstützung von 10 Mk. sei dringend nötig gewesen nicht bloß zur Schuldenzahlung, sondern um überhaupt zu ermöglichen, daß der Bäcker, Fleischer usw. wieder von neuem Waren der Familie überließ. Der Gemeindevorstand von Hainsberg blieb aber dabei, daß die Verhältnisse durchaus nicht so schlimm gewesen seien; Kinder brauchten, meinte er, kein Fleisch zu essen.

Das Gericht verlangte nun von Deuben den Nachweis, daß damals eine Hilfsbedürftigkeit vorgelegen habe. Als der Kläger sich nur auf die seinerzeit angestellten mündlichen Erörterungen und das eventuelle Zeugnis der Frau zu stützen vermochte, meinte der Vorsitzende: Was die Frau sagt, ist nicht ohne weiteres maßgebend, sie hat viel leicht Geld schlucken wollen (!) und deshalb falsche Angaben gemacht! Nach langer Verhandlung fällt das Gericht ein wahrhaft salomonisches Urteil. Der Beklagte wurde nämlich zur Zahlung von 3 Mk. verurteilt, im übrigen wurde aber Abweisung der Klage erkannt. Die Erstattung der 10 Mk. komme, so hielt es in der Begründung, überhaupt nicht in Betracht, da damit Schulden getilgt worden seien, die Bezahlung von Schulden aber sei nach feststehender Rechtsprechung nicht Sache der Armenpflege. Was den Streit um die Hilfsbedürftigkeit angehe, so sei eine gewisse (!) Hilfsbedürftigkeit zuzugewandt, ein Zuschuß von 3 Mk. er scheine aber ausreichend! Da der Unterstützungsantrag aber erst am 9. Januar gestellt worden sei, komme nur eine einmalige Unterstützungssumme in Betracht.

**Freiwillige Denunzianten.** Bei den letzten Landtagswahlen war der Hausbesitzerverein in Chemnitz für den mittelständlichen Kandidaten Bie ner eingetreten, der denn auch gewählt wurde. Dieses Eintreten des Hausbesitzervereins für den Mittelständler hat die Freistatler arg verschmüpft. Ein Freistatler Führer ist sogar soweit gegangen, gerichtliche Verfolgung des Vorstandes des Hausbesitzervereins zu erwirken, wobei zur Begründung des Antrages und zur Ermöglichung der Verfolgung ein von einem inzwischen verstorbenen Oberamtsrichter des Amtsgerichts begangenes Verbrechen herhalten mußte. Das Schöffengericht hat den Vorstand aber verurteilt, das Landgericht hat jedoch, wie Justizrat Teyner dem Chemnitz Tageblatt mitteilt, die Strafvorschrift wieder aufgehoben.

Was würden wohl die Freistatler gesagt haben, wenn der Hausbesitzerverein für die freistatlichen Kandidaten eingetreten wäre und die Mittelständler hätten den Vorstand des Hausbesitzervereins denunziert?

**Polizeiliche Bevormundung.** Im Hammerschen Gasthof in Wolsel hielt der Nauchklub Waue Wolke ein Vergnügen mit Konzert, Theater und Tanz ab, wozu auch Gäste geladen waren. Von diesen Gästen gaben fast alle an Mitglieder des Vereins ein Geldgeschenk für den Verein, auch hatte der Verein eine Garderobe eingerichtet, die gegen ein freiwilliges Entgelt benutzt wurde. Das Tanzregulativ der Amtshauptmannschaft Zwickau verbietet aber, Eintritts- oder Garderobegeld zu erheben. Der Vorsitzende des Vereins, Bezirksführer Godeler in Wolsel, erhielt deshalb ein Strafmandat von 40 Mk., wogegen er richterliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht bestätigte das Strafmandat. Gegen diese Entscheidung legte Gobler Berufung beim Landgericht ein. Das Gericht verwarf die Berufung. In der Urteilsbegründung hieß es, daß diese angeblichen Geldgeschenke als direkte Eintrittsgelder zu betrachten seien, da der Verein nach der eigenen Angabe des Angeklagten, es sei in Wolsel so Sitte, schon im voraus mit dieser Einnahme gerechnet habe, um damit die Kosten bestreiten zu können. Was die Garderobe anlangt, so sei es gleichgültig, wer sie einrichte, der Vorsitzende habe darüber zu wachen, daß die Besucher des Vergnügens kein Garderobegeld bezahlten.

Graf Bismarck ist aber trotzdem gegen alle Adelsstichpolitik!

**Eine verpuffte Staatsaktion.** Dem Strumpfwarengefächtsinhaber Glant her in Mittweida legte die Staatsanwaltschaft zur Last, am 28. August in Schneeberg ohne Erlaubnis der Polizeibehörde einen Aufzug veranstaltet zu haben, indem er als Vorsteher des Turnvereins John zu dem Marzfeld der Mitglieder des Vereins durch Schneeberg, der in seinem Beisein und auf seine Veranlassung in geschlossener Ordnung stattfand, keine polizeiliche Genehmigung eingeholt hatte. Von dem Schöffengerichte zu Schneeberg war er aber freigesprochen worden, da es keinen Verstoß gegen §§ 7 und 10 des Reichsvereinigungsgesetzes erblickt. Mit dieser Entscheidung war jedoch die Staatsanwaltschaft nicht einverstanden; sie legte Berufung ein, die aber verworfen wurde, so daß es bei der Freisprechung verbleibt. Der Staat darf nun die Kosten bezahlen.

**35 Strafgefangenen hat Friedrich August aus Anlaß des Weihnachtsfestes den Rest ihrer Strafe erlassen.**

**Dresden.** Nach dem im Jahre 1905 verabschiedeten Ortsgesetz über die Schwemmkanalisation ist von jedem Grundstück, das an die im Jahre 1910 in Betrieb zu nehmende Schwemmkanalisation angeschlossen wird, eine Benutzungsgebühr von höchstens 0,5 Prozent des Mietertrages, bezw. des Miet- und Nutzungswertes der bebauten Grundstücke zu entrichten. Der Einheitsfuß dieser Gebühr wird aller drei Jahre von den städtischen Körperschaften in der Höhe festgesetzt, daß die Gebühren die gesamten laufenden Aufwendungen für die gemeinsamen Anlagen der Schwemmkanalisation bedecken. Da jedoch der Anschluß der Grundstücke an die Schwemmkanalisation nur allmählich vor sich gehen wird, werden diese Aufwendungen in den ersten Jahren voraussichtlich bis zum Anschlusse sämtlicher Grundstücke selbst durch den Höchstfuß der Gebühr von 0,5 Prozent nicht gedeckt werden. Der Rat beschloß deshalb, die Benutzungsgebühr für die Jahre 1910 bis 1912 auf 0,5 Prozent des Mietertrages beziehentlich des Miet- und Nutzungswertes der bebauten Grundstücke festzusetzen und die aus dem Betriebe der Schwemmkanalisation in den ersten Jahren bis zur allgemeinen Durchführung sich ergebenden Schuldbeträge vorläufigweise aus der Anleihe zu decken und sie zugleich 4 Prozent Zinsen den Anlagen der Schwemmkanalisation zuzurechnen.

**Dresden.** Die Bürgerzeitung, das Hausagrarioorgan, bringt es fertig, zu der durch amtliche Statistik hier festgestellten Wohnungsnot folgendes zu schreiben: „Die leerstehenden Wohnungen in Dresden am 12. Oktober 1909 zeigen, wie erwartet worden war, abermals eine Verminderung gegenüber dem Bestande des Vorjahres. Immerhin stehen doch noch 2648 Wohnungen leer — eine ganz bedeutende Menge. Wenn auch die „modernere“ Sozialtheoretiker sagen werden, daß dies „nur“ noch 1,02 Prozent des durch Fortschreibung ermittelten Gesamtbestandes an 137 087 Wohnungen (wir bezweifeln, daß es tatsächlich so viel in Dresden gibt) seien, so müssen wir dagegen sagen: es ist bedauerlich, daß immer noch so viele Wohnungen leer stehen. Von dem beschränkten „Wohnungsmangel“ ist also noch durchaus nichts zu spüren.“ Zu dem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf Bewilligung von städtischen Mitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen meint das Blatt



Das sei ein Verlangen nach „Verschwendung häßlicher Gelder“. Die Stadt sind wir — sagen sich die Hausagrarier. Was nicht im Interesse der Hausagrarier geschieht, ist Verschwendung. **Oschag.** Der Konflikt im Ratkollegium ist noch vor Weihnachten geschlichtet worden. Nach dem Abschluß der Tagung waren die Mitglieder des Ratkollegiums im Hause des Kreisbauhaupts v. Welck im Rathause versammelt, wobei die Angelegenheit der vier aus dem Amte geschiedenen unbeforderten Ratsmitglieder in befriedigender Weise beigelegt wurde. Die vier Ratsmitglieder werden ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Danach hätte der Bürgermeister eine Niederlage erlitten.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der Kriminalpolizei in Dresden ist es gelungen, einen verwegenen internationalen Kunstdiebstahl festzunehmen. Es handelt sich um den russischen Kunstmalergewerkmeister Georg Rodrow, der in Dresden eine Wohnung an der Bürgerwiese hatte. Hier wurden eine ganze Reihe von kostbaren Bildern und hervorragenden Kunstgegenständen gefunden, die Rodrow in aller Herren Länder gestohlen hat, darunter befindet sich ein Originalgemälde des niederländischen Malers van Dyck im Werte von 100 000 Kronen, das am 24. August 1908 aus dem kaiserlichen Museums in Wien gestohlen worden war, ferner ein kostbares Eisenrelief aus dem fürstlich Pfortensteinschen Museum in Wien und andere kostbare Kunstgegenstände. Dem Verhafteten werden sämtliche in den letzten Jahren vorgekommene Kunstdiebstahle des In- und Auslandes zur Last gelegt. Der Dieb, der geständig ist, hatte sich einen falschen Paß beschafft, mit dem er während der Feiertage nach Mähren flüchten wollte. — In Pöschel wurde am Freitag ein elfjähriger Knabe von einem Automobil tödlich überfahren. Der Wagen bildete ein Weihnachtsgeschenk und hatte seine erste Fahrt gemacht. — Der auf der Wanderschaft befindliche Johann Gottlieb Freuzel aus Pforten bei Schandau kam im Gasthof in Gaußig schwer krank an. Der Arzt, der nach kurzer Abwesenheit vom Orte beizugehen wurde, konnte nur noch den eingetretenen Tod des Mannes feststellen. — Beim Abschlagen eines Hahnes und sechs Hennen im Bestium eines Fabrikanten wurden in Planen zwei Männer ertröpft. Der eine Einbrecher zog ein Küchenmesser hervor und stieß es dem Fabrikanten in die Leibesgegend. Das Messer prallte ab. Der Messerheld wurde vom Knut überwärmt und dann der Polizei übergeben werden. Auch der andre Einbrecher wurde festgenommen. — Von dem Morf-Gemühter Personenzug wurde zwischen Hammerbrücke und Jägergrün ein Hirsch, ein Fehnder, überfahren und getötet. Beide Geweihsstangen wurden abgebrochen. — In Kunau hat ein Sekundaner des Parallelschiffers seinem Leben durch Gift ein Ende gemacht. Das Motiv ist unbekannt. — Das achtjährige Töchterchen des Webers Held in Hohenstein-Ernstthal wollte sich in Abwesenheit der Eltern auf einem Spirituosenkaroffeln braten und stülte in den bereits brennenden Kocher aus einer Flasche Spiritus nach. Hierbei schlug die Flamme in die Flasche und diese explodierte. Der brennende Inhalt ergriff die Kleider des Mädchens, das in seiner Angst aus der Stube lief und um Hilfe rief. Nachher erlitten zwar die Flammen, das Kind hatte aber darauf schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, das es bald darauf gestorben ist.

### Aus den Nachbargebieten.

**Ein herliches Wahlrecht.** In Sachsen-Weimar wählten die „Mittelgutbesitzer des Landes“ fünf Abgeordnete zur Volksvertretung. Dieser Tage kamen die Herren in Weimar zu diesem politischen Aktus zusammen und wählten — 117 an der Zahl — ihre fünf Kollegen. Diese 117 Großgrundbesitzer haben demnach mit ihren fünf Abgeordneten mehr Rechte als die stärkste Partei im Lande, die Sozialdemokratie, mit ihren rund 10 000 Stimmen! 117 Großgrundbesitzer = 5 Abgeordnete, 10 000 Sozialdemokraten = 4 Abgeordnete. Ausgerechnet Liberale haben das Wahlrecht mit dieser „Blüte“ einen bedeutenden Fortschritt genant!

**Selbra.** Ein eigenartiges Benehmen legte der Waidmeister Santowsky an den Tag. Im Café Entle war nach in vorgerückter Stunde eine vergnügte Gesellschaft beisammen, als dieser Ordnungsmann eintrat und von der Tochter des Wirtes sich einen Schnaps geben ließ. Plötzlich warf er, dem man ebenfalls heitere Stimmung ansah, das Schnapsglas samt Inhalt nach der Wirtstochter. Was würde Herr Santowsky während des Streiks, durch welchen er sich viele Ruhmespalmen verdient hat, getan haben, wenn ein Streikender dasselbe getan hätte? Wahrscheinlich hätte man so einen kleinen Landfriedensbruch zurechtgebekelt.

**Gotha.** Wie dringend notwendig eine geordnete Zahnpflege bzw. eine Aufklärung über sie bei unserer Jugend ist, mag die Tatsache beweisen, daß sich gelegentlich einer Untersuchung der Zähne hiesiger Schulkinder zeigte, daß in einzelnen Klassen sämtliche Kinder, in den meisten aber über 80 Prozent kranke Zähne hatten.

### Aus der Umgebung.

**Raunhof.** Nachklänge zur Stadtvorordnetenwahl. Bei der am 3. Dezember erfolgten Stadtvorordnetenwahl wurde für die Klasse der Unzufriedenen auch der Speditour Ebersbach mit 123 Stimmen gewählt. Vom Schuldirektor Schäfer, der bekanntlich mit Vorliebe in Politik jeder Art arbeitet, wurde gegen die Wahl Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß der Gewählte am Tage der Wahl, am 3. Dezember, nicht anständig gewesen sei. (Nach der Städteordnung ist für die Beurteilung der Klagenangehörigkeit der Zeitpunkt der Stimmenaushählung maßgebend.) Tatsache ist, daß E. am 20. November sein Grundstück verkauft hat, der Kauf eines andern Grundstücks war aber schon wieder notariell abgeschlossen. Auflassung und Eintragung ins Grundbuch erfolgte jedoch erst nach der Wahl. Der Gewählte ist der Ansicht, daß er am Wahltag als Ankläger zu gelten hatte und daß seine Wahl zu Recht besteht. Die Frage, ob diese Ansicht richtig ist, ist jedenfalls strittig. Herr Ebersbach hat eine Versammlung einberufen, in welcher er zum Protest gegen seine Wahl Stellung nehmen wird. In der Versammlungsankündigung, die im Raunhofer Lokalblatt erfolgte, sollten auch die Protestheber Schuldbeiträge einbringen usw. aufgefordert werden, zu erscheinen. Der Verleger der Zeitung streich aber, aus zarter Rücksicht auf einige Personen, eigenmächtig diese Aufforderung im Inserat. Man ist hier der Meinung, daß eventuell Neuwahl vorgenommen werden muß, diese Meinung ist aber falsch. Wenn auch die Wahl Ebersbachs für ungültig erklärt wird, erfolgt keine Neuwahl. Die für E. abgegebenen Stimmen werden entweder für ungültig erklärt oder es kommt § 80 der Städteordnung zur Anwendung, der besagt: „Sollte sich die Nichtwählbarkeit eines Gewählten ergeben, so tritt der Ersatzmann, oder wo ein solcher nicht vorhanden ist, derjenige an seine Stelle, der in der betreffenden Klasse die nächsthöhere Stimmzahl erhalten hat.“ Bei Ungültigkeit der Wahl Ebersbachs gilt, da Ersatzmänner nicht vorhanden sind, zweifellos Baumeister Dehmann als gewählt; dieser erhielt bei der Wahl gegen 90 Stimmen.

### Aus der Partei.

„Der Liberalen“ Reichsvereinsgesetz. Der Vorsitzende der Zahlstelle Hamburg des Brauereiarbeiterverbandes, Genosse Dillinger, erhielt ein Strafmandat, weil er unzulässig der

Verurteilung eines Mitgliedes in den Kassen die polizeiliche Genehmigung zur „Veranstaltung“ des Reichsbegünstigten nicht eingeholt hatte. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht verurteilte ihn, ebenso wurde seine Verurteilung von der Strafkammer des Landgerichts Altona zuridigewiesen. Weil sich im Trauerguge mehrere Kränze mit roten Schleifen befanden und das Gefolge ziemlich zahlreich war, weil ferner im Zuge eine Fahne aus rotem Stoff getragen wurde, und der Fahnenführer und die beiden Fahnenführer rote Schärpen trugen, sah das Gericht das Vergehen als ein solches an, wie es in Kassen und Umgehend als hergebracht oder als gewöhnlich — im Sinne des § 9, Absatz 2 des Vereinsgesetzes — nicht anzusehen sei. Als „ungewöhnlicher Aufzug“ bedurfte der Vergehens aber der polizeilichen Genehmigung. Da diese nicht eingeholt wurde, sei die Verurteilung auf Grund der §§ 7 und 9 des Vereinsgesetzes zu Recht erfolgt. Das Landgericht schloß sich dieser Urteilsbegründung an.

Die Gemeindegewählten in der Pfalz sind nunmehr beendet; sie bedeuten einen großen Erfolg unserer Partei. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderäte ist von 108 im Jahre 1904 auf 201 im Jahre 1908, die Zahl der Gemeinden mit sozialdemokratischen Vertretungen von 38 auf 98 angewachsen. In vier Gemeinden: Oppau, Rheingönheim, Lambrecht und Nubershausen, haben wir jetzt die absolute Mehrheit. In Lambrecht und Oppau stellt unsere Partei den Bürgermeister, in 11 Gemeinden gehört der erste Adjunkt und in 8 Gemeinden der zweite Adjunkt der sozialdemokratischen Partei an. In den Gemeinden mit über 4000 Einwohnern, für die die Proporzwahl eingeführt ist, sitzen unsere Parteigenossen — nach dem Beschluß des diesjährigen pfälzischen Landtages — selbständig vor; hier sind es die Städte Frankenthal mit 10, Grünstadt mit 8, Pommern mit 7, Mitterstadt mit 8, Schifferstadt mit 8, Kaiserslautern mit 10 und Pirmasens mit 11 Sozialdemokraten, deren Resultate allgemein überrascht und die höchsten Erwartungen übertraffen haben. In den Gemeinden unter 4000 Einwohnern, in denen die einfache Majoritätswahl entscheidet, ist den örtlichen Parteikonstellationen Rechnung getragen worden, indem verschiedentlich mit anderen Parteien Kompromisse abgeschlossen und damit ein freiwilliges Proporzwahlsystem geschaffen wurde. Liberale und Zentrum haben in verschiedenen Orten starke Wahlschlappen erhalten, ebenso ist es den Wählern ergangen, die in einigen Orten vollständig aus dem Gemeinderat hinausgedrängt wurden. Unsere Gegner — besonders das Zentrum — arbeiteten mit den schiefsten Mitteln der Lüge und Verleumdung; unsere Kandidaten wurden persönlich beschimpft, nach Reichsverbandsmannier und München-Gladbacher Art wurden die ungeschwehrtsten Schauerreden über die kommunalpolitischen Ziele der Sozialdemokratie verbreitet; wo das nicht half, wurden Bier, Wein und Knackwürste bezahlt, um die Stimmen der Arbeiter zu fangen. Dort, wo unsere Partei einen nennenswerten Einfluß hat, zogen derartige Bestechungsmittel nicht. Hier ist das gute Beispiel, das unsere Parteigenossen geben, nicht ohne Einwirkung auch auf andere geblieben, diese Tatsache wird selbst von den Gegnern anerkannt. Terrorismus schlimmster Art übten die Wähler in einigen Orten — u. a. in Rheingönheim — aus. Aus Kerger über ihren Reinsfall verkaufen sie den Sozialdemokraten keine Milch, Kartoffeln usw.

Um eine erfolgreiche Tätigkeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden zu ermöglichen, hat der Gauvorstand der Pfalz für den 2. und 3. Januar vier Gemeindevertreterkonferenzen anberaumt, in denen über unsere Aufgaben und über unsere praktische Betätigung in den Gemeinden gesprochen wird. Weiter sind kommunalpolitische Kurse für die Gemeindevertreter geplant, in denen die praktische Anwendung der Forderung unseres Kommunalprogramms durchberaten werden sollen.

**Kommunalwählerfolge.** In Dieseldorfer (Württemberg) legte der sozialdemokratische Wahlvorslag. Beide Gemeinderatsmandate, die zur Wahl standen, wurden mit Parteimitgliedern besetzt. In Jochenhausen, Langenburg und Götterdingen wurde je ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt. In Dieblich a. Rh. haben unsere Genossen bei der Stadtvorordnetenwahl 703 Stimmen erhalten, 40 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl am 20. November. Die vereinigten Gegner brachten es nur auf 250 Stimmen. Es liegen also 5 Sozialdemokraten in das Parlament ein, während bisher die Sozialdemokratie keine Vertretung darin hatte. — Bei der Stadtvorordnetenwahl in Schöndorf a. L. B. haben unsere Genossen in der dritten Wählerklasse zwei neue Mandate zu, auch die von der Partei aufgestellten Ersatzleute wurden mit großer Majorität gewählt. Die Gegner brachten es nur auf 12 Stimmen. — Bei den Wahlen zum Gemeinderat in Oberstühlingen, Mähringen a. B., Feldrennau, Rorb und Hohemrücken wurde je ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

**Straftaten der Arbeiterbewegung.** Gegen Genossen, die in den Reihen der modernen Arbeiterbewegung kämpfen, wurde von deutschen Gerichten an Strafen im Jahre 1908 erkannt im Monat

	Zuchthaus Jahre	Gefängnis Monate	Gefängnis Wochen	Tage	Geldstrafe RM.
Juli	—	8	5	—	1310
August	—	—	3	—	464
September	—	5	5	14	1785
Oktober	1	5	3	—	2090
November	—	11	2	1	3035

### Eine Parteikonferenz in Budapest.

Man schreibt uns aus Budapest: Am vergangenen Sonntag wurde hier die zweite Kreisversammlung der Partei- und gewerkschaftlichen freien Organisationen von Budapest und Umgebung abgehalten. Es waren 112 Delegierte anwesend, die 11 Parteipartei- und 50 gewerkschaftliche Organisationen, oder genauer: die Vorstände dieser Organisationen, zu vertreten hatten, denn unter allen diesen befand sich nur eine Parteioffiziation, in der die Mitglieder zu der angekündigten Tagesordnung der Konferenz Stellung genommen und die Delegierten selbst gewählt hatten. Die Beratungen sollten im ganzen nur sechs Stunden in Anspruch nehmen, es wurden aber dennoch nicht weniger als vier Punkte auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar: 1. Organisation und Agitation, 2. Agitation für die Parteipresse, 3. Das Kommunalprogramm, 4. Der Kampf gegen Lebensmittel- und Wohnungsvucher. Es war also von vornherein — wie es in Ungarn stets der Fall ist — eine ergiebige Aussprache unmöglich gemacht.

Der Referent für den ersten Punkt, ein neugewähltes Parteileitungsmittglied Nagy, berichtete über die Schwierigkeiten, mit denen die neu errichteten Parteioffiziationen zu kämpfen haben. In den leitenden Parteikreisen — meint er — begreife man noch immer nicht die Notwendigkeit der Parteioffiziationen. Im Parteileben kämen viele Funktionen vor, die diese zu bestreiten hätten, und nicht die Gewerkschaften. Man behauptet: so lange wir kein Wahlrecht haben, hätten die Parteioffiziationen keine Daseinsberechtigung. Diese Behauptung ist falsch. Wir brauchen die Parteioffiziationen, damit wir mit ihrer Hilfe das Wahlrecht erkämpfen. Der Referent unterbreitete eine im Sinne seines Referats gehaltene Resolution.

In der Diskussion wünschte ein Parteioffiziationsdelegierter Jancso, daß der Resolution eingefügt werde: Der Ausbau der Parteioffiziationen sei aus dem notwendig, damit die Parteileitung einer Kontrolle unterstellt werde. Unter dem heutigen Zustand — so führte er aus —, wo in Parteileitungen nur die Gewerkschaftsführer mitzurechen hätten, geht der Kontakt zwischen den Massen und den Führern je länger je mehr verloren. Es wird jetzt eine von der Arbeiterkraft unkontrollierte Partei gefordert. — Der anwesende Parteileitungsrat

treter Duschinger erklärte, er hätte nichts dagegen, wenn der Zusatz eingeschaltet würde. Es wäre notwendig, wenn sich die Vertrauensmänner der Gewerkschaften gleichzeitig auch als Parteivertrauensmänner fühlten. Uebrigens scheint es ihm unbegreiflich, wie man die Behauptung aufstellen könne, daß die Parteileitung ohne Kontrolle dastände. — Ein Delegierter beschränkte sich: Seine Parteioffiziationsvorstände hätten die Parteileitung schriftlich aufgefordert, der Parteioffiziation beizutreten, mit der Begründung, daß sie sonst nicht als zur Partei gehörig betrachtet würden. Darauf erhielt der Vorstand die Antwort: Die Parteileitung gehörten ihren Fachvereinen an, wo sie auch ihre Parteibeiträge entrichteten, und das genüge doch! Die Resolution des Referenten mit dem gestellten Zusatz wurde schließlich angenommen; die übrigen Anträge wurden verworfen.

Der Referent des zweiten Tagesordnungspunktes: Agitation für die Parteipresse klagte über die starke Fluktuation des Abonnentenstandes des Zentralorgans. Er beantragte, daß die kommenden Feiertage zur intensiven Agitation benutzt werden. Ein Delegierter aus der Provinz wollte von der Konferenz beschließen lassen, daß es der Redaktion des Zentralorgans zur Pflicht gemacht werde, die eingesandten Erklärungen der Organisationsvorstände zu veröffentlichen. Es ist ihm passiert, daß das Zentralorgan eine Erklärung, in der sich die Arbeiter gegen Angriffe eines bürgerlichen Blattes verteidigten, nicht veröffentlichte, weil der Redakteur dieses Blattes ein Bekannter der führenden Genossen sei. Ein hauptstädtischer Delegierter trat für den Antrag ein. Der vorgebrachte Fall stände nicht vereinzelt da. Das Zentralorgan habe auch seine Organisation angegriffen, und als der Vorstand eine Erklärung abgeben wollte, wurde diese in den Papierkorb geworfen. Die Mitglieder müßten öffentlich aufgebracht werden, man müß sich an die Arbeiter wenden, nur dann kann Hilfe geschaffen werden. (Widerspruch und Beifall.) Der gestellte Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Ein Kommunalprogramm für Budapest, das von einer Kommission ausgearbeitet wurde, wurde als Entwurf angenommen. Zur Frage des Lebensmittels- und Wohnungsvucher wurde eine Resolution angenommen, in der der scharfe Kampf gegen diese Uebelstände angeflammt wird.

### Ferris Ausschluß aus der Parlamentsfraktion.

Aus Italien wird uns geschrieben: Da Genosse Ferris jene ministerfreundliche Haltung, von der wir bereits berichtet haben, weiter in seinen Interviews und Veröffentlichungen fortgesetzt hat, forderte ihn die sozialistische Parlamentsfraktion auf, am Abend des 20. an einer Sitzung teilzunehmen, in der seine Haltung zur Sprache kommen sollte. Auf diese Aufforderung antwortete Ferris mit der Erklärung, er werde am 26. d. Mts. auf dem Wahlkreiskongress von Gonnaga seinen Wählern Rede stehen. Nachher würde er sicher nicht an den Fraktionsstunden teilnehmen, würde aber Tatsachen bekannt geben, die seine Stellungnahme erklärten. Diese Tatsachen beziehen sich auf den Vorwurf, den Ferris gegen die Parteifraktion erhoben hat, wonach einige sozialistische Abgeordnete eine dem Ministerium Gialiti feindliche Politik betrieben hätten. Die Parlamentsfraktion nahm den Brief Ferris zur Kenntnis und legte ihre Stellungnahme nach langer und lebhafter Diskussion in der folgenden Tagesordnung nieder:

Die sozialistische Parlamentsfraktion konstatiert, daß in ihr die verschiedensten Anschauungen über die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung vertreten sind, und daß diese Anschauungen, wo sie die Möglichkeit einer Teilnahme in Ausführung eines Parteitagbeschlusses anerkennen, niemals von der Zugehörigkeit zur Fraktion ausgeschlossen haben. Die Parteifraktion ist aber der Meinung, daß der Fall Ferris nicht unter diese Erwägungen fällt, da die längste Haltung Ferris rein persönlich ist und keinerlei Mitverantwortlichkeit der Fraktion einschließt. Sie beschließt daher seine Trennung von der Fraktion, die er in verschiedenen Interviews zum Ausdruck gebracht und in seinem heutigen Brief bestätigt hat, zur Kenntnis zu nehmen, und hebt hervor, daß Ferris sich geweiht hat, den angeblichen Grund seiner Trennung von der Fraktion, nämlich die Gialiti-Freundlichkeit einiger sozialistischer Abgeordneten, durch deutliche Anschuldigungen zu belegen, um die Fraktion in Stand zu setzen, sie zu prüfen und zu bewerten. Die Fraktion erklärt sich schließlich, sich jeden Urteils über die politische Haltung Enrico Ferris und jeder moralischen Wertung seines Verhaltens in der Frage Vettolo zu enthalten.

Der letzte Satz der Tagesordnung hat folgende Vorgeschichte. Im Jahre 1903 veröffentlichte Ferris als Chefredakteur des Avanti heftige Angriffe gegen den Marineminister, Admiral Vettolo. Der Minister erhob die Verleumdungsklage, und Ferris wurde in einem sensationellen Prozeß, der große Mißstände in der Marineverwaltung enthüllte, zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Ferris nahm die Verantwortung für alle Veröffentlichungen auf sich und rief in einer Parlamentsrede am 21. Mai dem Abgeordneten Vettolo zu: „Sie sind ein Schuft und ein Verschlinger von Millionen“. Als nun vor einigen Wochen Vettolo als Marineminister in Vorschlag gebracht wurde, erklärte Ferris in einem Interview, daß er an der persönlichen Ehrlichkeit Vettolos nie gezweifelt hätte! Die Angriffe im Avanti wären nicht von ihm ausgegangen, und er, Ferris, würde ohne Schwierigkeit für Vettolo als Minister stimmen.

Zweifellos wird Ferris jetzt mit Anschuldigungen gegen sozialistische Abgeordnete herausgerückt. Vom Standpunkt der Parteibildung hat er sich selbst ins Unrecht gesetzt, indem er sich bereit erklärte, wohl seinen Wählern, aber nicht der Fraktion Rede zu stehen. Selbstverständlich bedeutet der Ausschluß aus der Fraktion nicht den aus der Partei. Die Fraktion ist in Italien autonom und besitzt sogar Mitglieder, die nicht zur Partei gehören.

Der Generalkongress der belgischen Arbeiterpartei beschloß, wie uns unser belgischer Korrespondent berichtet, die Diskussion über die politische Taktik der Partei und ihre eventuelle Teilnahme an einer liberalen Regierung auf dem nächsten ordentlichen Kongress zu erledigen, der zu diesem Zwecke und in Rücksicht auf die bevorstehende Wahlkampagne anstatt zu Ostern bereits am 6. und 7. Februar stattfinden soll. Genosse Vandervelde verlegte, den Kongress bis zu Ostern zu verschieben, was von de Broedre als ein Versuch, die Debatte — drei Wochen vor den Wahlen! — zu erdrücken, zurückgewiesen und vom Generalkongress daraufhin abgelehnt wurde. Die Stellungnahme der organisierten Arbeiterkraft in den Bezirkskonferenzen der Partei, die mit zwei Ausnahmen den Ministerialismus scharf verurteilten und von denen die beiden wichtigsten, Antwerpen und Brüssel, die erste einstimmig und die zweite mit großer Mehrheit die marxistische Resolution de Broedre annahm, ist danach nicht ohne Wirkung auf die reformistische Mehrheit des Generalkongresses geblieben. Die Furcht der reformistischen Führer vor dem Urteile der Massen ist so groß, daß selbst in Gent, der Hochburg des Reformismus, die örtliche Parteileitung es nicht gewagt hat, die vom Generalkongress zur Erledigung der Resolutionen über die Taktik vorgeschriebene Parteiverammlung einzuberufen. Inzwischen hat Genosse Vandervelde schon die landesübliche Kleinstenresolution vorbereitet, die nach der bewährten belgischen Methode alle vorhandenen Gegenstände totschweigt, dafür aber um so reichlicher an Gemeinplätzen und platonischen „Prinzipien“ erklärung ist, die in ihrer Zweideutigkeit alle beliebigen Interpretationen zulassen. Diesmal aber werden die Marxisten nicht mehr auf den Heim gehen, mit dem die belgische Arbeiterkraft schon so oft für eine Politik des Kompromisses mit der liberalen Bourgeoisie eingefangen worden ist; sie werden vielmehr in der Erkenntnis, daß vor allem die Ausbreitung der Arbeiterkraft zu selbständigem Urteilen über die in der Partei vorhandenen Gebräuche und die Eroberung des Rechtes der



Freie Meinungsäußerung für den Marxismus ist, an der Resolution de Drouot festhalten, die die Resolutionen von Dresden und Amsterdam, wodurch jede Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung und ihre Unterstützung durch die Zustimmung für das Budget ausgeschlossen wird, obwohl die eigentliche Zusammensetzung der belgischen Parteikonferenz es als unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß dort vorberhand eine Mehrheit für diese Resolution zustande kommt.

Eingelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 13. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Die Geschäftsmonarchie. — De la Mettrie. Zu seinem zweihundertsten Geburtstag. Von Viktor Constant (Paris). — Pfundzwanzig Jahre Krankenversicherung in Deutschland. Von Gustav Hoch (Genua a. R.). — Was kann der Arbeiter für Bildungszwecke aufwenden? Von Johannes Heiden. — Technisch-wirtschaftliche Mundschau. Von W. H. Woldt. — Literarische Mundschau: Howard Evans, Sir Randal Cremer, His Wise and Wort. Von J. S., London. S. Cammerer-Scurth, Il latifondo in Sicilia e l'infertilità meridionale. Von Oda Elberg. — Zeitschriftenschau. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich, einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Versammlungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein Bismarck hielt am 18. Dezember eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Biel über seine Tätigkeit im Gemeinderat berichtete. An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion. Als Generalversammlungsvertreter wurden die Genossen Weip, Blei jun. und Fischer gewählt. Der Vorsitzende wies noch auf die Notwendigkeit der Erwerbung der Staatsangehörigkeit hin und forderte die Genossen auf, sich recht rege an der Agitation zu beteiligen.

Der Ortsverein Marktleberg

hielt am 18. Dezember eine Mitgliederversammlung ab, in der die Gemeindevorsteher und die Schulvorstandsmitglieder berichteten. Genosse Franke gab den Haushaltsplan für 1910 bekannt. Der Vertreter im Schulvorstand forderte auf, das Schulbad Sonntag mehr zu benutzen, da bereits ein Antrag eingegangen sei, Sonntag das Bad wegen zu schwachen Besuchs zu schließen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Generalversammlung, in der die Generalversammlungsvertreter zu der im Januar stattfindenden Kreisvereins-Generalversammlung zu wählen sind, am 8. Januar abzuhalten.

Der Ortsverein Wachsen

hielt am 18. Dezember eine Vereinsversammlung ab. Unter Gemeindeangelegenheiten sprach Genosse Böhme über das neue Wahlgesetz, weiter wurde noch über die Sandabgabe gesprochen. Auf Antrag des Genossen Werner wurde der Vorsitzende beauftragt, ein Schreiben an den Schulvorstand zu machen. Genosse

Böhme gab bekannt, daß der Milchgarteninhaber Veener, weil er sein Amt als Gemeinderatsmitglied ohne Grund niedergelassen hat, als Strafe jährlich 50 Mark zu zahlen hat.

Rückführer in Böhme.

In der letzten Monatsversammlung wurden aufgenommen: Anna König, Theresie Kern, Marie Niblit, Ida Rudolph, Hedwig Gröber, Hermann Jähner und Max Kubach. Genosse Kuffel sprach über: Alte und neue Weltanschauung. Die Wiederannahme des Kollegen Kuffel, der trotz Einladung nicht erschienen war, wurde verweigert. Für die ausgesperrten Wandstühle Bergleute wurden 75 Mark als Weihnachtsgeschenk bewilligt.

Vereine und Versammlungen.

Rückführer in Schiedlich.

Wegen restierenden Beitrags ausgeschlossen wurde Hermann Köbel. Ueber das Herbergswesen entspann sich eine längere Diskussion. Die Versammlung wünschte, daß eine Zentralherberge geschaffen werde, damit die Gewerkschaften ihre durchreisenden Mitglieder nicht in andere Lokale schicken brauchen. Es wurde beschlossen, den Durchreisenden eine Schlafmarkte resp. einen Ausweis und 50 Pfg. Verpflegungsgeld zu geben. Eine Beschwerde wegen Nichterhaltung der Mittagspause bei der Firma Brand wurde der Tarifkommission zur Untersuchung und Regelung übertragen.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Nickau-Biere Ringfrei führen sich wegen vorzüglicher Qualität und Bekömmlichkeit immer mehr ein.

Cheatervorstellungen. Neues Theater. Montag, den 27. Dezember: 347. Abonnement-Vorstellung (3. Serie, weiß): Hoffmanns Erzählungen. Hauptrolle: Dyer in einem Vorspiel, 3 Bildern und einem Nachspiel mit Benutzung von G. L. K. Hoffmanns Novellen von Jules Barbier. Musik von Jacques Offenbach.

Krystall-Palast-Theater. Ab morgen nur 4 Gastspiele von Cleo de Merode. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Erhöhte Preise. Dutzendkarten ungültig. Dezember 1909. Battenberg. 1909. Juno Salmo, Robert Paxton, Maria Charlier, Verona-Truppe, Kapitän Rudolf, Humsti Bumsti, Pipifax und Panlo.

Cheatervorstellungen. Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Montag, den 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Der dunkle Punkt. Auffspiel in 3 Akten von Gustav Adolph und Rudolf Preder.

Altes Theater. Montag, den 27. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Die Landfreier. Operette in 3 Akten von E. Arnan und J. Lindau. Musik von G. W. Bleeker. Regie: Oberregisseur Karl.

Für Liebhaber von Hausmusik passendes Weihnachtsgeschenk: Hundert Lieder von Sven Scholander für eine Singstimme mit Begleitung von Laute (Gitarre) oder Klavier. Das 1. und 2. Heft, enthaltend je 10 Lieder, ist erschienen. Preis jedes Heftes 2 Mark.

Neues Operetten-Theater. Montag, den 27. Dezember, abends 8 Uhr: Der Jodelklub. Operette in 3 Akten von Robert Wich. Musik von Viktor Selländer. Dirigent: Emil Wolf.

Kleiner Anzeiger.

Verkäufe und Käufe. Frisches Hasenklein à Stück 20 Pfg., 6 Stück 1 Mk. Bormann, Leipzig, Waldstr. 40. Wo erhält man eine gute Zigarre? Bei Herrmann, Eisenbahnstr. 28.

Wäsche-Blum Bettwäsche. Bezug mit Kissen... 2.75. Bettuch, 2m lg., oh. Nacht 1.25. Inlett-Deckbett... 4.25. Inlett-Unterbett... 3.75 bis zu den feinsten Qualitäten. Hugo Blum Reichsstrasse — Handelsbof.

Arbeitsmarkt. Stellen-Angebote. Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der Leipziger Volkszeitung. Tüchtige Leitergerüst-Pollere finden dauernde Arbeit bei gutem Monatsgehalt bei Hector Lièvre & Co., 65 Avenue d'Ivry, Paris.

Geübte Arbeiterinnen für Zugkartonage, speziell auch für Zigaretten-Kartons, per sofort bei hohem Lohn gesucht. Die Beschäftigung ist bei guten Leistungen dauernd. Finckh & Co., Kunstanstalt u. Papierwarenfabrik Leipzig-Reudnitz, Eilenburger Straße 10/11. Privat-Tanzunterricht jeder Zeit H. Papst, Dufourstr. 22. Spez. f. ältere Damen u. Herren.

A. Glascher Tauchaer Str. 26 18890 Telephon 18890 verkauft billig Tafelglas aller Art im Ausschnitt und Kist zum Selbstverglasen Spiegelglas jeder Größe u. Qualität Glasbehälter in 100 versch. Größen für Aquarien Akkumulatoren etc. Illustr. Listen frei.



### Abonnements-Einladung.

Wir stehen vor dem Jahreswechsel, vor einem neuen Jahr, das an organisatorischer und agitatorischer Arbeit wie an Kämpfen für die Klassenbewusste Arbeiterschaft nicht minder reich werden wird, als das zur Miste gehende Jahr.

Harte und schwere Tage drückten auf die deutschen Arbeiter am die Zeit der letzten Jahreswende. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die eine enorme Arbeitslosigkeit und bittere Not für die Proletarier zur Folge hatte, ließ nur trüben Blickes der Zukunft entgegensehen, denn die Partei der Enterbten, die wie keine andere eine Partei des Kampfes ist und sein muß, leidet unter einer Wirtschaftskatastrophe am meisten. Und trotzdem: Die Sozialdemokratie hat ungebrosen an Zahl, Kraft und Kampfesmut die schwere Zeit überstanden, ja in jenen Tagen der Not glänzende Siege errungen und den hohen Lohn ihrer Gegner gründlich verstümmen gemacht.

Am Rhein wie in Thüringen, Sachsen und Ostelbien schlug die Sozialdemokratie in Wahlschlachten die Gegner aufs Haupt; in Sachsen zerbrach sie in gewaltigem Ansturm die vierfache Wahlrechtshemmer, die reaktionäre Brutalität und Niedertracht errichtet hatten: der Volksunterdrückung zum Schutz, dem erwerbsfähigen Volke zum Trutz. Bei Hunderten von Gemeinbewählern eroberte die Sozialdemokratie weitere Mandate, oder drang siegreich kämpfend zum erstenmal in die Gemeindefraktionen ein. Mit unerschrockenem Schrecken sehen die Machthaber, die bürgerlichen Parteien, die Schlotbarone und Krautunker diesen mächtigen Siegeszug; mit Grausen denken sie bereits an die kommenden Reichstagswahlen, die sehr leicht zu einer schweren Abrechnung mit den volkskämpferischen Schnaps- und Prozentpatrioten sich gestalten können.

Sie wissen das und werden danach Ihre Maßnahmen treffen. An Heftigkeit und Aufgebot der Kräfte wird der kommende Wahlkampf alle seine Vorgänger weit in Schatten stellen.

Darum gilt es heute schon, und weiter Tag für Tag, zähe und unermüdbar die Schlacht vorzubereiten, damit sie uns Sieg und Triumph bringe.

In der Zwischenzeit, vornehmlich in diesem Jahre, sind wahrscheinlich gewaltige wirtschaftliche Kämpfe mit dem vorzüglich organisierten und finanziell äußerst mächtigen Unternehmertum auszufechten. Die Tarifverträge großer Arbeitergruppen laufen in wenigen Monaten ab. Es wird des Opfermutes und der solidarischen Geschlossenheit der gesamten aufklärten Arbeiterschaft bedürfnis, die Anschläge des Unternehmertums abzuwehren, das aus Proletariern eine Streikbrechergarde zu schaffen sucht und durch raffiniert ausgeklügelte Aktionen die unumschränkte Herrschaft zu errichten trachtet. Nur mit Not und Mühe ist im Ruhrgebiet gegenwärtig der Kampf noch verhindert worden, der, wenn er über kurz oder lang zum Ausbruch kommt, ein wildes und folgenschweres Ringen zwischen Arbeit und Kapital werden wird, wie es bisher ohne Beispiel dastehet.

Die organisierte Arbeiterschaft hat aber zu dieser Fülle von Pflichten und Kämpfen auch noch andre Aufgaben zu erfüllen. Die politischen und wirtschaftlichen Kriegszustände sind gewiß die wirkungsvollsten Lehrstunden für das Proletariat; der dabei gebotene lebendige Anschauungsunterricht läßt die Erkenntnis mächtig reifen. Aber es genügt nicht. Sorgfältig und planmäßig muß die Massen in das Verständnis des Sozialismus eingeführt werden. Mit der Begeisterung im Kampfe, mit der aufstrebenden Erbitterung gegen Unterdrückung und Ausbeutung, mit Wählerfolgen und Gewerkschaftskämpfen, so wichtig und bedeutungsvoll sie auch sind, kann der Klassenkampf des Proletariats nicht allein geführt werden. Die

### Leipziger Volkszeitung

Ist auch darin den Arbeitern eine zuverlässige Führerin und Beraterin, wie sie im täglichen Kampfe treu und unermüdbar an der Seite der Proletarier steht und fechtet. Darum ist das Abonnement auf die

### Leipziger Volkszeitung

Pflicht aller Arbeiter, die es ernst mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie meinen, die kämpfend und bildend daran arbeiten, ein besseres Los für die Proletarier zu erringen. Noch viele der Ästigen und Gleichgültigen gibt es, die zu gewinnen sind. Alle noch abseits stehenden Elemente gilt es heranzuziehen, sie zum Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung zu bewegen und sie in die Kampfpartei des Proletariats einzuzählen.

Genossen! Seid stündlich dieser Pflicht eingedenk. Agitiert für euer Organ, die

### Leipziger Volkszeitung!

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Dezember.

**Geschichtskalender.** 27. Dezember 1671: Der Astronom Johannes Kepler geboren. 1822: Der französische Chemiker Louis Pasteur geboren. 1890: Der Altersforschungsforscher Heinrich Schliemann in Neapel gestorben.

**Sonnenaufgang:** 8,13, **Sonnenuntergang:** 3,40.  
**Monduntergang:** 9 vorm., **Mondaufgang:** 4,11 nachm.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. Dezember:**  
Deftliche Winde, zeitweise aufsteigend, Temperatur wenig verändert, kein erheblicher Niederschlag.

### Die Fleischsteuerung.

Seit dem Jahre 1903, also seit sieben Jahren, leidet die Masse der deutschen Bevölkerung unter enorm hohen Fleischpreisen. Sie geschwehnd noch den verschiedenen Vieharten

wiederholt zur Höhe von wahren Hungerpreisen gestiegen sind. Das trifft gegenwärtig wieder für Schweinefleisch zu, das im Preise höher steht als in der Feuerungsperiode 1905/06. Aber auch die Preise für Kalb- und Hammelfleisch sind nur um ein geringes niedriger als in den Zeiten des höchsten Preisstandes; nicht viel besser steht es aus bei dem Preis für Rindfleisch. Verschuldet wird dieser Notstand, der die Ernährung der breiten Massen in schwerer Weise schädigt, durch den Mangel an Schlachtvieh, der wiederum seine Ursachen darin hat, daß die deutsche Landwirtschaft einfach außerstande ist, den Fleischbedarf selbst bei niedriger Verbrauchsziffer zu decken, und ferner durch die gemeinschädliche Absperzung der Grenzen. Alle die jämmerlichen Nebenarten, die wie seit sieben Jahren von agrarischer Seite gehört haben, die deutsche Landwirtschaft sei sehr wohl in der Lage, den Fleischbedarf zu decken, wenn sie Preise erhalte, die die Viehzucht einigermaßen rentabel gestalten, sind nichts weiter als Humbug. Die Viehzucht rentiert sich nicht nur, sie wirft sogar hohe Profite ab; trotzdem Mangel an Schlachtvieh, der nebst den exorbitanten Fleischpreisen bestehen bleiben wird, wenn nicht endlich die Grenzen geöffnet werden und die schikanösen Bestimmungen, die die Einfuhr von Fleisch beinahe unmöglich machen, beseitigt oder wenigstens auf das vernünftige Maß gebracht werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den letzten Jahren wiederholt durch Initiativanträge und Interpellationen die Öffnung der Grenzen unter Beobachtung der notwendigen sanitären Maßnahmen gefordert; bisher vergeblich, weil die bürgerlichen Parteien, abgesehen von den Freisinnigen, sich ablehnend verhalten haben, ja sogar die Regierung in ihrer agrarischen Lebensmittelwucherpolitik unterstützt; auch in den Zeiten der schlimmsten Notlage. Selbst die Kölnische Zeitung, die sonst immer für alle agrarischen Lebensmittelwucherer eine Erklärung und Entschuldigung findet, läßt jetzt an leitender Stelle einen Statistiker folgendes sagen:

„Wird nun aber das Öffnen der Grenzen zurzeit einen durchschlagenden Preisrückgang verursachen? Darauf erhalten wir die richtige Antwort, wenn wir uns die Preisverhältnisse im nähern Ausland ansehen. In den Hauptmarktorten Kopenhagen, Rotterdam, Wien usw. kostet nach den Angaben in dem Vierteljahrshesft des Deutschen Reichs gegenwärtig der Doppelzentner Schlachtwiege durchweg über 20 Mk. weniger als auf den deutschen Hauptmärkten. Wenn also die Grenzen vollständig geöffnet würden — eine beschränkte Zufuhr aus Rußland in die Schlachthäuser des schlesischen Industriebezirks, aus Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und Dänemark ist unter den angezeigten Veterinärmaßnahmen seit langem gestattet — so würde damit selbst unter Annahme hoher Transportkosten sicherlich ein erhebliches Sinken der Vieh- und Fleischpreise verbunden sein. Mit Recht müssen sich daher die Metzger- und Händlerkreise, sowie die breite Masse der städtischen und der Industriebevölkerung sagen: wenn eine teilweise Einfuhr von lebendem Schlachtwiege und auch von frischem Fleisch seit mehreren Jahren zugelassen ist und Mißstände nicht eingetreten sind, warum sollen die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften nicht einen Schritt weiter gehen und unter den jetzigen Feuerungsverhältnissen die vollständige oder wenigstens erweiterte Öffnung der Grenzen für ausländisches Schlachtwiege und Fleisch unter Berücksichtigung der gebotenen veterinärpolizeilichen Maßregeln zulassen?“

Warum nicht? Weil Konservative und Zentrum nach der agrarischen Pfeife tanzen und die Nationalliberalen, die Gesinnungsgenossen der Rührer, ebenso Raketen der Lebensmittelwucherer wie der Schlotbarone und der Reaktionsäre aller Muttergattungen sind. Bei diesem Stand der Dinge im Reichstag ist es natürlich ausgeschlossen, auf die Regierung einen Druck ausüben zu können. Sie kann sich bei ihrem volksfeindlichen Verhalten sogar darauf berufen, daß die Mehrheit des Parlaments dabei hinter ihr steht. Mühen auch die Massen Not leiden, die Gesundheit und die Kraft des Volkes untergraben werden, das ist im Reich der Gottesfurcht, der frommen Sitte und der Sozialpolitik sowohl der Regierung wie den Mehrheitsparteien sehr gleichgültig, wenn nur die Gunst der Agrarier und ihrer Hintermänner erhalten bleibt. Vielleicht rückt aber mit der Zeit diese Politik der fortgesetzten fluchwürdigen Verbrennen am Volke die Massen endlich auf, so daß sie bei der nächsten Wahl eine Aenderung herbeigeführt werden kann.

### Die Gleichheit.

Es wird uns geschrieben: Die offizielle sozialdemokratische Frauenzeitung, die Gleichheit, hat sich einen großen Respekt errungen, sie erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 80 000 Exemplaren. Diese Höhe der Auflage ist namentlich in den letzten fünf Jahren erreicht und gewiß ein großer Fortschritt gegenüber ihrer Verbreitung im Jahre 1904, wo mit etwa 16 000 Exemplaren gerechnet wurde. Gemessen an der großen Zahl weiblicher Proletarier, die bereits geistig, wenn auch noch nicht immer organisatorisch, von der Sozialdemokratie erfasst sind, ist diese Auflage und damit die Verbreitung der Gleichheit jedoch noch sehr gering. Pflicht der sozialdemokratischen Organisationsparteien, vor allem aber der Genossinnen in denselben wird es daher sein, noch weit energischer und umfassender für die Gleichheit zu agitieren, als dies bisher geschah.

Da die Gleichheit zu allen politischen und sozialen Fragen grundsätzlich Stellung nimmt und dabei doch das besondere Fraueninteresse in den Vordergrund stellt, so ist sie eine vorzügliche und darum unerläßliche Waffe für die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in ihrem Kampf um ein Emporkommen und um ihre endliche Befreiung. Viele unserer Genossinnen verdanken dem Studium der Gleichheit ihre Erweckung zum Selbst- und zum Klassenbewußtsein. Viele danken ihr die Vertiefung und Befestigung ihrer sozialistischen Erkenntnis. Durch die Fülle des Materials über gesetzgeberische Maßnahmen, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Arbeiterinnenkategorien, über die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, über den Fortschritt der Genossenschaftsbewegung und andres mehr, das die Gleichheit bringt, ist sie bei der Agitation ein vorzügliches Mittel und Wegweiser, weitet sie den Blick der Leser und ihr Verständnis für alles soziale und politische Geschehen, für seine Ursachen und Zusammenhänge.

Noch nicht nur für das Verstehen der politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse schult die Gleichheit, nicht nur für den wirtschaftlichen und politischen Kampf liefert sie Waffen, sie bringt der Leserin auch als Hausfrau und Mutter Belehrung und Rat in der Hausfrauentätigkeit.

Und die prächtige Kinderbeilage ist von dem Vätergogen genau so geschätzt wie von den Kinderfreunden. Am meisten aber schätzen die Kinder selbst „ihre“ Beilage, die ihnen so viele Anregungen bringt. Die sie im Geiste hinausführt ins Feld, in den Wald, auf die Werge und an den See, zum frohen Spiele bei Sonnenschein und Vogelgezwitscher, als auch bei Schnee und Eis und Winterkälte. Sie schätzen die Erzählungen, die ihren Blick weiten und schärfen, die ihre Phantasie beleben, ihnen das Herz warm und empfänglich für alles Große und Schöne machen. Die Redaktion der Gleichheit ist ferner den Wünschen der Genossinnen in weitem Maße entgegengekommen, sofern es sich um die Bearbeitung besonderer Spezialthema handelte, oder um die Unterstützung einer allgemeinen oder einer örtlich begrenzten Agitation unter den Frauen.

So behandelt, auf vielfältig geäußerten Wunsch der Genossinnen, z. B. zurzeit die Gleichheit in einer neuen Artikelserie die zivilrechtliche Stellung der Frau. Gewiß ein Problem von großer Bedeutung für alle Frauen und Mädchen. Da ferner soeben ein neuer Jahrgang der Gleichheit begonnen hat, wäre es äußerst wünschenswert, wenn die Genossinnen und Genossinnen mit einer lebhaften Agitation für unsere Frauenzeitung einsehen würden. Der reiche, vielfältige Inhalt der Gleichheit, sowie ihr niedriger Preis — das 14tägig erscheinende Blatt kostet die Nummer 10 Pfg. — tragen sicher zur Erleichterung der Agitation, zur Gewinnung von Abonnenten bei. Als Ergänzung unserer Tageszeitungen ist aber das Studium der Gleichheit für unsere Genossinnen unentbehrlich.

**Die Stadtverordneten kommen am Mittwoch zu ihrer letzten diesjährigen Sitzung zusammen, die bereits um 6 Uhr beginnt. Zur Erledigung kommen die noch restierenden Konten aus dem Haushaltsplan für 1910: Hochbauamt, Tiefbauamt, Gewerbeamt, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Wohlfahrtspolizei, Öffentliche Beleuchtung, Räume und Plätze, Gasanstalten, Elektrizitätswerk, Straßenreinigung usw. Außerdem werden Berichte erstattet über die Einstellung des Betriebes der Gohlfier Gasanstalt, über den Neubau des Schulgebäudes für die Hilfsschule für Schwachbegabte, über die Revision von Kassen und Materialverwaltungen im Jahre 1909 und anderes.**

**Die Einführung und Verpfichtung der Stadträte, die wieder bzw. neugewählt sind, soll am 5. Januar 1910 morgens 11 Uhr erfolgen. Alle Gewählten haben die Annahme der Wahl erklärt. An Stelle des neugewählten Stadtrats Frank ist der als Ersatzmann gewählte privatistierende Kaufmann Rudolf Schwalbach in das Stadtverordnetenkollegium berufen.**

**Industrie- und Gewerbeausstellung 1915.** Wir haben kürzlich von dem Plan einer im Jahre 1915 abzuhaltenden mitteldeutschen Industrie- und Gewerbeausstellung berichtet. Die Vorarbeiten dazu sind im besten Gange und liegen in den Händen eines Komitees, dem die Herren Stadtrat Rysfel, Stadtrat Visting, Stadtrat Siefert, Stadtverordneter Heinze, Stadtverordneter Weidenbach und die Herren Poesch und Wehler angehören. Die für das Jahr 1913 geplante Gartenbauausstellung sowie die internationale Bauausstellung soll ebenfalls bis zum Jahre 1915 verschoben werden. Als Ausstellungsort sind die sogenannten Lindenauer Wiesen in Aussicht genommen.

**Eine Erbschaftsklage vor dem Kaufmannsgericht.** Mit einem aus einer Erbschaft resultierenden Rechtsstreit hatte sich das Berliner Kaufmannsgericht zu beschäftigen. Der Kontorist Albert P. erkrankte am 21. März während seiner Tätigkeit bei dem Fuhrunternehmer Wilhelm B. und starb am 16. April. Nach seinem Tode trat nun seine Schwägerin und deren Ehemann mit der Behauptung auf, P. habe sie wegen ihrer aufopfernden Pflege mündlich kurz vor seinem Hinscheiden zu Erben eingesetzt, und klagten auf Gehaltszahlung für sechs Wochen vom Tage der Erkrankung an. Sie gingen dabei von dem Standpunkt aus, daß der Handlungsgelbe auf Grund des § 68 des Handelsgesetzbuchs nicht nur Anspruch auf sechs Wochen Gehalt bei Erkrankung habe, sondern daß, falls er von seiner Krankheit durch den Tod abgelöst werde, den Erben der Betrag für die bis zu sechs Wochen noch laufenden Tage zustehe. Die in der Karenzzeit liegenden Todesstage seien gewissermaßen als Krankheitsstage anzusehen. Das Kaufmannsgericht bekannte sich nicht zu dieser Auffassung, es erklärte vielmehr die Forderung auf Gehaltszahlung nach dem Tode des verstorbenen Handlungsgelben für vollkommen unberechtigt. Der Sinn des § 68 gehe dahin, den erkrankten Gehilfen selbst vor Not durch Sicherung des Gehalts für sechs Wochen zu schützen. Mit Eintritt des Todes endet naturgemäß auch die Krankheit. Bis zum Tode des P. hätten aber die rechtmäßigen Erben Anspruch auf Gehalt. In dessen feien weder die Klägerin noch deren Ehemann als gesetzliche Erben anzusehen, da sie nicht zu den Leibeserben des Verstorbenen gehören. Die Behauptung der Kläger, daß P. sie vor seinem Tode zu Erben eingesetzt, genüge nicht, um ihnen den Betrag anzusprechen, nur wenn eine entsprechende schriftliche letztwillige Verfügung vorhanden gewesen wäre, wäre ihr Anspruch begründet.

**Das Wegsnappen des Auftrags.** Der Mißbrauch, daß demjenigen, der einen Auftrag in die Wege geleitet hat, die weitere Erledigung des Geschäfts abgenommen wird, um ihn um die wohlverdiente Provision zu bringen, ist recht verbreitet. Mit einem derartigen Falle hatte sich das Berliner Kaufmannsgericht zu befassen. Der bei der Blusenfabrik von Ruben & Co. tätig gewesene Reisende G. hatte mit einem Detailisten C. Verhandlungen gepflogen, um ihn zum Ankauf von Blusen zu veranlassen. Da jedoch Modelle in der von C. gewünschten Form in der Musterkollektion nicht enthalten waren, so war das Vorlegen neuer Muster notwendig. Der Käufer G. erstattete in der angebotenen Weise Bericht beim Chef, dieser ließ aber, anstatt G. mit der weiteren Erledigung der Angelegenheit zu betrauen, dem Detailisten direkt Offerte in bezug auf die gewünschte Ware machen. Als der Kunde für etwa 1800 Mk. bestellte, weigerte sich der Vellagte, ihm den entsprechenden Provisionsatz von 36 Mk. zu zahlen. Das Kaufmannsgericht sprach aber dem Käufer die Provision zu. Der Käufer habe ohne Zweifel wenn auch nicht Anspruch auf Weiterverhandeln mit dem betreffenden Kunden, so doch auf die Provision für den der Firma seitens des Kunden erteilten Auftrag, da letzterer auf die Bemühungen des Käufers zurückzuführen sei.

**Verhaftungen.** Ein 39 Jahre alter Arbeiter wurde beim Stehen von Waren aus der Ladung eines Ross geschirrs festgenommen.

In einer Parterremwohnung in der Schenkendorfstraße wurden am zweiten Weihnachtsfeiertag zwei Einbrecher überrascht. Während nach der Polizei geschickt wurde, entkamen die Täter. Doch wurde bald nachher ein 18jähriger Bursche wegen des dringenden Verdachtes der Beteiligung festgenommen. Ein Herr hat den Wohnungsinhaber erzählt, er hätte die Einbrecher eine Zeitlang beobachtet.



**Tot aufgefunden** wurde am Weihnachtsheiligabend in der Pleiße am Gohliser Wehr ein seit Anfang November vermisstes 20-jähriges Dienstmädchen, das von Halle hierhergekommen war und hier wegen Schwermut den Tod gesucht hatte.

**Selbstmordversuch.** Um sich das Leben zu nehmen, sprang am Freitagabend die 26-jährige Ehefrau eines in L.-Reudnitz wohnenden Schuhmachers in die Pleiße. Die Frau wurde jedoch gerettet und in das Krankenhaus gebracht. Eine Nervenüberreizung war der Beweggrund zu dem Selbstmordversuch.

**Warnung vor einem Betrüger.** Immer wieder ist der Betrüger aufgetreten, der sich in Familien einfindet, die kürzlich einen Trauerfall gehabt haben und von ihnen die Beerdigungskosten zu erheben versucht, wobei er eine gefälschte Quittung vorlegt.

**Unfälle.** Am 2. Weihnachtsfeiertage früh wurde das zweijährige Töchterchen eines Fleischers in L.-Volkmarisdorf mit kochendem Wasser an beiden Beinen verbrüht. Die Großmutter des Kindes hatte den Topf mit dem heißen Wasser aus dem Ofen genommen. Dabei war der Henkel abgebrochen, so daß sich der Inhalt auf das in der Nähe stehende Kind ergoß.

Auf der Kreuzung Georgiring-Halleische Straße wurde gestern vormittag eine Frau von einer Kraftdroschke erfasst und ein Stück geschleift, zum Glück aber nicht schwer verletzt.

**Diebstähle.** In der Ferdinand-Rhode-Straße ist am 24. Dezember einer in der Brandvorwerkstraße wohnenden Witwe, als sie von einer Ohnmacht befallen wurde, das Handtäschchen mit zwei Portemonnaies gestohlen worden. Ferner wurde einem um dieselbe Zeit in der Nonnenmühlgasse von Krämpfen heimgeführten jungen Manne die Burschaft von 40 Mk. gestohlen.

## Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1908.

Dem Reichstage ist soeben die Nachweisung über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrat zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1908 zugegangen.

Danach sind im Jahre 1908 139 798 Renten festgesetzt worden gegen 134 600 im Vorjahre. Das ist durch die Zunahme in der Zahl der Lohnarbeiter, also auch der Versicherten, erklärlich. Wir haben auch fernerhin auf eine Zunahme in der Zahl der festgesetzten Renten zu rechnen. Die Gesamtausgabe für Renten ist von 147,6 Mill. Mark im Vorjahre auf 152,7 Millionen gestiegen. Von den festgesetzten Renten bilden den größten Teil die Invalidenrenten. Es sind nämlich 116 852 Invalidenrenten bewilligt worden, gegen 112 220 im Vorjahre. Viel geringer ist die Zahl der bewilligten Krankenrenten: 11 951 gegen 11 527 im Vorjahre. An letzter Stelle kommen die bewilligten Altersrenten: 10 986 gegen 10 818. Die Zunahme der Altersrenten ist verhältnismäßig gering. Ob das nicht als ein Zeugnis dafür angesehen werden muß, daß die Arbeit der Lohnarbeiter immer aufrechter wird, und daß daher immer ein kleinerer Teil der Arbeiter bis in das 70. Lebensjahr hinein arbeitsfähig bleibt? Hierüber geben uns die Vorbemerkungen zu der Nachweisung keine Auskunft. Hervorzuheben ist aber noch, daß die Zunahme der Invalidenrenten verhältnismäßig ebenso groß ist wie die Zunahme der Krankenrenten. Früher war das Verhältnis nicht so gleichmäßig, sondern die Zunahme der Invalidenrenten war auffallend gering im Vergleich mit der Zunahme der Krankenrenten. Damals hörte man oft Klagen darüber, daß die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten sehr geneigt seien, sich für Krankenrenten statt Invalidenrenten zu erklären. Krankenrenten sollen bekanntlich bei vorübergehender Invalidität und Invalidenrenten bei dauernder Invalidität bewilligt werden.

Für die Arbeiter kommt jedoch der wichtige Unterschied in Betracht, daß die Invalidenrente sofort von dem Zeitpunkt ab bezahlt wird, an dem die dauernde Invalidität festgestellt worden ist, während die Krankenrente erst nach Ablauf von 26 Wochen — vom Beginn der vorübergehenden Invalidität — zur Auszahlung gelangt. Die Ärzte haben aber nicht immer die Möglichkeit, mit voller Bestimmtheit zu erkennen, ob die Invalidität eines Arbeiters dauernd oder vorübergehend sein wird. Hier spricht naturgemäß die Vermutung des Arztes sehr mit. Deshalb läßt eine auffallend große Zunahme in der Zahl der bewilligten Krankenrenten darauf schließen, daß die Ärzte geneigt sind, die Invalidität der Arbeiter als nur vorübergehend aufzufassen. Es ist erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Ärzte — wie es nach den angeführten Zahlen den Anschein hat — von dem für die invaliden Arbeiter schädlichen Vorurteil abgekommen sind.

Die Beiträge mußten in 188 705 Fällen zurückertattet werden gegen 188 567 Fälle im Vorjahre. Davon kamen 151 342 auf Heiratsfälle gegen 152 487 im Vorjahre. Also ein Rückgang. Dieser ist auf zwei Umstände zurückzuführen: in erster Linie wird erfreulicherweise die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen größer, die darüber aufgeklärt sind, daß sie klüger tun, wenn sie sich nach der Hochzeit die Beiträge der jungen Frau nicht zurückzahlen lassen, sondern die Versicherung fortsetzen. Außerdem mag im letzten Jahr unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Heiratsfälle unter den versicherten Arbeiterinnen etwas geringer als im Vorjahre gewesen sein. — Ferner wurden die Beiträge in 36 776 Todesfällen zurückgezahlt gegen 35 464 im Vorjahre, und bei 587 Unfällen gegen 616 im Vorjahre. Die letzte Zahl ist, absolut genommen, so gering, daß auf ihre Größe zufällige Umstände von entscheidendem Einfluß sein können.

Ueber das Alter, in dem die Arbeiter invalid geworden sind, gibt die folgende Tabelle Auskunft. Von je 1000 hinzugekommenen Rentenempfängern bezogen:

im Alter von	Invaliden-	Kranken-
	Rente:	Rente:
20 bis 24 Jahren	27	82
25 " 29 "	45	130
30 " 34 "	47	125
35 " 39 "	48	121
40 " 44 "	53	117
45 " 49 "	70	122
50 " 54 "	98	118
55 " 59 "	187	108
60 " 64 "	188	94
65 " 69 "	181	86
70 u. mehr "	109	1

Im Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist der Satz der ersten Altersklasse etwas geringer geworden. Dies ist um so erfreulicher, weil auch schon im Jahre 1907 gegenüber 1906 ein Rückgang zu verzeichnen war.

Zu beachten ist aber, daß trotzdem schon eine erschrecklich große Zahl von Arbeitern in ganz jungen Jahren, sowie von Familienvätern in den besten Jahren invalide werden. Von den neu hinzugekommenen Invalidenrentnern standen nicht weniger als 34 029 unter 50 Jahren, und von den neu hinzugekommenen Krankenrentnern waren 8502, also mehr als zwei Drittel, unter 50 Jahren. Das ist eine Erscheinung, die nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter in ihren jungen Jahren zu erklären ist. Bis zu den Altersklassen 55 bis 59 Jahre ist die Steigerung der Sätze für die Invalidenrentner viel geringer als von dieser Altersklasse ab. Dies beweist, daß die Arbeiter in der Regel längstens bis zum 55 Jahre noch einigermaßen leistungsfähig bleiben. Deshalb müßte eigentlich die Altersrente von diesem Jahre ab gewährt werden.

Die Höhe der Renten ist nur ganz minimal gestiegen. Es stellte sich der Durchschnittsbetrag:

der Invalidenrente auf 170,31 Mk. pro Jahr = 47 Pfg. pro Tag	
der Krankenrente " 109,96 " " " = 46 " " "	
der Altersrente " 103,15 " " " = 45 " " "	

Daß in unserem Zeitalter die invaliden Arbeiter noch mit solchen Bettelpennigen abgefunden werden, ist eine Schmach für das „sozial gerechtere“ Deutsche Reich. Zur Durchführung des Heilverfahrens wurden fast 31 Mill. Mark ausgegeben gegen 17,8 Millionen im Vorjahre. Diese Steigerung ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis viel zu gering. Noch immer gibt es viele Arbeiter, denen nicht oder zu spät die Möglichkeit geboten wird, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. — Zu den Kosten des Heilverfahrens sind von anderer Seite 4,6 Millionen zugesprochen worden, und zwar am meisten von den Krankenkassen: 4,26 Millionen. Die Unfallversicherung leistet auch hier nur sehr wenig. Ihr Zuschuß beträgt nur 17 319 Mk.

Den Angehörigen von Versicherten, die sich einem Heilverfahren unterzogen hatten, wurde 1,57 Mill. Mark als gefühllich vorgeschriebene Mindestunterstützung ausgezahlt, gegen 1,27 Millionen im Vorjahre.

Für Invalidenhauspflege sind 820 932,86 Mk. ausgegeben worden, gegen 653 937,20 Mk. im Vorjahre. 23 Invalidenversicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen haben eine Invalidenhauspflege durchgeführt gegen 20 im Vorjahre. Mithin leisten noch viele Versicherungsanstalten und Kassen auf diesem Gebiete gar nichts. Ein Teil der Ausgaben sind aber namentlich durch Einbehaltung von Renten der verpflegten Personen ersetzt worden, so daß sich der reine Zuschuß der Invalidenversicherung hier auf 548 591,79 Mk. stellt gegen 443 983,43 Mk. im Vorjahre. Auch hier eine viel zu geringe Steigerung.

Schließlich sind noch die außerordentlichen Leistungen zu erwähnen. Das sind die über den im Gesetz vorgeschriebenen Mindestbetrag hinausgehenden Leistungen für Angehörige solcher Versicherten, die in Heilbehandlung genommen sind. Hierfür wurden 1 105 223,94 Mk. ausgegeben gegen 812 835,93 Mk. im Vorjahre. Hier müßte ebenfalls noch viel mehr geleistet werden, soll die Heilbehandlung wirklich ihren Zweck voll erfüllen.

Im ganzen ist nur eine ganz ungenügende Vermehrung der Leistungen eingetreten. Die Invalidenversicherung krankt eben an zwei schweren Mängeln: die Verwaltung ist zu bürokratisch und es stehen ihr zu wenig Mittel zur Verfügung. Diese Mängel sollten bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

## Von Nah und Fern.

### Eine schwere Eisenbahnkatastrophe.

Prag, 26. Dezember. Am ersten Weihnachtsfeiertage früh ereignete sich auf der Station Uherálo (Strecke Prag—Wien) ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 11 Personen getötet und 32 verwundet wurden. Der Prager Schnellzug fuhr mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern in der Stunde auf einen Güterzug auf. Durch die Festigkeit des Anpralles gerieten beide Zugkörper wie durcheinander, beide Lokomotiven und eine Anzahl von Personenwagen wurden vollständig zertrümmert; der Schnellzug war wegen des Feiertages stark besetzt gewesen, deshalb ist auch die Zahl der Verunglückten außerordentlich groß. Falsche Signalstellung, die der Stationsvorsteher verschuldet hat, hat die Katastrophe herbeigeführt. Es herrschte starker Morgennebel, so daß dem Lokomotivführer ein weiterer Ausblick nicht möglich war. Und so fuhr der Schnellzug mit unermindeter Geschwindigkeit in den Güterzug hinein, der ihm mit der Lokomotive entgegenstand. Das Getöse der ineinanderstoßenden Zugkörper war schrecklich. In einem etwa 50 Meter von der Unglücksstelle befindlichen Gasthaus barsten infolge des Luftdrucks sämtliche Fensterscheiben.

Es wird weiter berichtet: Die beiden Lokomotiven fuhren mit schrecklichem Krach ineinander. Die nachfolgenden Personenwagen des etwa 250 Passagiere zählenden Schnellzuges türmten sich aufeinander. Der Oberbau des Bahnkörpers wurde zertrümmert, die Schienen wie Strohhalm geknickt. Ein Wagen geriet durch eine Explosion des Gasbehälters in Brand. Vom Güterzug sind fünf Wagen zertrümmert. Aus den Trümmern drang das schreckliche Wehgeschrei der Verletzten, deren Vergung sich ungemein schwierig gestaltete. Die Schuld an dem Unglück wird dem Stationsbeamten Jais aus Uherálo zugeschrieben, der dem Güterzug das Ausfahrtszeichen gab, obwohl er Bespätung hatte und eine Strecke lang dasselbe Gleis benutzen mußte, wie der Schnellzug, der jeden Augenblick herannahen mußte. Jais behauptete, er habe vor der Einfahrt des Prager Schnellzuges den Semaphor auf halt! gestellt; dem widersprach aber der in der Nähe des Semaphors postierte Weisheitsfeller. Eine Kommission der Eisenbahnbehörde stellte fest, daß die Apparate vollkommen in Ordnung waren und das Signal auf „frei“ zeigte. Jais, ein noch junger Beamter, hatte nach dem Unglück alle Fassung verloren und war davongelaufen. Er traf später im Dienstzimmer wieder ein und wurde verhaftet.

Unter den Getöteten sind 5 Frauen und 6 Männer, darunter 3 Eisenbahnbedienstete. Ihre Namen sind: Agent Sigm. Bergmann aus Prag, Adolf Jordan aus Bodenstadt in Mähren, Fabrikant Jaroslav Krejzar aus Schrudin, die Eisenbahnbediensteten (sämtlich vom Zugpersonal des Schnellzuges) Anton Kubik, Christian Stogysa und Werner Mader, sowie die Frauen: Elise Kantor aus Reichenberg, Ernestine Drastoin mit ihrer 14-jährigen Tochter, Marie Rodehnal aus Koltn, Rosa Kolar aus Morgenstern i. B.

### Familienkatastrophe.

Groß-Wichterfelde, 26. Dezember. Als der Postkutschner Schneider am Sonntag nachmittag von einem Ausgange zurückkehrte, geriet er wegen einer geringfügigen Sache mit seiner Frau in einen Wortwechsel, den auch der Postkutschnerwastler Schloch mit anhörte. Schneider zog plötzlich einen Revolver und feuerte, wahrscheinlich in einem Wahnsinnsanfall, vier

Schüsse auf seine Frau ab, dann einen auf den Verwalter und ferner einen auf eine seiner herbeieilenden Töchter. Die Frau wurde nicht lebensgefährlich verletzt, während der Verwalter einen schweren Augenschuß erhielt. Die Tochter blieb unverletzt.

Ertrunken. Striegau, 26. Dezember. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Stadteissee in Gutsdorf sind die sechs-jährige Tochter des Tischlers Friedemann und der ihr zu Hilfe eilende Lehrer Englisch ertrunken.

Zu Tode gequetscht. Neumünster, 20. Dezember. Heute vormittag wurde auf dem hiesigen Bahnhof der Vorsteher der hiesigen Station, Kublit, von einem rangierenden Zuge totgequetscht. Kublit begab sich in Begleitung eines Kriminalbeamten zur Untersuchung eines in der vergangenen Nacht wiederum erfolglos verübten Diebstahls nach dem Güterbahnhof. In dem Augenblick, in dem er die Schienen überqueren wollte, setzte sich die Maschine eines Güterzuges in Bewegung und drückte ihn gegen die Puffer eines anderen Wagens.

Verhafteter Mörder. Luzern, 26. Dezember. Unter dem Verdacht, in Süßschur das Ehepaar Bisang und die beiden Anechte Bisangs ermordet zu haben, wurde der Schweinehändler Ruff verhaftet. Er führte eine große Summe Geldes mit sich, außerdem wurden in seiner Wohnung verholzte Kisten von Wertpapieren gefunden, die dem ermordeten Bisang gehörten. Ruff hat die Tat bereits eingestanden.

## Auskunft in Rechtsfragen.

Paul v. A. 4. Durch die Verbreitung unwahrer, für B. beleidigender Tatsachen haben Sie sich ohne Zweifel einer strafbaren Beleidigung schuldig gemacht. Die etwaigen Vorstrafen u. S. haben mit der Sache gar nichts zu tun.

Stephan. 1. Dem stehen keine Bestimmungen entgegen. 2. Ja. D. Fr. Dagegen können Sie gar nichts tun. Sie hätten eben auf eine derartige Bedingung nicht eingehen sollen.

A. E. G. 1. Die Sache ist verjährt, wenn die Verjährung nicht inzwischen durch eine richterliche Handlung unterbrochen ist. 2. Nein. 3. Wegen des letztern Verbrechens kann bis zu 5 Jahren Zuchthaus erkannt werden. Das geringste Strafmaß sind 6 Monate Gefängnis.

## Briefkasten der Redaktion.

100. Im Jahre 1890 war der 1. Mai ein Donnerstag. Unrecht. Paul Kieemann, Humboldtstraße 5, III.

H. P. L. 1. Wenden Sie sich an die Organisation der Maurer. 2. Die beiden als Muster der Freundestreu befehlungen Pythagoreer Damon und Phintias wurden von einigen alten Schriftstellern auch Mörus und Selinuntius genannt. So auch von Hyginus, dessen Darstellung Schiller als Grundlage zu seiner Ballade benutzt hat.

D. B. Ueber die betreffende Petition finden Sie in Nr. 277 unter Sächsischen Angelegenheiten einige Ausführungen. Zur Verhandlung ist sie noch nicht gekommen.

J. Sch. Wenden Sie sich an den Arzt, der das Kind geimpft hat.

100. H. R. Derartige Empfehlungen machen wir nicht.

Streitkräfte 50. Die Reichstagswahl (Hauptwahl) im Jahre 1907 ist am 25. Januar vorgenommen worden.

S. R. Ihre Frage ist uns nicht verständlich.

D. Müller. Ihr Bericht ist zu spät eingegangen.

A. R. 100. Wenden Sie sich mit einer Reklamation an die Steuerbehörde.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Freitag, den 24. Dezember 1908. (Mitgeteilt von Gebr. Glag.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer	212—217 bez. Brf.
rühlig	Argentinier	—
	Nord-Russischer	236—246 bez. Brf.
	Süd-	240—252 bez. Brf.
	Australischer	—
Bluggen per 1000 kg netto	inländischer	160—165 bez. Brf.
rühlig	Preussischer	feuchter unter Notiz
	Pofener	162—167 bez. Brf.
	ausländischer,	—
	russischer	158—162 Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Draugerste, hiesige	168—178 bez. Brf.
	Saale-Gerste	feinste über Notiz
	Mahl- u. Futterw.	174—184 bez. Brf.
		feinste über Notiz
		178—183 bez. Brf.
Haser per 1000 kg netto	inländischer	165—171 bez. Brf.
rühlig	ausländischer	—
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	—
	runder	162—169 bez. Brf.
	Cinquantin	180—195 bez. Brf.
	Mais	—
Deffaat per 1000 kg netto	flüssiges	13,75—14,25 bz. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	gefrorenes	54,50 nominell.
Rübsl, roh, p. 100 kg netto		—
frei Haus hier ohne Faß		—
geschäftsleblo.	Außeramtlich:	—
Mais per 100 kg netto	bestes ab Fabrik	32,00—34,00
	sekunda	29,00—30,00
Widen per 1000 kg netto	loco	210—220
Erbsen per 1000 kg netto	loco große	280—290
	do. kleine	220—230
	do. Futter	200—210
Bohnen per 1000 kg netto	loco	230—230
Rosenant per 100 kg netto	rot nach Qualität	180—195
	weiß nach Qualit.	140—180
	gelb nach Qualität	110—130
	schwed. n. Qualität	140—160

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig u. Umgegend notieren:

Weizenmehl Nr. 00 31,00	Roggenmehl Nr. 0 I 24,00
" " 0 28,50	" " II 17,00—18,00
" " 122,00—24,00	exlt. Sack " III 14,00—16,00
" " II 21,00—23,00	Roggenkleie 12,50—14,00
Weizenroggen 11,50—12,00	per 100 kg exlt. Sack.

## Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:

Speiseanstalt I (Hauptkitchen): Reis mit Nudelschiff.  
 Speiseanstalt II (Zwischenkitchen): Weine Erbsen mit Schweinefleisch.  
 Speiseanstalt III (Wohnküchen): Wenden mit Nudelschiff.  
 Speiseanstalt IV (Küchenstrasse): Kugeln mit Nudelschiff.  
 Speiseanstalt V (Wagner Str. 65): Reis mit Nudelschiff.  
 Speiseanstalt VI (Koch. Gäßliche Str.): Weine Erbsen mit Schweinefleisch.

## Partei-Sekretariat Reichstagswahlkreis

Bureau: Volkshaus Leipzig, Zeiler Str., Portal rechts, 1. Stage. Geschäfts- und Auskunftsstelle für alle den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis betreffenden Angelegenheiten. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen mittags von 12—1 Uhr und nachmitt. von 5—8 Uhr. Sonntags ununterbrochen von 9—4 Uhr. — Telefon 14610.



**Soziale Rundschau.**

Der Arbeitsmarkt im Monat November 1909.

Im Berichtsmontat ist in einigen Großindustrien eine weitere Steigerung des Geschäftsganges eingetreten. In einer Anzahl von Gewerben brachte ferner das Weihnachtsgeschäft eine Belebung. Auf der anderen Seite waren Einschränkungen der Tätigkeit zu verzeichnen, vor allem in Gewerben, die von einer günstigen Witterung abhängig sind.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt hielt die bereits für den Vormonat gemeldete leichte Besserung an. In noch stärkerem Maße machte sie sich in Schlesien bemerkbar. Einmal trug dazu der durch die kalte Witterung gesteigerte Bedarf für Hausbrandzwecke bei, andererseits gestalteten sich die Wasserhältnisse für die Beförderung günstiger, was dem flotteren Abfluss durch die Industrie zuzuführen kam.

Die Hohlisenherzeugung hielt sich in demselben befriedigenden Umfange wie im Vormonate. In Westdeutschland verbesserte sich die Lage weiter. Die dem Stahlwerksverband angehörigen Werke arbeiteten befriedigend. Der Verkauf in Produkten A war zwar weniger als im Vormonat, jedoch höher als im November 1908. Im Maschinenbau sind vielfach Verbesserungen eingetreten.

In der Textilindustrie war die Lage noch immer sehr verschiedenartig. Im allgemeinen macht die Belebung hier sehr langsame Fortschritte, was auch die geringe Zunahme der Mitgliederzahl der Betriebskrankenkassen in diesem Gewerbe bestätigt. Die Berichte über die Baumwollspinnereien lauten für alle Teile des Reiches durchwegs ungünstig. Auch in der Buntweberei war der Geschäftsgang bestenfalls mittelmäßig. Gehoben hat sich der Beschäftigungsgrad dagegen in der Wollindustrie, wie das der Jahreszeit entspricht.

Im Baugewerbe schied sich die bereits im Vormonat gemeldete Abwärtsbewegung in verstärktem Maße fort. Gut beschäftigt war in den meisten ihrer Zweige die Bekleidungsindustrie. Die Papierindustrie und das Buchdruckgewerbe wiesen eine weiter erhöhte Tätigkeit auf. Die Spielwarenindustrie hatte sehr gut zu tun. Auch hier machte sich das Weihnachtsgeschäft geltend. In der Tabakindustrie hat sich der Geschäftsgang zwar etwas gehoben, ist aber immer noch unternormal. Für die Brauereien verschlechterte sich der Beschäftigungsgrad.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Dezember 1909 gegenüber dem 1. November eine Abnahme der Mitgliederzahl um insgesamt 49 566 Personen (— 58 440 männliche, + 8874 weibliche), während am 1. November eine Zunahme um 35 754 Personen (+ 4091 männliche, + 31 063 weibliche) zu verzeichnen war. Am 1. Dezember des Vorjahres zeigte sich eine geringere Abnahme bei den männlichen Mitgliedern (— 55 612), jedoch ist zu berücksichtigen, daß sich die Zahl dieser Personen in den Monaten September und Oktober stärker vermehrt hatte als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1908. Die oben angegebene diesmalige Zunahme der weiblichen Versicherten war gut doppelt so hoch als am 1. Dezember 1908 (+ 4434).

Die Berichte der Arbeitsnachweise geben im großen und ganzen dasselbe Bild wie die vorstehenden Angaben. Bei der Gesamtzahl der Nachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen auf 100 offene Stellen nachfragen männlicher bzw. weiblicher Arbeiter: im November 1909 209 bzw. 120, im Vormonat 173 bzw. 105, im November 1908 287 bzw. 125. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt trat ein weiteres Abflauen ein, jedoch hielt sich der Beschäftigungsgrad über dem des Vorjahres. In der Hauptsache nahm das Handelsgewerbe größere Mengen von Arbeitskräften auf. Saisonzeit hatten noch Schneider, Schuhmacher und Kürschner. Nachgelassen hat die Tätigkeit in der Holz-, Metall- und Eisenindustrie. In der Provinz Westfalen flaute die Arbeitslage in den landwirtschaftlichen Betrieben ab. In der Eisen- und Textilindustrie war die Beschäftigung nach wie vor ungünstig, auch im Bekleidungsgebiete trat ein Rückgang ein. Im Regierungsbezirk Düsseldorf trat eine Abnahme der Stellenbefragungen ein, obwohl einige Anstalten ihre Vermittlungsziffer erhöhen konnten. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck waren nur die Leder- und die Schuhindustrie gut beschäftigt. In München war die Lage des Arbeitsmarktes immer noch günstig, erheblich besser als im Vorjahre. Auch das Baugewerbe konnte noch eine lebhaftige Tätigkeit entfalten. In Württemberg und Baden sank der Beschäftigungsgrad. Nur die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe waren verhältnismäßig günstig beschäftigt.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im November 1909 um 9 242 885 Mk. höher als im gleichen Monat des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrerinnahme von 138 Mk. oder 5,15 Prozent auf 1 Kilometer. (Reichsarbeitsblatt.)

**Die Wirkungen der Krise.**

Einen Anhaltspunkt für die Wirkungen der Krise gibt der Markenverkauf für die Versicherungen der Invalidenversicherung. Die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt der Industrie kommen freilich nicht ganz zum Ausdruck, weil der Industriearbeiter, der nur an einigen Tagen in der Woche beschäftigt ist, trotzdem eine Beitragsmarkte erhält, und ferner treten die Schwankungen nicht voll in die Erscheinung, weil auch die Dienstboten und Landarbeiter mit versichert sind, die nicht in dem Maße wie die Industriearbeiter von der Krise getroffen werden. Nun zeigt sich, daß in den Jahren 1903 bis 1906 in jedem Jahre 20 bis 24 Millionen Beitragsmarken mehr verkauft wurden als im Vorjahre. Im Jahre 1907, als im November die Krise einsetzte, sank dieser Ueberschuß im Vergleich mit 1906 auf 16 104 904 Beitragsmarken. In den jetzt verteilten Rechnungsergebnissen für 1908 wird mitgeteilt, daß in diesem Jahre nur 9 952 791 Beitragsmarken mehr verkauft wurden als 1907. Schlimmer ist aber das Bild in einzelnen Bezirken. Hier trat ein direkter Rückgang im Markenverkauf ein. Diese Bezirke geben folgendes Bild:

	1907	1908	Weniger als im Jahre 1907
Berlin . . . . .	34 009 719	33 052 428	957 298
Hansestädte . . . . .	1 968 017	19 892 847	208 330
Schleswig-Holstein . . . . .	16 041 478	16 575 639	86 234
Unterfranken . . . . .	4 038 270	4 079 107	4 172
	75 020 048	74 300 010	721 029

Da die jungen Leute, die das 16. Lebensjahr vollendet haben und in einem Arbeits- oder Lohnverhältnis stehen, versicherungspflichtig wurden, so hätte bei normalem Verhältnis die Zahl der verkauften Beitragsmarken um zwei vom Hundert steigen müssen. Statt des natürlichen Anwachsens von 1 500 000 trat ein Rückgang von 721 029 ein. Das bedeutet also 2 221 000 Wochen völliger Arbeitslosigkeit in diesen vier Bezirken.

**Gewerbegerichtswahltag.**

Bei den Neuwahlen der Richter zum Gewerbegericht Viefelsfeld-Land, zu welchem 25 Gemeinde- bzw. Amtsbezirke gehören, haben die freien Gewerkschaften einen schönen Erfolg erzielt. Es wurde in 9 Wahlbezirken gewählt. Unsere Kandidaten erhielten bedeutend mehr Stimmen als im Jahre 1908. 2 Sitze wurden gewonnen, so daß jetzt die freien Gewerkschaften von 12 Sitzen 9 innehaben.

**Ein Beisitzer des Berliner Kaufmannsgerichts wegen Amtsvergehens auf der Anklagebank.**

Der wohl noch nicht vorgekommene Fall, daß der Beisitzer eines Fachgerichts wegen Amtsvergehens angeklagt wird, ergab sich vor dem ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I. Der Handlungsgehilfe Max Gronert, Mitglied des Deutschen Handlungsgehilfenverbandes, war Arbeitnehmerbeisitzer des Berliner Kaufmannsgerichts. Im September 1908 war er in einer als Kaufmannsgericht beschaffenden Streitfrage in der Minderheit. Nach der Urteilsverkündung machte er dem Arbeitgeberbeisitzer Davidsohn deshalb Vorhaltungen, die sich dieser verbat. Einige Wochen später kam er im Beratungszimmer, in Gegenwart anderer Beisitzer, die in dem ersten Falle nicht mitgewirkt hatten, auf diesen zu sprechen. Er sagte zu dem Vorsitzenden, Magistratsassessor Dr. Deppen: Herr Doktor, Ihre mündliche Urteilsbegründung entspricht nicht Ihrer schriftlichen, insbesondere haben Sie uns auf den betreffenden Paragraphen des Handelsgesetzbuches, auf den Sie das Urteil aufbauten, im Beratungszimmer nicht hingewiesen. Als darauf Kaufmann Davidsohn, dem Gronert wiederholt Vorhaltungen machte, sich dies verbat und ihn darauf hinwies, daß die Vorgänge im Beratungszimmer als Amtsgeheimnis zu wahren seien, erwiderte Gronert: „Sie stimmen allerdings immer wie der Vorsitzende.“ Gronert hatte sich außerdem von der unterlegenen Partei das schriftliche Urteil erbeten und dies mit Randbemerkungen einer Fassung eingeschickt, in der es auch aufgenommen wurde. Der Oberpräsident, der von diesen Vorgängen Kenntnis erhielt, erstattete Anzeige. Infolge dessen hatte sich Gronert vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Der Staatsanwalt führte aus: Wenn ein Berufsrichter wie der Angeklagte gehandelt hätte, dann würde zweifellos ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. Auch der Angeklagte sei Richter, wenn auch nur Valenrichter. Er habe das Amtsgeheimnis verletzt, einem Beisitzenden in unpaffender Weise Vorhaltungen wegen seiner Abstimmung gemacht, vermöge seiner Amtsbeziehung sich von der unterlegenen Partei das schriftliche Erkenntnis geben lassen und dieses zum Gegenstande einer Polemik in einem öffentlichen Presseorgan gemacht. Der Angeklagte habe mithin seine Pflicht als Richter verletzt, er beantrage deshalb die Amtsentsetzung des Angeklagten. — Der Angeklagte erwiderte: Er sei über seine Pflichten als Richter nicht so genau orientiert gewesen und habe im guten Glauben gehandelt. — Nach langer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Blankmeier, folgendes Urteil:

Der Gerichtshof hat die vom Staatsanwalt angeführten vier Verfehlungen des Angeklagten für festgestellt erachtet. Der Angeklagte kann aber mit Amtsentsetzung nur bestraft werden, wenn er sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht hat. Geschworene und Schöffen sollen über Vorgänge im Beratungszimmer schweigen, es gelang aber dennoch so manches in die Öffentlichkeit. In dem vorliegenden Falle war zu erwägen, daß der Angeklagte das Amtsgeheimnis im Beratun gszimmer, vielleicht aus Anlaß eines ähnlichen Falles, verletzt hat. Es war auch zu erwägen, daß der Angeklagte Handlungsgehilfe und nur im Nebenamt Richter ist. Eine schwere Pflichtverletzung konnte daher der Gerichtshof in der Handlungsweise des Angeklagten nicht erblicken; er war daher freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen.

**Mutterchaftsversicherung in Italien.**

Dem italienischen Abgeordnetenhaus wurde vor einiger Zeit ein Gesetzentwurf für eine Mutterchaftsversicherung vorgelegt. Diese Mutterchaftsversicherung wird sich nicht, wie in Oesterreich geplant ist, an die Krankenkassen anschließen, sondern es sind einige Mutterchuldkassen vorgesehen. Das Arbeitsamt hat eingehende Untersuchungen unter den Arbeiterinnen vorgenommen, vor allem unter denen im Vergahen, in den chemischen Fabriken und in der Industrie. Die Landarbeiterinnen und die Heimarbeiterrinnen müssen vorläufig von diesen Mutterchuldkassen ausgeschlossen bleiben, da, wie der Bericht sagt, diese Art der Versicherung eine Neuheit ist, die erst erprobt werden muß.

Das Arbeitsamt ermittelte für 172 305 Arbeiterinnen einen Jahreslohn von 48 800 000 Lire. Für die durchschnittlich 6893 Wöchnerinnen ergäbe dies einen Tagelohn von zusammen 9267 Lire, so daß ein Tagelohn von 1 bis 1½ Lire pro Tag oder 30 bis 45 Lire pro Monat als der entsprechende Betrag einer Wöchnerinnenunterstützung erscheinen. Beträge sollen die Arbeiterinnen von 15 bis 50 Jahren bezahlen, und zwar die von 15 bis 20 Jahren 1 Lire und die von 20 bis 50 Jahren 2 Lire als Jahresbeitrag. Es würde dann nach dem angenommenen Verhältnis von 45 Entbindungen auf 1000 Arbeiterinnen 22 500 Entbindungen ergeben, die einen Aufwand von 675 000 Lire erforderlich würden. Die Einnahmen der Kasse würden ungefähr 800 000 Lire betragen, so daß noch ein Meingewinn erzielt werden könnte. Allerdings sind darin noch nicht die Kosten der Unterhaltungen bei Fehlgeburten enthalten. Eine sehr beachtenswerte Bemerkung, die das spanische Gesetz vom 9. Juni enthält, daß nämlich der Arbeitsplatz der Arbeiterinnen vier Wochen lang freigehalten werden muß, steht in dem italienischen Entwurf ebenso wie in dem österreichischen. In Spanien erhalten diesen Schutz sowie die Schutzfrist vor der Entbindung nur verheiratete Frauen, uneheliche Mütter nicht. Hier macht sich der kirchliche Einfluß geltend. In dem italienischen Entwurf fehlt jede Schutzfrist vor der Entbindung.

**Schulkinder-Speisung in London.**

Die Anforderungen für die Speisung bedürftiger Schulkinder in London haben in ganz bedeutendem Maße zugenommen. Für das verfloffene Finanzjahr hatte man mit 8 Millionen Expendituren gerechnet, doch sind nicht weniger wie 7 702 608 erforderlich gewesen. Im Vorjahre betrug die Zahl 4 546 771. Diese auffällige Erhöhung ist wohl nur darauf zurückzuführen,

daß die Ecken vor der öffentlichen Speisung noch mehr gewichen ist, obwohl keineswegs alle bedürftigen Kinder infolge der Eigentümlichkeiten der betreffenden Verordnungen an den Mahlzeiten teilnehmen, wenigstens die Finanzkommission des Londoner Grafschaftsrates, der bekanntlich zuerst unter konservativer Herrschaft steht, in ihrem Bericht das Gegenteil behauptet. Die Gesamtkosten der Einrichtung haben im letzten Jahre in London 1 240 000 Mk. betragen, darunter 1 150 000 Mk. für Nahrungsmittel und Bedienung, 31 000 Mk. für Gehälter, 40 000 Mk. für Ausstellungsgegenstände, 30 000 Mk. für Druckfachen usw. Es ist vorgeesehen, daß von solchen Eltern, welche nicht in ganz bedürftigen Verhältnissen leben, eine geringe Entschädigung für die Speisung ihrer Kinder eingezogen wird. Diese Einnahme wurde auf 20 000 Mk. taxiert, doch sind in den ersten 6 Monaten dafür nur 410 Mk. eingegangen. Auf alle Fälle aber hat, nach dem Urteile der Schulbehörde, die Einrichtung der Speisung bedürftiger Schulkinder schon jetzt den wohlthätigsten Einfluß auf das körperliche und geistige Befinden der zahllosen armen Kinder gehabt, die vielfach schon vor Beginn der Schule und mit nichternem Magen allerlei Arbeiten und Befragungen zu verrichten haben und daher früher nie in der Lage waren, dem Unterricht mit Interesse und Aufmerksamkeit zu folgen. Auch die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs ist seitdem erheblich besser geworden.

**Die Lebenshaltung der englischen und der französischen Arbeiter.**

Ein Wahlpalat der englischen Liberalen stellt die Wirkung der Handels- und Steuerpolitik beider Staaten patend in Gestalt eines anschaulichen englischen und eines winzig kleinen deutschen Brotlaibs dar. Dazu sind Erläuterungen aus der Erhebung des englischen Handelsamts von 1907 gegeben. Danach kostete in deutschen Städten ein Pfundlaib Braudrot im Dezember 1907 in Deutschland 7½ Pence = 63½ Pfg., während in England Weizenbrot (Weizen ist über 10 Prozent teurer als Roggen) nur 5½ Pence (48½ Pfg.) kostete. Dabei betrug der Lohn deutscher Industriearbeiter 24½ Schilling (25,30 Mark) die Woche, während englische Arbeiter gleicher Art 30 Schilling (30,00 Mark) verdienen. Diesen Verdienst erzielten deutsche Arbeiter in wöchentlich 50, englische aber in 50 Stunden. Der Stundenlohn betrug danach in England 61, in Deutschland aber 45 Pfg., in Brot umgerechnet aber der englische doppelt soviel als der deutsche.

**Gerichtssaal.**

Landgericht.

„Der Verbrecher ist der Gesellschaft eigenes Verlangen.“ An dieses Wort wurde man erinnert, als vor dem Landgericht gegen den Geschirrführer Klingenberg verhandelt wurde. Kl. war bei dem Brauereibesitzer Fischer in Sorzig bei Mägeln in Stellung. Er wurde auch mit dem Eintassieren von Rechnungen betraut, aber als sich ein Manto herausstellte, nur noch als Arbeiter beschäftigt. Als er später jedoch wieder Geschirrführer wurde, soll er 1336 Mk. unterschlagen haben; um diese Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er auch Rechnungen. Das Gericht verurteilte Kl. zu 8 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust.

Die Strafe erscheint ungewöhnlich hart, wenn man berücksichtigt, daß der geschädigte Brauereibesitzer Fischer dem Arbeiter einen Wochenlohn von 9 Mk. auszahlte. Wie ein Arbeiter mit einem solchen Lohn heute sein Leben fristen soll, ist unerfindlich; er wird, wenn er nicht Hunger leiden will, direkt auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Heuchlerisch verdrehen dann die frommen „Arbeitsgeber“ ihre Augen und zeteren über die verderbte Arbeiterschaft. Für sie gilt neben dem an der Spitze erwähnten Zitat auch das folgende: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Eine Diebes- und Schlergesellschaft. Der 18 Jahre alte Schlosser Karl Richard Zill, der 31 Jahre alte Arbeiter Paul Hermann Wurmel, der 21 Jahre alte Mechaniker Bruno Hermann Liebig, der Tröbder Karl Richard Tänzer und der Fäbhandler Nicodemus Morawicz, welche letzterer flüchtig ist, sind beschuldigt, eine Reihe von Einbruchsdiebstählen verübt beziehungsweise die gestohlenen Gegenstände erhehlt zu haben. Zill und Wurmel waren bei dem Speisehändler Frache in Connewitz beschäftigt; sie brachen am 8. Juli 1909 im Pfarrhause in Lauter, in dem Zill von der Wirtschaftlerin, seiner Tante, erzogen worden war, ein, erbrachen in der Wohnung des Pfarrers Krethamer verschiedene Behältnisse und stahlen daraus etwa 200 Mk. in barem Gelde, Zigarren und Zigaretten. Im August verbargen sich die beiden im Keller des Hauses Kohlgartenstraße 45, und versuchten um Mitternacht auf den Balkon der ersten Etage zu klettern; sie kletterten aber, als sie gestört wurden. Ebenfalls im August stahlen sie Wurmehls Logiswirt eine Taschenuhr; am 21. August brachen sie in die Villa des Staatsanwalts Dr. Seeger, Marienstraße 8, ein, und stahlen dort eine Anzahl Gegenstände im Werte von etwa 2500 Mk., nachdem sie verschiedene Behältnisse im Salon und Speisezimmer aufgesprengt hatten. Wurmel versuchte am 30. September abermals der Villa des Staatsanwalts einen Besuch abzustatten, entfernte sich aber wieder unverrichteter Sache. Wurmel und Liebig brachen sodann bei der Kommerzienrätin Huth in Gohlis ein; sie stahlen hauptsächlich Schmuckgegenstände im Werte von 1200 Mk. Wurmel verkaufte die gestohlenen Schmucksachen beim Tröbder Tänzer in Halle. Die Angeklagten, die geständig waren, sind zum Teil rückfällig. So ist Wurmel bereits wegen Diebstahls und Unterschlagung zweimal vorbestraft, auch Liebig ist bereits wegen Diebstahls schon zweimal vorbestraft. Zill erhielt 2 Jahre Gefängnis, Wurmel 4 Jahre Zuchthaus, Liebig 10 Monate Gefängnis und Tänzer 1 Jahr Gefängnis. Außerdem wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei bis fünf Jahren aberkannt.

Eine Reminiscenz an das Universitätsjubiläum. Der Kontorist Friedrich Walter Halle war vor und während des Universitätsjubiläums beim Wohnungsausschuß tätig. Er benutzte seine Stellung jedoch zu einigen Betrügereien, indem er von dem Hausmann des Pharmatologischen Instituts 42 Mk. annahm, um dafür Jubiläumsmünzen anzuschaffen. Der Mann bekam jedoch weder die Jubiläumsmünzen, noch sein eigenes Geld zurück. Am 24. und 30. Juli borgte der Angeklagte den Pächter des Hotel de Prusse um 80 und 80 Mark an, um angeblich kleinere Rechnungen zu bezahlen. Er hat auch Beträge von 5 und 6 Mk. bezahlt, aber das übrige für sich verwendet. H., der bereits wegen Betrugs



und Diebstahls vorbestraft ist, wurde für seine Schwindelien mit 3 Monaten Gefängnis bestraft.

Von der Anklage der Kindesmißhandlung freigesprochen wurde die Geschirrführersfrau Emma Ida Salzbrenner in Neustadt. Sie war beschuldigt, ihre siebenjährige Stieftochter Lotte, die ihr Mann aus erster Ehe mitgebracht hatte, oft dermaßen mit einem Rohrstock gequält zu haben, daß das Kind mit verbundenem Kopf und vielen roten und blauen Flecken gesehen wurde. Nach den großen Ferien dieses Jahres konnte Lotte 14 Tage lang die Schule nicht besuchen, weil sie, wie die Zeugen bekundeten, geradezu schrecklich aussah. Es wurde aber als erwiesen angenommen, daß das Kind beim Spielen aufs Gesicht gefallen war. Im vorigen Jahr hat das Kind ein Bein gebrochen; auch dies wurde der Stiefmutter zur Last gelegt, jedoch wurde von ärztlicher Seite die Angabe, daß das Kind sich den Beinbruch bei einem Sturz aus dem Bett zugezogen hatte, als glaubhaft betrachtet. Ebenso wurde festgestellt, daß Lotte sehr empfindlich ist, und zwar derartig, daß schon bei einem Fingerdruck sich Flecken in der Haut zeigen. Keiner der Zeugen konnte bekunden, daß sie Mißhandlungen gesehen hätten, ebensowenig hat das Kind selber seine Stiefmutter belastet. Das Gericht kam daher zur Freisprechung der Angeklagten.

Wiederum dem Zuchthaus überantwortet. Der Stallschweizer Emil Max Hirsemann aus Lindenau war bereits einmal zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Da er sich im Zuchthaus gut führte, wurde er schon vor Beendigung seiner Strafszeit, am 18. Oktober d. J. vorläufig entlassen. Nach seiner Entlassung stieg er in eine unbewohnte Villa in Streitwald bei Froburg ein, lockte sich Kaffee, trank auch eine Flasche Wein, zog sich Hemden und Strümpfe an, packte Taschentücher, Tischmesser, Servietten, Bettlüber, Tischlüber, Tischmesser mit silbernem Griff, eine Wanduhr, Glacéhandschuhe und ein Notizbuch ein, um die Sachen fortzuschaffen. Es kamen jedoch Leute vorbei, denen das Licht im Hause auffiel, und der Dieb wurde festgenommen. Er hatte auch zuvor seine Notdurft in den Zimmern verrichtet, nach Art alter Diebe, die glauben, daß sie sich dadurch vor dem Erwischtwerden schützen. Er wurde abermals auf zwei Jahre, der geschlichen Mindeststrafe, dem Zuchthaus überwiesen.

#### Reichsgericht.

Das Reichsgericht für die Mutter Gottes. Wegen Gotteslästerung ist am 20. September vom Landgerichte Schneidemühl der Gutsbesitzer Aug. Krumer zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er neigt zu unanständigen Witzen und hat mehrfach in Bierwirtschaften vor anderen Gästen eine rohe Erklärung von Maria Empfängnis gegeben. — Seine Revision wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Zur Krankenversicherung. Wegen Betrugs kann nach einer heute gefällten Entscheidung des Reichsgerichts ein Arbeitgeber bestraft werden, wenn er der Krankenkasse unter unwahren Angaben die Beiträge für seine Arbeiter vorenthält. Das Landgericht Ostrow hatte am 27. August den Baugewerksmeister Maximilian Langer von der Anklage des Vergehens gegen das Krankenversicherungsgesetz freigesprochen. Er ist nach erfolgloser Zwangsvollstreckung hat der Angeklagte die Beiträge begahnt. Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Nichterfüllung der Zahlungspflicht war vorsätzlich. Die Beurteilung nach dem Krankenversicherungsgesetz war möglich, ebenso die wegen Betrugs.

Bestätigtes Todesurteil gegen eine Frau. Vom Schwurgerichte Güstrow ist am 8. Oktober der Robbin Auguste Zobel aus Berlin, wegen Ermordung der Opernängerin Frida Barthold in Rostock am 25. März 1900, zum Tode verurteilt worden. Baldemar Koch, ein junger Kaufmann, der in einem Berliner Kaufhause tätig war, lernte 1897 Frida Barthold kennen und verlobte sich 1902 mit ihr. Dann unterließ er eine größere Summe und floh nach Amerika, von wo er nach Paris überfloh. Hier zog er mit der Zobel zusammen, die bereits mit anderen Männern in Berlin Beziehungen gehabt hatte. Die Zobel wollte von Koch geheiratet werden und bot alles auf, um ihn von der Barthold zu trennen. Jahreslang hoffte sie, Koch für sich zu gewinnen. Dieser kam schließlich in Ost und ist zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte die Strafe gerade verbüßt, als der Prozeß in Güstrow stattfand. Als er noch in Zelle Untersuchungshaft saß, besuchte ihn dort die Angeklagte und suchte ihn zu überreden, die Barthold aufzugeben und sich mit ihr, der Angeklagten, im Gefängnis trauen zu lassen. Mit Rücksicht auf seine Familie lehnte Koch dies ab. Kurze Zeit danach reiste die Angeklagte von Berlin nach Rostock und besuchte den Revolver im Koffer verborgen, Frida Barthold, bei der gerade eine Kollegin zu Besuch war. Als diese auf kurze Zeit das Zimmer verließ, schloß die Angeklagte der verhassten Rivalin nach einer kurzen Unterhaltung fünf Kugeln in den Kopf, die den sofortigen Tod herbeiführten. Die Angeklagte wurde noch auf dem Bahnhofs festgenommen. — Gegen das Todesurteil hatte die Mörderin Revision eingelegt. Es wurde eine große Anzahl prozessualer Beschwerden geltend gemacht, die jedoch meist ohne juristisches und allgemeines Interesse waren. — Das Reichsgericht verwarf die Revision der Angeklagten.

Widerspruchsvolle Reichsgerichtsurteile. Der Umstand, daß das Reichsgericht an die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz gebunden ist, sofern sie nicht durch Rechtsirrtum veranlaßt worden sind, bringt es mit sich, daß das Reichsgericht in ganz gleichliegenden Strafsachen bald ja, bald so entscheiden muß. Vor kurzer Zeit mußte der 8. Strafsenat ein Bremer Urteil bestätigen, durch das ein Händler nach § 184, 1 verurteilt worden war, weil er eine Postkarte feilgehalten hat, die aus vier nackten Frauenkörpern zusammengesetzt den Kopf eines Lebemanns zeigt. Die Bremer Strafkammer hatte nachgewiesen, daß diese Karte eine unzüchtige Abbildung enthalte. Am 19. August hat nun dieselbe Strafkammer des Landgerichts Bremen den Buchbindermeister W., der wegen derselben Postkarte angeklagt war, freigesprochen. Zu bemerken ist allerdings hierbei, daß die Strafkammer diesmal anders zusammengesetzt war. Wiederum ganz klar war im Urteile der Nachweise erbracht, daß von einer Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls des normalen Menschen keine Rede sein könne. — Die Revision des Staatsanwalts gegen dieses Urteil wurde von demselben Senate verworfen. In der Begründung wurde betont, daß derartige sich widersprechende Urteile nach Lage der Verhältnisse nicht zu vermeiden sind.

### Hus der Umgebung.

Schönefeld. Zur Einverleibung. Unter diesen Stichworten treten in einem Eingangsblatt zweier hiesiger Blätter „Mehrere unparteiliche Einwohner Schönefelds“

gegen bezw. für eine bedingungsweise Einverleibung unseres Ortes nach Leipzig ein, indem sie, nach reicher Kosthüserart, mit „Beweisen“ auf den Plan rücken, die einen jeden objektiv Denkenden einfach zum Lachen reizen müssen. Der Demantel der „Unparteilichkeit“ wird von anscheinend gut informierter und besonders interessierter Seite dazu benutzt, der Einwohnerchaft Schönefelds ein überaus günstiges, von der Wirklichkeit bedenklich abweichendes Bild von dem Stande der Gemeindeangelegenheiten zu geben. Ein Unfuss ist es, zu sagen, es werde von verschiedenen Seiten „Stimmung“ für eine bedingungslose Einverleibung Schönefelds gemacht. Gemeindevorstand und Gemeinderat sollen nur das tun, was versprochen ist und 98 Prozent der Einwohner schon längst sehnlichst erwarten. Weiter wird das „große Interesse der Stadt Leipzig an der wertvollen Erwerbung der Gemeinde Schönefeld“ hervorgehoben, mit dem Hinweis auf die neuen Bahnhofsanlagen, die zum Teil auf Schönefelder Flur liegen. Die Einwohner lassen hierbei außer Betracht, daß der Staat die Bahnhofsanlagen errichtet und nicht die Stadt Leipzig, die allerdings ein lebhaftes Interesse an deren Ausführung hat. Darum aber der Stadt Leipzig Bedingungen wegen der Einverleibung stellen und eventuell die ganze Sache scheitern zu lassen, scheint denn doch bedenklich. Hier kommen nicht die speziellen Wünsche Leipziger oder Schönefelder Lokalpatrioten, sondern die Interessen der Allgemeinheit in Frage. Das gleiche gilt von den Sparfallen-Einlegerguthaben, die eine Höhe von rund 20 Mill. Mark erreicht haben, und nach der Einverleibung der Stadt eine Mindesteinnahme von jährlich 150 000 Mk. in den Säckel liefern würden. Die Summen sind willkürlich genommen und auch auf eine Täuschung berechnet. Es dürfte den Schreibern des Eingangsblatts nicht unbekannt sein, daß eine große Zahl Sparrer sich aus Einwohnern Leipzigs rekrutiert, die nach der Einverleibung nicht ihr Geld nach Schönefeld bringen, sondern andernorts festlegen, so daß sich der angenommene Ueberschuß bedeutend reduzieren dürfte. Geradezu grotesk ist indes die Frage, ob für die Einverleibung ein öffentliches Bedürfnis vorliegt. Du lieber Himmel! Sind all die Gemeinderatsitzungen, die sich mit diesem Thema beschäftigt, all die Eingaben und öffentlichen Versammlungen spurlos an diesen „unparteilichen“ Einwohnern von Schönefeld vorübergegangen? Es dürfte nicht viele Keider in unserm schönen Orte geben, aber um diesen gesunden Schlaf, ihr „unparteilichen“ Einwohner, werden euch 98 Prozent der Bevölkerung beneiden. Das Schönste leisten sich die Einzender mit dem Hinweis auf die „Vorzüge“, die Schönefeld vor Leipzig voraus hat, nämlich die „tadellosen Straßen und Bürgersteige“. Wer sich von diesen „Vorzügen“ überzeugen will, gehe einmal bei oder nach Regenwetter etwas weiter als vom Rathaus bis in die hohe Straße. Unsere Straßenbeleuchtung war bis zu Anfang dieses Jahres, als sie die Stadt Leipzig in Regie nahm, einfach ein Hohn, auch heute könnte noch vieles besser sein. Stand Mondschein im Kalender, wurden die Straßen einfach nicht beleuchtet.

Die Schulfrage wird mit einigen Sätzen abgetan, die ungefähre Befagen, wer seinen Kindern eine bessere Schulbildung angedeihen lassen will, muß einfach bleiben, wo der Pfeffer wächst. Welche Perspektiven eröffnen sich für die Zukunft Schönefelds, werte „Unparteiliche“, wenn die Einverleibung noch länger hinausgeschoben werden sollte? Ist denn das sprungweise Anwachsen der werktätigen Bevölkerung Schönefelds, das dank seiner geographischen Lage sich wie kein anderer Ort des Ostens zur Entwicklung als Arbeiterort, nicht erst der Anfang eines rapiden Zugangs? Ist unsere Schulkasse nicht ganz außerordentlich belastet und werden nicht in den nächsten Jahren durch den Schulneubau noch viel höhere Anforderungen an den Steuerzahler gestellt werden müssen, wenn nicht der Staat eingreift oder wir der Stadt Leipzig einverleibt werden? Haben die Steuern im Verhältnis zu Leipzig und seiner Umgebung nicht eine außerordentlich hohe Höhe erreicht, so daß eine Steigerung fast unmöglich ist, es müßte denn ein neues Umsgeverfahren Platz greifen? Ist denn ferner nicht bekannt, daß 75 Prozent der Einwohner Schönefelds ein Einkommen unter 1700 Mk. haben? Soll bei diesen Armen noch mehr die Steuerlast angezogen werden? Oder wäre es nicht vernünftiger, an die Stadt Leipzig, in der unsere werktätige Bevölkerung der Beschäftigung nachgeht und Werte schafft, die dort versteuert werden, um Einverleibung heranzutreten und zwar bedingungslos? Die wirtschaftliche Abhängigkeit Schönefelds von Leipzig drängt dazu und wird noch krasser in die Erscheinung treten, je länger die Einverleibung hinausgeschoben wird. Schließlich kann es nur Egoismus sein, der gegen bezw. für eine bedingungsweise Einverleibung spricht, Egoismus einer winzigen Bevölkerungsschicht, die, nach Einbüßung ihrer jetzigen Macht, zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinken würde. Einer für viele.

Borsdorf. Die Sparkasse bleibt wegen des Rechnungsabschlusses vom 27. bis zum 31. Dezember geschlossen. Einlagen auf neue Häuser und Hypothekenzinsen werden jedoch auch während dieser Zeit angenommen. Vom 2. Januar 1910 ab tritt tägliche Verzinsung ein.

Wilsa. Lokalgerichtstage werden im Jahre 1910 Dienstag, den 11. Januar, den 2. und 22. Februar, den 15. März, den 5. und 26. April, den 17. Mai, den 7. und 28. Juni, den 19. Juli, den 9. und 30. August und den 20. September, an der bisherigen Geschäftsstelle (Gasthof zu den drei Rosen) abgehalten.

Vom städtischen Haushalt. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung wurde unter anderem der Haushaltsplan für 1910 beraten. Nach den Rechnungen des Jahres 1909 war noch ein Defizit von 3072 Mk. zu decken. Die Wasserleistungsvorarbeiten verursachten 10 880 Mk. Kosten. Es wurden aufgewendet für Rohrverluste 880 Mk., für die Dauerpumpversuche 4000 Mk., für Landankauf 15 000 Mk. und für sonstige Ausgaben 500 Mk. Die Beträge wurden aus dem Reingewinn der Sparkasse gedeckt. — Im Jahre 1910 bezifferten sich die mutmaßlichen Einnahmen der Stadtkasse auf 170 397,12 Mk., die Ausgaben auf 195 971,50 Mk., so daß ein Fehlbetrag von 24 574,38 Mk. verbleibt, der durch Steuern aufzubringen ist. Die Gemeindefinanzen sollen in Höhe von 10 Einheitssteuern (gegen 11 im laufenden Jahre) à 2000 Mk. erhoben werden. Für die Säulenanlagen kommen 7 (8), für Armenanlagen 1 (1/2) und für Kirchenanlagen 1/2 (1) Einheitssteuern in Frage. Der Haushaltsplan der Feuerlöschgeräteklasse schließt ab mit 445 Mk. Einnahme und mit 400 Mk. Ausgabe, demnach 45 Mk. Ueberschuß. Auf Anregung des Genossen Naumann wurde beschlossen, für die nächsten Jahre sämtliche Haushaltspläne drucken zu lassen und diese Druckfassen an die Bürger zu verteilen.

Stahmeln. Gemeinderatsitzung vom 21. Dezember. Nach Erledigung der Registre wurde beschlossen, die Feuerwehr sowie das Eigentum der freiwilligen Feuerwehr in eigene Regie zu übernehmen; die noch nötigen Kleidungsstücke wie Signalflecken und Rebellhörner sollen sofort angeschafft werden. — Die Rechnungen an den Geometer Meyer in Lötzig von 140 Mk. und an Gröndling von 105,75 Mk. sollen beglichen werden. Wegen der Bezahlung der Rechnung an den Landbauinspektor Lubowitz für den Arealplan in Höhe von 700 Mk. soll eine Bewandlungsanzeige an die Amtshauptmannschaft gerichtet werden. — In den Schulansatz wurden die Vertreter Schwabe, Ritterlich, Nabe und Gröndling gewählt; Genosse Zwob wurde abgelehnt. — Einem Vangesuch von Schott um Genehmigung zur Errichtung einer geschlossenen Veranda wurde zugestimmt. — Die Altgemeinde beantragte, den Weg auf der Parzelle 24 einzuziehen. Auf Antrag des Genossen Gröndling wurde beschlossen, den Weg nicht einzuziehen, da er notwendig gebraucht wird. — Zur Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung wurden Schwabe, Hoffmann und Genosse Zwob bestimmt. Den Gewählten wurde auch die Aufstellung eines Ortsstatuts überwiesen, bei dessen Beratung der Gemeindevorstand mit zugezogen werden soll. — Auf Antrag des Genossen Zwob wurde beschlossen, dem erkrankten Gemeinbedienten Eisenberger das Gehalt ein Vierteljahr weiteranzahlen; das Krankengeld wird von der Gemeinde zur Befolgung der Stellvertretung verwendet. — Der Verkauf des Gemeindegrundstücks stand zum fünftenmal auf der Tagesordnung. Herr Schön bot am 22. April d. J. für dasselbe 27 000 Mk. Das Angebot wurde mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Gemeinderat unterließ es aber, den Verkauf zu vollziehen. Auf Betreiben des Bauausschusses wurde erneuert mit Herrn Schön verhandelt. Herr Schön bot der Gemeinde jetzt nur 21 200,00 Mark, trotzdem sich das Grundstück um 205 Quadratmeter vergrößert hat. Das bedeutet für die Gemeinde einen Verlust von über 8000 Mk. Auf Antrag des Herrn Ritterlich wurde mit 6 gegen 3 Stimmen beschlossen, Herrn Schön das Grundstück für 21 200,00 Mk. zu überlassen. Ein Antrag der Genossen Zwob und Gröndling, nach Abtretung eines Teiles an Herrn Schön das übrige Grundstück zum Bau des Armenhauses zu benutzen, da die Gemeinde über ein solches noch nicht verfügt, wurde mit 6 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Herrn Schwabe, den Erlös des Grundstücks zum Bau eines Armenhauses zu verwenden, wurde mit 6 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Der Antrag Ritterlich, den Verlust von 8000 Mk. durch Aufstellung eines Bauabgabenregulativs auf die noch zu bestimmenden Grundstücksanlieger an der neuen Straße zu übertragen, wurde bei 3 Stimmenthaltungen mit 6 Stimmen beschlossen. Auf die Frage des Genossen Gröndling: Was denkt der Gemeindevorstand zu tun, um die Ortsarmen in eigene Fürsorge zu nehmen? antwortete der Vorstand, es müßte anders werden, vorläufig aber müßten wir uns mit den jetzigen Verhältnissen begnügen. Vielleicht auf lange Jahre!

Eilenburg. Aus dem Stadtparlament. Den wichtigsten Beratungsgegenstand der letzten Stadtvorordnetenversammlung bildete ein Vertragsabluß über die Lieferung elektrischer Kraft und über die Ausnahme einer Anleihe zur Erbauung eines elektrischen Stromnetzes usw. Es war den Stadtvorordneten 3 Tage vor der Sitzung eine dementsprechende Vorlage zugestellt worden, die das Projekt behandelte. Schon längst beschäftigt sich Eilenburg mit dieser Frage. Eine bereits vor Jahren gewählte Kommission empfahl das vorgelegte Projekt für das geeignetste. Ein eigenes Werk zu errichten hält man unter den jetzigen Verhältnissen für nicht rentabel. Es soll vorläufig ein 10-jähriger Vertrag mit der Industriebahn Wurzen und der Firma Schiemann u. Co. abgeschlossen werden, wonach sich die Industriebahn Wurzen und die Firma Schiemann verpflichten, nach Eilenburg auf eigene Kosten die Fernleitung im Anschluß an sein bestehendes Leitungsnetz bis an die Südbahn der Eisenbahnlinie bei Kitzschau herzustellen. Demgegenüber stellt die Stadt Eilenburg auf ihre Kosten die erforderliche Starkstromleitung von vorstehendem Endmast aus nach einer aufzustellenden Transformatorstation in Kitzschau für Drehstrom und einer Umformerstation für das innere Stadtgebiet in Eilenburg für Gleichstrom her und verpflichtet sich vorläufig auf 10 Jahre zur Abnahme der elektrischen Energie. Die Preise, die an die Lieferungsfirma zu bezahlen sind, belaufen sich bei einem Verbrauch bis 100 000 Kilowattstunden auf 12 Pfg. pro Kilowattstunde, bis 200 000 auf 11 Pfg., bis 300 000 auf 10 Pfg., bis 400 000 auf 9,5 Pfg., bis 500 000 auf 9 Pfg. Bei größerem Verbrauch als 500 000 Kilowattstunden tritt eine von beiden Seiten festzustellende Ermäßigung ein. Werden von einer anderen Firma billigere Preise angeboten, so kann dieser Vertrag aufgehoben werden, oder die Industriebahn Wurzen ihren Preis ermäßigen. Die Stadt gibt den elektrischen Strom an die Interessenten für Lichtzweck mit 50 Pfg. und für Kraftzweck mit 20 Pfg. pro Kilowattstunde ab. Nach den aufgestellten Berechnungen profitiert die Stadt hierbei (Verzinsung und Tilgung der Anleihe mit eingerechnet) 1400 Mk. Der Magistrat beantragte daher: 1. dem vorgelegten Vertrage mit der Industriebahn und der Firma Schiemann u. Co. in Wurzen zuzustimmen, 2. zur Erbauung des elektrischen Stromnetzes usw. bei der städtischen Sparkasse eine nach dem vorgelegten Tilgungsplane mit 4 Prozent, heißt in der Vorlage mit 3 Prozent, zu amortisierende und mit 3/4 Prozent zu verzinsende Anleihe von 170 000 Mk. aufzunehmen, 3. die zur Prüfung der Frage eines Elektrizitätswertes eingesezte Deputation zu beauftragen, mit den Mitteln der zu erwahnten Anleihe die Erbauung des elektrischen Stromnetzes usw. in die Hand zu nehmen und auch weiter alle mit der Elektrizitätsangelegenheit zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten. Genosse Raute, der wohl im Prinzip mit der Errichtung einverstanden ist, stellt einen Vertragsantrag, um jedem Stadtvorordneten noch einmal Gelegenheit zu geben, die Sache gründlich zu prüfen. Der Antrag war das notwendige Resultat der bestehenden Verhältnisse. Unfr. Genossen sind in den Deputationen nicht vertreten und haben auch sonst keine Gelegenheit sich zu unterrichten. In drei Tagen war es aber nicht möglich, die Vorlage zu prüfen und Erörterungen anzustellen. Der Vertragsantrag veranlaßte eine gründliche und ausführliche Klarstellung. Man denkt in den 10 Jahren genügend Erfahrungen zu sammeln und nach dieser Zeit ein eigenes Werk zu errichten. Der Vertrag wurde als für die Stadt günstig bezeichnet. Genosse Raute zog seinen Antrag schließlich zurück. Die Magistratsanträge wurden einstimmig angenommen. — Das Straßenterrain vor dem Hausgrundstück Bogenstraße 2, dem Gärtnermeister Wolf gehörig, wurde zum Preise von 4 Mk. pro Quadratmeter angekauft. — Ferner wurde ein Gemeindefestbeschuß über die Pflichtstunden der Lehrpersonen an den Mittelschulen und Volksschulen erlassen. Nach den alten Bestimmungen galten für den Lehrer bis zum 35. Lebensjahre 30 Unterrichtsstunden als Pflichtstunden, dann trat eine Ermäßigung um 2 Stunden bis zum 45. Jahre und dann eine weitere Ermäßigung von 4 Stunden ein. Nach den neuen Bestimmungen betragen die Pflichtstunden bis zum 45. Jahre 30; sie werden bis zum 50. Jahre nur um 2 Stunden ermäßigt. Ueber 50 Jahre tritt eine weitere Ermäßigung um 2 Stunden ein. Diese neuen Bestimmungen gelten jedoch nur für die nach dem 1. April 1910 anzustellenden Lehrer; die jetzt angestellten behalten die nach den alten Bestimmungen festgesetzten Pflichtstundenzahlen bei. Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten zu Merseburg wurde mitgeteilt, daß die Regierung das Gesuch um einen staatlichen Zuschuß zu den Volksschullehrergehältern mit dem Hinweis auf die günstigen Steuerhältnisse (1) abgelehnt hat. Der Kreisarzt in Deltitz bittet um Ueberweisung von jährlich 80 Mk. für den Besuch eines Nachkurses der Hebammen. Die 60 Mark wurden bewilligt.



# Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 299

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Der Gemeindejunge.

Von Hans Kaurub.

Die Sonne hatte schon längst ihren ersten goldenen Morgenstreifen über die Tannenwipfel ganz oben an der Westseite des Tales gesandt, war langsam die hintere Talwand bis auf den Balboden heruntergeschlichen und wollte eben beginnen, an der hellen Talsteite hinaufzukriechen, die bisher im Schatten gelegen hatte. Aber gerade als sie zwischen den Tannenwipfeln hoch oben hervorzukommen wollte, war nichts mehr da, was sich hindernd dazwischenstellte, und auf einmal rieselte ihr gelbes warmes Licht in zitternden Wellen über die ganze Talsteite hinab, es schlüpfte zwischen dem winzig kleinen jungen Laub hindurch, liebte das feine zarte Gras, das eben begonnen hatte hervorzusprosseln, glitt glühend über die rauschenden Frühlingsbäche hin, die nach dem kleinen trübten Fluß unten im Talgrund hinabstürzten, und füllte das ganze Tal mit seinem Licht. Mit einemmal war das ganze leuchtende, sprühende Leben des Frühlingswürgens erwacht, aber die großen wohlgepflegten Bäume lagen noch still da, mit verschlossenen Türen und in der Sonne glitzernden Fenstergehäusen, nur hin und wieder stieg ein blauer Rauch aus den Essen hergeraucht in die klare Luft.

Ein kleiner Junge mit offenen blauen Augen kam und guckte durch das rotgestrichene Gattertor, das nach dem ebenen breiten Hofplatz auf Dpsal führte. Nie hatte er etwas so Schönes gesehen wie das weißgestrichene Gebäude und die merkwürdige Treppe mit dem Geländer außen dran. Und alle die andern langen, rotgestrichenen Häuser!

Es war alles gerade, wie er sich die Königschlösser gedacht hatte, von denen in den Märchen die Rede war. Es fehlte nur ein König drüben auf der Treppe, sonst war alles genau so! Er mußte unwillkürlich noch einmal nachsehen; es war aber keiner da.

Er war nicht gerade ein Staatsknecht, der kleine Junge, der dort durch das Gattertor guckte. Auf dem Kopfe hatte er einen durchlöchernten Strohhut, der so weit hinten im Nacken saß, daß der blonde Schopf gut zu sehen war, der fast bis über die großen blauen Augen und eine kleine wichtige Nase herunterhing. Eine Jacke trug er nicht, nur eine karierte Unterjacke, die an den Armen geflickt war. Die Hosen, die nur aus Flicken bestanden, reichten nicht weit über die Knie, so daß man die großen Frauenstiefel, in denen er ging, ganz sehen konnte; sie waren viel zu groß, die Schäfte gähnten um die blinnten Waden, da die Kleinen nur für die Hälfte der Hosen ausgereicht hatten, und die Spitzen bogen sich vorn nach aufwärts. Im Arm trug er ein Bündel, das in ein dunkles kariertes Tuch eingewickelt war.

Es war der acht Jahre alte Tor aus Stubbsveen, dem obersten Häuslerplatz ganz oben am Waldrand drüben auf der andern Talsteite; er sollte heute seine Stellung als Gemeindejunge auf Dpsal antreten.

Plötzlich zuckte er zusammen, bewegte sich nicht etwas da drüben auf dem Hof? Er blickte hin. Nein, es war wohl nichts. Alles war so still; ob sie wohl noch nicht aufgestanden waren? War das eine Art; mitten am helllichten Tag! Er sah nach der Sonne, die jetzt bis über die obersten Tannenwipfel gekommen war.

Nein, es war doch wohl noch sehr früh. Die Uhr hatte auch die letzten Tage drüben in Stubbsveen gestanden. Er mußte warten.

Er wandte sich um, stülzte den Ellbogen an das Gatter und den Kopf in die Hand und sah über das Tal hin und weit an der andern Seite hinauf.

Da lag Stubbsveen — er hatte es nie aus so weiter Entfernung gesehen. Es war aber auch nicht viel daran zu sehen, er hatte nicht gewußt, daß es so armselig aus sah und so unermesslich hoch oben lag.

Uebrigens durften sie sich nicht einbilden, daß es so armselig war, wie es von hier aus sah; sie konnten nicht den Essler auf der andern Seite sehen, und dort war auch das Kammerfenster, das machte viel aus. Er guckte wieder nach dem Hof. — Dpsal sah auch nicht so prächtig aus von da oben, wie es war. So kam er also hoch nach Dpsal. Die kleine Ane mußte sich damit begnügen, nach Hoel zu kommen; — nun! Hoel war schon auch prächtig genug, aber mit Dpsal ließ es sich nicht vergleichen.

Er mußte daran denken, wie er und Ane neulich gegen Ende des Winters am Fenster drüben in Stubbsveen knieten und über das Tal blickten und sich ausfuchten, wo sie in Dienste gehen wollten, wenn sie groß wären. Ane war gleich bereit zu sagen, daß sie nach Dpsal wollte, aber da hatte Tor gesagt, daß er dort hin wollte, denn er wäre ein Junge, und er wäre der Beste, und sie wäre nur ein Mädchen; aber Ane war hartnäckig, und da pönte sie sich. Da wurde zuerst Ane von ihm durchgeprügelt und dann er von seiner Mutter; ja sie konnten sagen, was sie wollten, es war nun einmal so, daß die Mutter ein bißchen zu viel zu Ane hielt; denn die konnte auch manchmal unartig sein; — wenn er es vielleicht öfter war, so war er auch ein Jahr älter. Seine Augen glitten unwillkürlich nach Hoel hinüber, einem andern großen Hof, ein Stück davon entfernt.

Ob Ane wohl jetzt bis nach Hoel gekommen war? Vielleicht stand sie auch da und wartete; es sah auch nicht aus, als ob sie dort aufgestanden wären.

Ane konnte einen richtig leid tun, sie war so still und klammerlich, als sie sich hier unten am Gatter trennten.

Ach, Ane konnte doch auch fürchtbar gut sein. Wenn er es sich recht überlegte, so war sie wohl doch viel, viel besser als er. Ja, das war kein Zweifel, das hatte sich besonders in der letzten Zeit gezeigt. Denselben Tag, wo er sie durchprügelte, war der Vater krank geworden, es war Lungenerkrankung, und Ane weinte viel mehr als Tor, als der Vater krank war, und als er starb, und als sie ihn zur Kirche führten und Erde auf ihn warfen.

Ja natürlich, er fand es auch so traurig, wie irgend möglich, aber er lag jetzt auf einmal so vieles auf ihm, daß er zum Weinen keine rechte Zeit hatte. Erstens mußten sie den fürchtbar dicken Doktor mitten im schlimmsten Tauwettermorkast bis nach Stubbsveen hinaufschleppen, und wenn er auch während war über den Weg und das Fahrzeugs und die ganze Schererei, so war es doch ein Aufzug, der nicht eigentlich zum Weinen war, — sie konnten darüber denken, wie sie wollten. Dann kam die Leichenkrohnverbringung — er mußte es noch selbst anzünden — und dann waren so viele Leute da, der Tischler und viele alte Weiber, und dann gab es ein Leichenbegängnis mit Geschenken und so vielen guten Dingen, wie er nie oben in Stubbsveen gesehen hatte, und dann führten sie mit vier Schritten nach der Kirche, und er durfte auf dem Schütten, der gleich hinterm Sarge fuhr, hinten aufsitzen.

Wenn er alles wahrheitsgemäß überdachte, so hatte er eigentlich nicht mehr als einmal geweint, und das war — hinterher; es geschah oben beim Hauptstück, weil die Mutter so sehr meinte, als sie von dieser Gemeinderatsversammlung, oder wie sie es nannten, nach Hause kam, wo bestimmt worden war, daß er und Ane in der Gemeinde untergebracht werden sollten — ja sie sollten nur nicht sagen, daß er der Gemeinde zur Last fiel, denn der Bauer von Dpsal hatte ihr umsonst genommen und gelagert.

ein solcher Junge wäre wohl imstande, sein Essen und seine Kleider zu verdienen.

Aber Ane! die Kermisse, weinte die ganze Zeit. Auch heute früh, als sie von zu Hause fortging, weinte sie so bitterlich, daß sie nicht einmal den Kaffee herunterbekommen konnte; aber auch da wollten ihm keine Tränen kommen. Erst als er sich hier unten am Gatter, das nach Hoel hinaufführte, von Ane trennen sollte und er ihre kleine weiche Hand nahm und sagte: Leb wohl denn, kleine Ane, schnürte ihm etwas die Achse zusammen, und er mußte sich schnell umwenden und weitergehen; es war ja nicht gerade notwendig, es sehen zu lassen; aber auch da schluchzte Ane, er sah es deutlich an ihrem Rücken, als er sich umwandte, wie sie eben im Begriff war, so klein und kümmerlich durch das Gattertor zu gehen.

Wenn er sie wiedertraf, sollte Ane wirklich sein Taschmesser bekommen, das sie so gern haben wollte; er selbst würde es nicht mehr so nötig haben, er mußte doch zusehen, bald ein Scheidmesser zu bekommen.

Er blieb eine Weile stehen, dann guckte er wieder durch das Gatter. Wahrhaftig, dort war der König draußen auf der Treppe, ein großer starker Mann in schlohweißen Hemdsärmeln. Aber er hatte keine Krone auf, nur eine kleine Schirmmütze, die weit hinten im Nacken saß.

Unsin, das war natürlich der Bauer selber. Wie er sich dehnte und in der Morgensonne wohl fühlte!

Ja, jetzt mußte er wohl hin und sich zur Stelle melden.

Er öffnete vorsichtig das Gattertor, schlüpfte durch und machte es hinter sich wieder zu, ohne sich umzuwenden; — es war, als machte es ihm Mühe, zurück zu blicken. Er blieb einen Augenblick stehen, zog die Hosen herauf und hob den Hut noch weiter in den Nacken. Dann hielt er die Arme in zwei großen Bogen von den Seiten ab und ging vorwärts, langsam und mit langen Schritten wie ein Erwachsener, die Augen die ganze Zeit auf den Mann auf der Treppe gerichtet.

Als er näher kam, fiel es ihm offenbar schwer, gerade draufloszugehen, und so näherte er sich in einem großen Bogen der unteren Treppentritte. Er nahm die paar Stufen, blieb stehen, machte eine tiefe Verbeugung mit dem Kopf, führte die eine Hand an seine weiße Mähne und sprach die andre aus:

Guten Tag!

Dpsal nahm die kleine braune Hand, die ganz in seiner großen Faust verschwand, und sah mit verhaltenem Mägen auf ihn herunter.

Guten Tag. Sind so erwachsene Burtschen schon so früh unterwegs?

Ja, das sind sie. Es ist schönes Wetter heute.

Dpsal fuhr fort ihn anzusehen. Tor sah weg, setzte den Fuß vor und suchte eine erwachsene Stellung einzunehmen:

Du bist der Dpsal selber, scheint mir.

Ja, sie nennen mich so. Aber was bist du für ein Burtsche? Tor sah sehr erstaunt aus.

Weißt du das nicht? Ich sollte ja jetzt dein Knecht sein.

Meiner? Sieh mal einer an, da bist du wohl mein neuer Knecht aus Stubbsveen. Wie heißt du?

Heißt du das auch nicht? Ich heiße Tor.

Ja richtig. Du bist wahrscheinlich zeitig unterwegs.

Ich finde eher, daß man hier spät aufsteht. Wir beginnen den Tag früher oben bei uns.

Um. Und jetzt hast du vielleicht vor, gleich für immer dazu bleiben?

Ja, das war die Meinung.

Tat es dir denn nicht leid, von Mutter wegzugehen.

Die Rechte wollte sich Tor wieder aufschneiden, aber er biß die Zähne zusammen und schloste alles schnell hinunter.

Ach, du weißt — aber man kann doch nicht sein Lebenlang am Schürzenband hängen.

Dpsal lächelte.

Ja, willkommen denn, und geh dann mal in die Küche und sieh zu, daß du etwas zu essen bekommst; du hast wohl Hunger nach dem langen Weg, den du schon hinter dir hast.

Aber ist es nicht unrecht, mit Essen zu beginnen, ehe ich etwas getan habe.

Ja, was hast du dir eigentlich gedacht, daß du hier auf Dpsal tun willst?

Das, was du von mir verlangst.

Glaubst du, daß du das alles kannst?

Nach dem, was ich gehört habe, sollst du kein unbilliger Mann sein; übrigens — er betrachtete Dpsal von oben bis unten mit seinen offenen blauen Augen — kann es schon sein, daß ich imstande wäre, Dinge zu tun, die du selbst nicht bewältigen könntest.

Was sollten denn das für Dinge sein?

Tor antwortete rasch:

Die Küher durch das Gebüsch jagen.

Der Dpsal sah sich selber an, und dann lächelte er Tor zu:

Du bist wohl ein großer Schelm!

Tor sah ihm lächelnd gerade in die Augen:

Ja, wenn ich nur nicht hier auf Dpsal meinen Meister finde.

Dpsal nahm ihn an der Hand: So, jetzt mußt du mit hereinkommen und dir die Deute und die Einrichtung ansehen, und wenn es dir gefällt, dann ist es wohl am besten, ich ernenne dich gleich zu meinem Großknecht.

Jetzt hast du mich wohl wieder zum besten, Dpsal; aber vielleicht könnte ich auch das fertigbringen.

Sie gingen Hand in Hand hinein.

So hielt der Gemeindejunge seinen Einzug auf Dpsal.

## Ludwig Friedländer †.

Der am 10. Dezember in Straßburg verstorbenen Ludwig Friedländer gehörte zu dem kleinen Kreise bedeutender klassischer Philologen, die aus dem Kreise ihrer Fachwissenschaft herausstraten und weiteren Kreisen den Kulturgehalt und das Leben des Altertums in fundiger und geschmackvoller Weise nahebrachten. Es ist eigentlich seltsam, daß kaum eine Wissenschaft in ihrem offiziellen Betriebe sich so angänglich vor der Verklärung wie die klassische Philologie. Es galt lange und gilt bei einzelnen Fachleuten noch heute für einen Fremden am Heiligem, etwas aus seiner Schätze für weitere Bildungsbedürftige Kreise des Volkes mitzuteilen. Was der klassische Philologie trieb, das war ein Geheimnis der engsten Kreise und nur für sie berechneter. Gerade manche der größten Philologen, die in der Geschichte der Wissenschaft oft ganz überragende, führende Persönlichkeiten waren, haben weiteren Kreisen nichts gelehrt, — man darf es wohl sagen — sie haben mit dem Reichtum ihrer Geisteskräfte keine Bedeutung für die Gesamtkultur. Männer wie Gottfr. Hermann oder Friedr. Mißl oder gar R. Bachmann hätten es wohl für eine Entwürdigung der Wissenschaft gehalten, wenn sie sich zu allgemein verständlicher Darstellung herabgelassen hätten. Daneben aber stehen doch zu allen Zeiten führende Geister, die nicht an den engen Kreis der Zunft dachten, unter ihnen nennen wir als die geistvollsten R. D. Friedländer und Erwin Rohde.

In der Tat bedarf die klassische Philologie des Zusammenhangs mit dem gesamten Kulturleben. Kein wissenschaftliches Forschungsgebiet ist in so weitem Umfang durch unser Unterrichtsweisen in den Bildungsbereichen des ganzen Volkes eingeführt, wie die Kenntnis der Antike. Vor allem aber zeigt jede tiefer bringende Betrachtung unseres Kulturbestands, daß wir in ihm durch tausend Fäden mit der Antike verwachsen sind. Wie reich dieses Erbe ist, wie tiefgreifend seine Wirkung in unserem Leben ist, das hat ein russischer Gelehrter, Prof. Th. Zelenka in St. Petersburg, aufs schönste in seinem Buch: Die Antike und wir (deutsche Uebersetzung, Leipzig, 1905) dargelegt. Auch jeder einfache Mann kann dieses kulturhistorisch lehrreiche Buch mit Gewinn lesen; es wird ihm den Horizont erweitern.

Gerade weil die Antike in unserer Kultur als eine lebendige Kraft nachlebt, deshalb hat die klassische Philologie eine Kultur-aufgabe für die Gesamtheit zu lösen, indem sie die antike Welt auch unserm menschlichen Verständnis erschließt und nahebringt. In neuester Zeit ist die alte, erklüßte Vornehmheit denn auch sehr gewichen, nicht zum Schaden der Wissenschaft. Es gibt heute zahlreiche bedeutende Philologen, die gern und in geistvoller Weise aus ihren Schätzen mitteilen. Nur mit Dankbarkeit kann man Namen wie Otto Ribbeck, Herm. Usener, Heinr. Gelzer, Otto Seel, Theod. Viss, vor allen aber Eduard Schwartz und Mr. v. Wilamowitz nennen. Der glänzende Band Die griechische und lateinische Literatur und Sprache in dem Sammelwerke Die Kultur der Gegenwart (Leipzig, Teubner) zeigt, wieviel die klassische Philologie auch weiteren Kreisen an wertvollsten Geistesgütern spenden kann.

Dem Kreise derer, die an dieser großen Aufgabe erfolgreich mitgearbeitet haben, gehörte auch der kürzlich im 88. Lebensjahre verstorbene Rektor der klassischen Philologie Ludwig Friedländer an, dessen Verdienste man erst würdigen kann, wenn man die im vorstehenden ange deuteten Verhältnisse kennt.

Ludwig Friedländer (geb. 10. Juli 1824) stammte aus einer angesehenen sächsischen Familie Königserbergs, in der geistige Interessen eine eifrige Pflege fanden. Seine Jugend fiel in eine Zeit, in der das ganze Leben Deutschlands von literarischen, ästhetischen und philosophischen Interessen angeregt und erfüllt war. Einen andern Kulturbesitz kannte diese Zeit kaum, die an geistreichen Männern und Frauen so auffallend reich war.

Die Welt des Interessentkreises, die L. Friedländer während seines ganzen Lebens ausgezeichnet hat, ist ein Erbtisch seiner sächsischen Jugend und seines günstigen Bildungsganges. Er hat auch sein Fach, die klassische Philologie, stets mit einer erstaunlich reichen allgemeinen Bildung verknüpft und dadurch ungemein befruchtend gewirkt. Vielleicht nur in Seel und Zielinski hat er seinesgleichen. Friedländer gehörte zu den weitherigen, vorurteilsfreien Naturen, die mit unbefangenen, freudigem Interesse sich jedem Eindruck hingeben, die jede Zeit und Kultur in sich aufnehmen. So ist er gerne auch durch die Kulturen des Mittelalters und der Neuzeit geschweift, hat sie in ihrer bunten Mannigfaltigkeit — für alles Zeitliche, Anekdotische und für Karikaturen jeder Art mit besonderem Geschnitz ausgekattet — erfaßt und sie gern mit dem antiken Kulturbesitz zusammengestellt.

Aber auch auf seinem eignen Forschungsgebiete zeichnete ihn der Sinn für die Realität des menschlichen Daseins aus. Das bunteste, bewegte Leben der römischen Kaiserzeit, das von den meisten wenig beachtet wurde, zog ihn besonders an. Hier fand der Kenner des modernen Kulturlebens das antike Spiegelbild. In glänzender Weise geben seine Darstellungen aus der Ettingeschichte Roms (Leipzig 1868—71, 7. Aufl. 1901) ein überraschendes Kulturbild, das in weitesten Kreisen Interesse fand. Freilich haben nicht wenige dieses Buch beachtet, weil sie hier für ihre Neugier Befriedigung suchten. Das kaiserliche Rom, das hier geschildert wird, galt vor allem als die lehrreiche Großstadt, deren Betriebe in einer Messalina eine klassische Verirrung fand. Die „Sittengeschichte“ konnte es nicht umgehen, auf weite Strecken eine Geschichte der Unfluten zu werden. Und das verschaffte einem durchaus ersten wissenschaftlichen Buche weitere Leserkreise, wobei die glänzende, pikante Darstellung mitwirkte.

Auch in seiner streng philologischen Arbeit hat Friedländer sein kulturhistorisches Verständnis bezeugt. Die großen, iten-geschichtlich so wichtigen Satiriker der römischen Kaiserzeit hat er durch eindringende sachliche Erklärung, mehrfach auch durch Uebersetzungen erschlossen. So gab er die Satiriker Martialis und Juvenal heraus. An kulturhistorischem und künstlerischem Wert übertrug diese Dichter bei weitem der geniale Petronius Arbitr, der „Bergnügungsmeister“ aus Hofe Nero, in seinem großen Sittenroman, aus dem ein Glanzstück, das Gesta als die Trimalchio erhalten ist. Hier gibt Petronius ein köstliches Sittenbild aus der schlimmsten Zeit des kaiserlichen Roms. Trimalchio ist ein dunkler Ehrenmann, der — man weiß nicht recht durch welche Mittel — ein vielfacher Millionär geworden ist. Es ist der Typus des Emporkömmlings, ein ganz ungebildeter, roher und dummer Kerl, der nun den seinen Herrn und gebildeten Mann spielen will. Dazu ist das bequemste Mittel, die kostspieligsten Diners zu geben. In solcher Gesellschaft wird uns nun der Dierbermann vorgeführt, eine der köstlichsten Karikaturen, die je geschaffen sind. An Kunst der realistischen Lebensschilderung ist dieses geniale Buch in der Weltliteratur eine nie übertriffene Schöpfung. Aber es ist sprachlich und sachlich nicht leicht zu verstehen. Friedländer hat mit der Uebersetzung und Erklärung der übermühtigen und tollen Satire ein Bild antiken Lebens gegeben, das man nur mit heiterem Besagen genießen kann.

Es gibt in der Literatur des Altertums ein großes Problem, an dem fast alle großen Forscher ihre Kräfte gemessen haben. Es ist durch den Namen Homer bezeichnet. Das schwierige, vielleicht niemals völlig lösbare Problem besteht in der Frage, wie die beiden großen Gedichte Ilias und Odyssee, die einem sagenhaften Dichter Homer beigelegt werden, entstanden sind und wie ihr heutiger Zustand, in dem sie auch das Altertum allein besaß, zu erklären ist. Erst in neuester Zeit, seitdem die Entstehung des epischen Heldenlieds bei Seiden, Sidrußen, Kirgisen und Arabern im wirklichen Leben beobachtet ist, tritt auch das Werden der „homerischen“ Dichtung in ein ganz neues Licht. Auch Friedländer hat sich 1859 um die Kritik Homers bemüht, noch von dem alten Standpunkt der Philologie aus, aber hier mit Scharrinn und manchem beachtenswerten Erfolg. Es liegt in der Natur der Sache, daß hier viele Ergebnisse auch schnell überholt werden, sobald ganz neue, weitere Gesichtspunkte gewonnen sind.

Für weitere Kreise ist Friedländer zumal durch zahlreiche populäre, geistvolle, immer glänzende stilisierte Aufsätze wirksam geworden. Die meisten erschienen in der Deutschen Rundschau Jul. Rodenbergs in langer Folge. Sie sind mit andern in dem Sammelbande Erörterungen, Leben und Studien, 1905 vereinigt worden. Diese Sammlung gehört zu den Büchern, aus denen jeder Mann reiche, vielseitige kulturhistorische Belehrung gewinnen kann. Denn hier entfaltet Friedländer seine oben geschilderte Eigenart, mit dem Altertum die Kultur späterer Zeiten zu wirksamen Bildern zu verbinden.



Vielleicht zeigt keine Arbeit so hübsch Friedländers Art wie die Abhandlung: Tafelluxus in alter und neuer Zeit. In den Aufsätzen: Das Nachleben der Antike im Mittelalter und: Griechenland unter den Römern schildert er Zeiten, die meist mit Nachsicht behandelt werden. Zwei besonders geistvolle, glänzende Aufsätze sind die Studien: Catull, die den größten römischen Lyriker würdigt, und: Das Gedicht des Lucrez vom Weltall.

Eine erstaunliche Vielseitigkeit, Anschaulichkeit und Frische erfüllt alle Arbeiten Friedländers; sie werden noch gern gelesen werden, wenn manches schwergelesene, feinerzeit „maßgebende“ Werk von ehrwürdigem Stande bedeckt in den Bibliotheken ein ungelesenes Dasein genießt. In der Tat hat unsere Bildung dem trefflichen Manne vieles zu danken; und mancher könnte von ihm lernen, was die Antike und ihre Kulturwerke für die Gegenwart in Wahrheit bedeuten.

## Kunstchronik.

Neues Theater (Carmen). — Keine Oper der Gegenwart wird derart verachtet wie Carmen, von großen und kleinen Leuten, vom Publikum, von den einzelnen Carmenartistinnen, und in neuerer Zeit auch von den Regisseuren. Mit Rücksicht hat die maßlose Uebererschätzung begonnen, Deutschland ist dann allmählich nachgefolgt, so daß das Werk seit etwa fünf Jahren die meistausgeführte Oper Deutschlands ist; es gibt keine populäreren Melodien als einige aus Carmen, die man mit Zug und Recht Deutschlands gegenwärtige Nationaloper nennen muß. Vor einigen Jahren hat auch ein Berliner Schriftsteller glücklich herausgebracht, daß hier ein „großes, vielleicht das größte Menschenproblem mit erschütternder Kraft ergriffen und uns nahegerückt worden“ ist. Ein besonderer Glorienschein umleuchtet die Oper noch deshalb, weil sie nicht sofort einschlug und ihr Schöpfer ihren Ruhm nicht mehr erlebte. Dabei wird maßlos übertrieben, damit Bizet um so mehr als ein Märtyrer erscheint. Von einer tatsächlichen Verkenntung Bizets zu seinen Lebzeiten darf man aber eigentlich nicht reden. Seine früheren Opern haben sich trotz fortwährender Bemühungen nie halten können. Carmen selbst verdankt ihr anfängliches Mißgeschick viel weniger der Musik als dem Text, der einen in der komischen Oper ungewohnten tödlichen Ausgang bringt und ferner als unmoralisch galt. Aber so ernst hat man die Sache nicht genommen, wie sie gewöhnlich dargestellt wird. Die Oper ist in Paris 43mal nacheinander aufgeführt worden, 32 Aufführungen fanden noch zu Bizets Lebzeiten statt — er überlebte die Erstaufführung noch drei Monate, also fielen auf einen Monat 10 bis 11 Aufführungen. Diese Aufführungen hatten auch vollständig genügt, um das Ausland auf das Werk aufmerksam zu machen. Wien brachte es noch im selben Jahre, Brüssel im folgenden (1870). Schon zwei Jahre später trifft man es auch auf französischen Provinzbühnen, und wenn es erst 1882 wieder nach Paris kam, so ist der Grund rein persönlicher Natur; der damalige Direktor, der das Werk sieben Jahre vorher auch abgesetzt hatte, liebte es nicht. Das Schicksal von Carmen ist also gar nicht so besonders mißbedauernd, wie es gewöhnlich dargestellt wird; sentimentale deutsche Kunstpolitik ist hier wirklich nicht angebracht.

Seit Jahrzehnten ist Carmen die Lieblingsrolle von Sängerinnen; jede Darstellerin ist von Publikum und Kritik immer mit besonderer Anteilnahme kritisiert worden — hier in Leipzig haben wir im Laufe der letzten Jahre etwa ein halbes Duzend einzelner Carmenartistinnen gehabt — das Problem wurde immer und immer wieder durchgesprochen, und nun kommen auch noch die Regisseure und versuchen uns mit ihren Mitteln dem Problem näher zu bringen. Wir verdanken der modernen Regiekunst auch auf dem Gebiete der Oper schon gar manches, Inszenierungen wie die der Zauberflöte sind bedeutende, echt künstlerische Leistungen, die nicht warm genug anerkannt werden können — hier stehen wir aber einem ganz andern Fall gegenüber. Was die neue Inszenierung will, ist vor einigen Tagen an dieser Stelle von dem Verursacher in dieser Angelegenheit, dem Urheber der Inszenierung selbst, außen-angeseht worden; wir brauchen uns also gar nicht damit zu befassen. Auch das wurde angemerkt, daß die Idee, Carmen in möglichst strengem Anschluß an das Totalcolorit zu inszenieren und von dem Werk möglichst alles Opernhafte abzustreifen, nicht neu ist, sondern zuerst in Paris (1904), dann in Berlin an der Komischen Oper ausgeführt wurde. Für uns heißt sonach die Frage einzig: Gewinnt das Werk innerlich wirklich durch das System der neuen Inszenierung oder nicht? Wenn nicht, dann war sie selbstverständlich unnötig, da nur dann eine neue und teure Ausstattung innere Berechtigung hat, wenn sie wirklich Bedeutendes zur Sache tut. Diese Frage beantworten wir mit einem glatten Nein. Der Hauptgrund ist dabei einfacher anzugeben, als es den Anschein hat. Wir fragen einfach: wächst das Carmenproblem mit Notwendigkeit derart aus den spanischen Verhältnissen heraus, daß diese mit möglichstster Treue geschildert werden müßten, ist es überhaupt von äußeren Umständen fast abhängig? Man tut immerhin gut, sich ein Bildchen an das Original, an die Novelle Merimés zu halten, denn dieser Mann, geschickter als Bizet, Halévy und Meilhac zusammen, geht mit einer so sachlichen, beinahe wissenschaftlichen Kunstfertigkeit vor, daß man immer auf ihn zurückgreifen muß. Merimés sagt etwa: Es liegt in Carmen kein Typus vor, weder ein spanischer noch selbst sogar ein spanisch-zeigenerischer, sondern ein einzelner Fall. Eine Carmen gibt es ihrer ganzen Erscheinung nach weder unter den Spanierinnen noch unter den spanischen Zeigenerinnen in mehrfacher Auflage, sondern sie ist eine Ausnahmeseinzelung. Das ist auch der Grund, warum die Oper anfangs so verblüffte; denn, zum Glück, die Franzosen der 70er Jahre waren eigentlich doch, was Moral anbelangt, schon an andre Dinge gewöhnt, als sie diese Oper bietet. Man werfe auch Carmen nur nicht mit veristischen Stücken der Italiener zusammen. Da sehen wir den Unterschied klar. So allgemein menschlich in letzter Instanz z. B. die sizilianische Bauernheute auch ist, sie kann sich nur in Italien und im besonderen im heillosigsten Stilleben ereignen haben, weshalb man das Italienische des Stückes nicht stark genug herausarbeiten kann. Bei Carmen geben aber zwei ganz besondere Umstände den Ausschlag: erstens der Totalcolorit, unbedingt Unabhängigkeitsdrang Carmens, den die Textverfasser im Ganzen recht miserabel ausgearbeitet haben, während er bei Merimés Kern des Problems ist, und zweitens der Fatalismus der Heldin. Man untersuche die Frauen sämtlicher Nationen, ob diese zwei Blige, die das Carmenproblem bestimmen, typisch sind, und man wird keine finden außer eben etwa die Zeigenerinnen, und diese sind bekanntlich gewissermaßen international. Das Außerordentliche war es auch, was Merimés an der Geschichte anzog; etwa Webelind hat in seinem Erbgeiste so ganz ungefähr das Problem wieder aufgegriffen, nur selbst seiner Vulu der zeigenerische Fatalismus, was uns einzig nochmals daran erinnern soll, daß Carmen eben aus Spezifischem, nicht aus Typischem zusammengesetzt ist. Wir sagen denn auch, daß, wo Zeigener vorhanden sind, also auch einmal besonders ausgeprägte Zeigenerexemplare vorkommen können, das Carmenproblem sich überall ereignen kann, denn Don José, nämlich Männer, deren Glück und Leben von Weibergunst abhängig ist, sind in wirklichem Sinne international. Da herrscht Typus. Das Gescheiteste, was auch eine Aufführung tun kann, ist denn auch, daß das Zeigenerhafte in Carmens Aussehen und Wesen hervorgehoben wird, und daß hat die Aufführung neben aller, mehr oder weniger unnötigen Totalcoloritverwirklichung glücklicherweise getan. Ob es aus dem Bestreben geschah, das ganz Besondere in Carmens Wesen zu unterstreichen oder nur dem Naturalismus zuliebe, wissen wir nicht. Wir machen dabei auf folgendes aufmerksam: sobald man das Carmenproblem allgemein vermenslichen will, ist es leer, nutzlos, das

Zeigenerhafte zu unterbrechen, wie es bei der allerersten Carmen, Frau Galli-Marié, der Fall war, die einfach eine Spanierin gab. Hält man es aber beim Zeigenerhaften bewenden, nun, dann haben wir eben, trotz des abnormen Gewässes von einer Menschheitstragödie, einen Einzelfall, nämlich eine gute Zeigeneroper vor uns, und können uns, so wenig wir uns sonst um die Zeigener viel kümmern, recht kurz fassen. Es ließe sich denn auch im einzelnen beweisen, daß all der photographisch genaue Anschluß an das Totalcolorit auch nicht völlig wirklich zur Sache tut; man nimmt ihn natürlich ganz gern hin, solange er nicht allzu absichtlich wirkt, ist aber auf ganz falscher Spur, wenn man dem Stück von dieser Seite beikommen will. Um uns paradox auszudrücken, behaupten wir, daß das Stück an irgend-einer Grenze von Deutschland sich ereignen kann, ohne daß das Problem selbst dadurch leidet. Einem engen Anschluß an Wirklichkeitsverhältnisse widerspricht übrigens der Zuschnitt des Werkes selbst; es ist als Oper gesehen, will textlich nichts anderes sein, und zuletzt kommt man einer Oper am besten mit den Prinzipien der, allerdings fäulerlich gehandhabten, Oper bei. — Ueber die Aufführung morgen noch ein paar Worte. —

Im ersten Gewandhauskonzert (am 28. Dezbr.) stand Generalmusikdirektor Fritz Steinbach aus Köln am Dirigentenpult. Die Hauptprogrammnummer war die erste Sinfonie von Brahms, und es liegt nahe, Vergleiche zwischen Nikisch und Steinbach als Brahmsdirigenten anzustellen, da beide Männer als die besten Brahmsdirigenten unserer Zeit gelten. Steinbach gehört zu den Dirigenten, die maßlos überachtet, aber doch auch leicht unterschätzt werden. Ihn als prädestinierten Brahmsdirigenten auszugeben, ist völlig falsch, denn hierzu macht sich Steinbach die Aufgabe viel zu leicht, und er bringt dies deshalb ohne weiteres fertig, weil ihm gar Manches und zwar Wichtiges im Wesen von Brahms verschlossen ist. Man darf ruhig sagen, die ganze Brahmsche, wirklich charakteristische Klangfarbe ist Steinbach innerlich fremd. Er besitzt eine große Gabe, Brahms zum Klängen zu bringen, aber er tut es sehr stark auf Kosten des originalen Klangcharakters. Da besitzt Nikisch, ein weit feinerer Nervennensch, unvergleichlich feinere Ohren, um gerade dieses Charakteristische bei Brahms heraus-zuhören. Er weiß, oder besser, er fühlt instinktiv, daß Brahms ein echter Stimmungsmusiker ist und daß man ohne Differenzierung ihm nicht wirklich beikommen kann. Das alles fehlt Steinbach und zwar durchaus. Seine Interpretation hat durchaus etwas Grobdrüsiges, Stimmung zu erzeugen vermag er nicht, und deshalb verliert auch der dritte Satz fast völlig ohne Wirkung; der zweite Satz erhielt diese besonders durch das von Konzertmeister Wolfgang ganz im Sinne von Nikisch gespielte Violinsolo. Aber wie Steinbach die Gefüge der Sinfonie ansieht, darf man nicht unterschätzen. Er hat allerdings nicht so eigentlich begriffen, daß Brahms auch in seinen Sinfonien still-gewandter ist — und das eben hilft Nikisch, und man tut uns wirklich Unrecht, wenn man meint, wir unterschätzen Nikisch als Dirigenten — aber sein Bestreben, Brahms in großen Zügen herauszuarbeiten und das Feinere zu vernachlässigen, hat immerhin etwas für sich, ist wenigstens — was zuletzt das Wichtigste ist — der Schlüssel zur Erklärung für die Erfolge, die Steinbach als Brahmsdirigent erzielt. Es liegt etwas Maßloses, Ueber-lässiges in der ganzen Steinbachschen Brahmsinterpretation, und man denkt an Richard Strauss, der ganz richtig sagt, es sei ganz falsch, wenn man Brahms nach Wagnerischer Art zum Klängen bringe. Im Grunde genommen, tut dies Steinbach, und deshalb — nämlich weil Wagner immer noch am besten klingt — gilt und wirkt er als der bedeutendste Brahmsdirigent, weil er im Grunde genommen — Gegensätze berühren sich in der Deutlichkeit — ein Antipode von Brahms ist. Ein Problem Steinbach gibt es nicht, sondern nur ein Problem Brahms, der eben doch grundverschiedene Interpretationen ausstößt, was für seine große Bedeutung spricht.

Zu besonderem Dank ist man Steinbach für die andern Orchesternummern verpflichtet, die sehr prächtig gelungen, frei zusammengestellten Orchesterstücke — die Schillerische Kapelle mag diese Tänge doch ja auch in Arbeiterkonzerten vorführen — von Mozart und die Leonorenovenverläufe Nr. 2 von Beethoven. Man hört dieses Werk selten, und es ist ganz außerordentlich interessant. Das wäre einmal so eine Aufgabe, streng zu unter-suchen, wie Beethoven die drei Leonore-Noventüren aus psychologischen Gründen umgewandelt hat, aber in solchen Fragen versagen die heutigen Beethovenforscher vollständig. Ueber das Kommentieren von Briefen und ähnlichem kommen sie nicht hinaus.

Die mitwirkende Sängerin Prof. Eaton (Paris) interessierte nicht; man weiß nicht recht, wie diese Sängerin gerade ins Gewandhaus kommt, wohl so eine Agentenbekanntschafft. Die Dame sang ein einseitiges Programm, ließ fast sämtliches Darstellungs-talent vermissen, der in der Tiefe schönen Stimme fehlt außer-dem die nötige Technik.

Karl Buchholz. Von dem Weimarer Maler Karl Buchholz, der vor zwanzig Jahren durch eigene Hand ein fürchterliches Ende fand, erzählt Max Osborn im zweiten Dezemberheft der illustrierten Halbmonatsschrift Nord und Süd: Auf dem Friedhof von Weimar, in dessen Schatten ein erlauchter Kreis der besten Deutschen unter rauchenden alten Baumkronen ausruht, liegt oben auf dem Hügel der jüngeren Felder, von dem sich der Blick weit über die Stadt und die sanften Höhen des Thüringer Landes dehnt, ein wenig gepflegter Grabhügel mit einem buntemmalten Kreuz aus Schmiedeeisen. Wo die Arme des Kreuzes sich treffen, ist ein offenes Eisentürchen, das eine schlichte, an treuherzigen orthographischen Fehlern reiche Inschrift auf weißgegrünem Grunde lesen läßt. Hier ruht, so werden wir belehrt, der „Maler“ Karl Buchholz, der 1840 zu Schloßvippach im Weimari-schen geboren war und 1860 in Oberweimar, dem lieben Rest am Ende des Parkes, starb. „Friede“ seiner Asche schrieb die ange-liebte Hand noch darunter. — Starb — ja, starb! Man könnte auch dies Wort in Anführungszeichen setzen. Denn Buchholz war es selbst, der seinem Leben ein gewaltig am Ende machte; ein erschütterndes, grausiges Ende, da sich der Körper des noch nicht fünfzigjährigen Sträubers, seinem Willen zu gehorchen, und erst dessen zweitem, wütendem Angriff erlag.

Wenn der beschriebene Grabhügel jetzt wenigstens ein bißchen besser bedacht und sein Blumenkranz gelegentlich erneuert wird, so haben wir das ebendem Manne zu danken, der, anderthalb Jahrzehnte nach Buchholz' Tod, die Aufmerksamkeit auf das vergessene Lebenswerk des frühvollendeten Freundes zurück-lenkte: Franz Hoffmann-Hallerleben. Sein bleibendes Verdienst ist es, daß Buchholz' Kunst in der retrospektiven deutschen Land-schaftsabbildung, die der großen Berliner Kunstausstellung von 1906 die Signatur gab, ihre Wiederauferstehung erlebte; daß ihm die Jahrhundertausstellung des folgenden Jahres endgiltig seinen historischen Platz anwies.

Als Buchholz dahingegangen, ward sein Atelier ausgeräumt. Der gesamte Nachlaß, eine Kleinmenge von Bildern, Studien und Skizzen, wurde in einem Tage für die Gesamtsumme von 1700 Mark losgeschlagen. Manche bezahlten bei der Versteige-rung für ihren Erwerb ganze drei Mark; der Großherzog kaufte ein größeres Bild für 300 Mark. Käme die „Masse“ von damals heute unter dem Hammer, würde sie viele Hunderttausende bringen. Es sind dem heute nachweisbar, die ein für zehn Mark erwor-benes Bild schon vor längerer Zeit für 1500 Mark weiter ver-kaufen. Ungemine beruhigen, daß wenigstens diese Verehrer Buchholz' erkleckliche Summen an seinen Arbeiten verdient haben, nachdem er selbst sich verblutet hatte.

Er hatte zwar in den sechziger Jahren und zu Beginn der achtziger auf den Ausstellungen in Dresden, Wien und München vorübergehends Erfolg; auch Karl Alexander interessierte sich

vielfach für ihn. Aber dann war es plötzlich zu Ende. Er ver-laufte nichts mehr. Man ging über ihn zur Tagesordnung über. Buchholz trug sich mit dem Gedanken, Weimar zu verlassen, um anderswo sein Glück zu suchen; aber er wollte, wie er sagte, „seine alte Mutter nicht im Stich lassen“. Bald darauf tat er der guten Bauersfrau, die ihn getragen und geboren hatte, viel größeren Schmerz an. Die Bergwerkung, die über ihm zusam-menstürzte, war rettungslos geworden.

Die Zeit war noch nicht reif für die Ehrlichkeit und Mensch-heit von Karl Buchholz' jarter Landschaftskunst. Man erkannte nicht die tiefe Andacht der Naturgefühls, mit dem er in der schlein-bar nicht sonderlich „interessanten“ Flachlandschaft am Rande des Thüringer Waldes, im Weimarer Park, auf dem „Wald“, dem deutsch-märchenhaften Gehölz zwischen der Reibung und Reifert seine materische Wunder entdeckte. Er kannte wie kein andrer das Weimarer Land, wo sein Leben begann und weiterging, wo er, als Schüler Max Schmitz und Theodor Dagens, seine Studien gemacht hatte. Einmal nur unternahm er einen Strei-zug nach dem Park. Sonst blieben die Wälder, Hügel, Dörfer und Gärten der engeren Heimat sein einziges großes Thema, dessen intime Schönheiten er mit phrasenlosem Ernst immer wieder verlebte. Besonders liebte er dabei die materische Poesie zurückhaltender Stimmungen, den Reiz klarer Luft und froher Helligkeit; nur ausnahmsweise ward er dramatisch, wie in dem prachtvollen Bilde des Aufkommenden Gewitters, das einem Leipziger Sammler gehört. Es gab nicht viele damals bei uns, die den atmosphärischen Problemen so unbefangenen gegen-übertraten; die so viel Sinn für Licht und Luft aufwiesen; die so rein materisch empfanden und so unmittelbar mit der Farbe ihre Eindrücke wiedergeben wußten; die eine besut-tene, liebevolle Pinselführung und ein Gefühl für geschlossene Bildwirkung mit einem so breiten und flüssigen Vortrag ver-banden. Aber wer begriff das damals außerhalb eines ganz engen Kreises!

Wenn ich auf dem Weimarer Friedhof von der kalten Pracht der Fürstengruft und der stimmgewollenen Ruhestätte von Goethes Familie zu Buchholz' Hügel hinübergehe, muß ich immer an den Weg denken, den man auf dem protestantischen Friedhof bei Lorenz von Böcklin stolzem und würdigem Grab-denkmals zu einer abseits gelegenen Stelle zurücklegt, wo ein verwitterter Stein unter spärlichem Farnwuchs die ergreifende Inschrift trägt: „Hier ruht verbroschen nach schwerem Kampf der Maler, Radierer, Bildhauer Karl Stauffer-Bern.“ Es paßt zu diesem stürmenden Genie, das sich umsonst von Deutschland nach Italien flüchtete: dies jornige, zerbrochen nach schwerem Kampf“. Und es paßt zu dem stillen Manne, der in der kleinen mitteldeutschen Welt nicht minder elend zugrunde ging: dies rührende „Friede seiner Asche“. Es klingt wie ein leises Weinen aus guten, treuen Bauernaugen.

Neues Theater. Dienstag: Die Zauberflöte. Mittwoch: Der fliegende Holländer. Donnerstag, nachmittags 1/4 Uhr: Hänsel und Gretel (halbe Preise), abends 7 Uhr: Alt-Heidelberg. Freitag: Der Zigeunerbaron. Sonnabend: Die geschiedene Frau. Sonntag, 1/7 Uhr: Lohengrin. Montag, 3. Januar: Der Wibelpele. — Altes Theater. Dienstag, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Das nackte Weib. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Bruder Straubinger. Donnerstag: Die Dollarprinzessin. Freitag, nach-mittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 7 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Der Wild-schlag). Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (er-mäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Der schlechte Ruf, Notof-scherz in 1 Akt von Oskar Blumenthal. Nur ein Traum, Lust-spiel in 3 Akten von Lohar Schmidt (Erstaufführungen). Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heibel-Deibel (ermäßigte Preise), abends 1/8 Uhr: Der Rastelbinder. Montag, 3. Januar: Die geschiedene Frau.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus, Dienstag, 1/8 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt. Mittwoch, Donner-stag, Freitag, Sonnabend, nachmittags 1/4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends 1/8 Uhr: Der dunkle Punkt. Sonntag, abends 1/8 Uhr: Der dunkle Punkt. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasing). Dienstag, Mit-twoch, Donnerstag, Freitag: Der Jockeyklub. Sonnabend, nach-mittags 3 Uhr: Vorstellung für den Neuen Verein städtischer Beamten (Ein Herkuleskampf), abends: Der Jockeyklub. Sonnt-ag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gockerverein S.-D. (Ramsell Angot), abends 1/8 Uhr: Der Jockeyklub.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, 1/8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Dienstag, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Der Theaterinsel. Mittwoch, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Wo die Liebe hinfällt. Donner-stag, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Hufarenfieber. Freitag, nachmittags: Prinzessin Edeltraut, abends: Hasemanns Köhler.

## Literarisches.

J. Rosen, Anleitung zur Beobachtung der Pflanzenwelt. — P. Graebner, Pflanzengeogra-phie. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer (Wissenschaft und Bildung). Preis jedes Bändchens gebunden 1.25 M. — Eine Anleitung zur Beobachtung der Pflanzenwelt nennt Rosen sein Bändchen, doch enthält es mehr, als der Titel sagt. Auf knappem Raum gibt Rosen eine kurzgefasste und doch verständliche Ein-führung in die Pflanzenwelt. Mit den niedrigsten Pflanzen, denen noch eine freie Ortsbewegung zusteht, beginnt er, um zu immer höher stehenden fortzuschreiten. Rosen beschränkt sich nicht darauf, die äußeren Erscheinungen zu schildern, er geht auch auf die Lebenserscheinungen, besonders bei den höheren Pflanzen, ein. Wie die letzteren durch Wille, Frucht und Samen für ihre Nachkommenschaft sorgen, findet gebührende Würdigung. Wer für die Pflanzenwelt Interesse hat, wird in diesem Bändchen mannde Anregung finden.

Hat Rosen in seinem Buche die Pflanzen ganz allgemein be-handelt, so will und Graebner in seiner Pflanzengeographie vor Augen führen, warum wir bestimmte Pflanzen nur an bestimm-ten Orten finden und auch nur dort finden können. Der eigen-tlichen Pflanzengeographie schließt Graebner einen kurzen Abriss der Entwicklung der Pflanzenwelt voraus und zeigt dabei, wie geologische Gründe das Wohngebiet einzelner Arten und Gattun-gen beeinflussen können. Obwohl den einzelnen Arten bestimmte Wohngebiete zukommen, gibt es doch zahlreiche Verbreitungs-mittel, die eine Veränderung der Floren hervorruhen. Hieran schließt sich eine Schilderung der einzelnen Florenreiche und Gebiete der Erde, nach Zonen und Erdteilen geordnet. Welche Wirkungen Licht, Wärme, Wasser, Wind und Bodenbeschaffen-heit auf den Standort der Pflanzen haben, wird sodann aus-führlich erörtert. Zum Schluß bespricht Graebner die Bedin-gungen, die dafür maßgebend sind, daß sich Pflanzenvereine bilden haben. Das verständlich geschriebene Bändchen Graebners, das mit zahlreichen Abbildungen versehen ist, kann das Ver-ständnis für die Pflanzengeographie fördern helfen und verdient weite Verbreitung.